

# Zeitschrift für angewandte Chemie

und

## Zentralblatt für technische Chemie.

XXII. Jahrgang.

Heft 52.

24. Dezember 1909.

### Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Frankfurt a. M.

vom 14.—18. September 1909<sup>1)</sup>.

I. Dienstag, den 14. September 1909.

#### Vorstandsratssitzung.

##### Die Sitzung des Vorstands und Vorstandsrats

fand am Dienstag, den 14. September 1909 im Frankfurter Hof zu Frankfurt a. M. statt.

Vorsitzender: Prof. Dr. Duisberg.

Anwesend vom Vorstand:

Prof. Dr. C. Duisberg,

Dir. Dr. H. Krey,

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück,

Dir. F. Lütty,

Geheimrat Prof. Dr. W. Hempel,

Dr. Ing. J. Carstens.

Als Vertreter der Abteilungen sind gegenwärtig:

Für den Bezirksverein Aachen (1 Stimme) Dr. Be-  
rend,

für den Bezirksverein Bayern (2 Stimmen) Dr.  
Landsberg,

für den Bezirksverein Belgien (1 Stimme) Dr. Zann-  
ner,

für den Bezirksverein Berlin (1 Stimme) Dr. Bein,

für den Bezirksverein Frankfurt/Main (3 Stimmen)

Prof. Dr. Becker,

für den Bezirksverein Hamburg (2 Stimmen)

Dr. Langfurth,

für den Bezirksverein Hannover (2 Stimmen)

Dr. Jordan,

für den Märkischen Bezirksverein (4 Stimmen)

Dr. Diehl und Dr. Hesse,

für den Bezirksverein für Mittel- und Nieder-  
schlesien (1 Stimme) Dr. Woy,

für den Bezirksverein New York (2 Stimmen)

Dr. Heß,

für den Bezirksverein Oberrhein (3 Stimmen)

Dr. Raschig und Dr. Köbner,

für den Bezirksverein Oberschlesien (2 Stimmen)

Dr. Wassermann,

für den Bezirksverein Pommern (1 Stimme)

Dr. Wimmer,

für den Bezirksverein Rheinland (4 Stimmen)

Dr. Bammann,

für den Bezirksverein Rheinland-Westfalen (3 Stim-  
men) Dr. Wirth und Dr. Jäger,

für den Bezirksverein an der Saar (1 Stimme)

Ferd. M. Meyer,

für den Bezirksverein Sachsen-Anhalt (3 Stimmen)

Dir. W. Küsel,

für den Bezirksverein Sachsen-Thüringen (3 Stim-  
men) Geheimrat Prof. Dr. von Meyer,

für den Bezirksverein Württemberg (1 Stimme)

Prof. Dr. Philip,

für die Fachgruppe für anorganische Großindustrie

(2 Stimmen) Geheimrat Prof. Dr. Ost,

für die Fachgruppe für Gärungschemie (1 Stimme)

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück,

für die Fachgruppe für Geschichte der Chemie

(1 Stimme) Geheimrat Prof. Dr. von Meyer,

für die Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz

(1 Stimme) Dr. Kloeppel,

für die Fachgruppe für medizinisch-pharmazeu-  
tische Chemie (1 Stimme) Prof. Dr. Thomas,

Dr. Eichengrün, Dr. Beckmann,

für die Fachgruppe für Photochemie und Photo-  
graphie (1 Stimme) Geheimrat Dr. Beer,

für die Fachgruppe für chemisch-technologischen

Unterricht (1 Stimme) Geheimrat Prof. Dr.

Bunte,

für die Fachgruppe für Textil-, Färberei- und

Druckereiindustrie (1 Stimme) Geheimrat Prof.

Dr. Möhlau und Prof. Dr. Bucherer.

Als frühere Vorsitzende:

Hofrat Dr. H. Caro,

Medizinalrat Dr. E. A. Merck.

An der Sitzung nehmen ferner teil von der

Geschäftsführung: der Generalsekretär Prof. Dr.

B. Rassow und E. Blöbaum.

Als Gäste:

Prof. Dr. Osterrieth; später Dr. Flemming.

Vors.: „Hochverehrte Herren vom Vor-  
standsrat! Als wir Vorstandsmitglieder im vorigen

Jahre in Jena allseitig und lebhaft dafür stritten, die

diesjährige Hauptversammlung nicht stattfinden zu

lassen und vorschlugen, die notwendige geschäft-  
liche Sitzung, wie seinerzeit auf dem Internationalen

Kongreß in Berlin, gelegentlich des Kongresses für

angewandte Chemie in London abzuhalten, haben

Sie es im Vorstandsrat und dann auch in der ge-  
schäftlichen Sitzung durchgesetzt, daß, trotz des

Internationalen Kongresses die Hauptversamm-  
lung in gewohnter Weise, wenn auch ausnahms-  
weise einmal nicht zur Pfingstzeit, sondern im Sep-  
tember vor sich gehen sollte. Wer mit uns den

Londoner Kongreß besucht hat — und die Zahl der

Mitglieder unseres Vereins war größer, als wir

erwartet hatten — der muß allerdings gestehen, daß

Sie, meine verehrten Herren im Vorstandsrat, die

Sie für die Abhaltung unserer Hauptversammlung

eintraten, recht getan haben, und daß es gut ist

und im Interesse unseres Vereins und der deutschen

Chemiker überhaupt liegend, wenn wir uns hier noch

einmal in diesem Jahre zusammenfinden.

<sup>1)</sup> Siehe auch den vorläufigen Bericht S. 1873

und die Berichte über die Sitzungen der Fach-  
gruppen S. 1955 u. 2029.

So heiße ich Sie denn zur diesjährigen Vorstandssitzung Alle herzlichst willkommen und hoffe, daß unsere Beratungen in diesem großen Kreise, wie in den früheren, so auch in diesem Jahre stets getragen sein mögen von versöhnlichem Geist, und wir uns alle nur leiten lassen von dem Gedanken, das Wohl des Ganzen und damit auch des Einzelnen zu fördern.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einer traurigen Pflicht zu genügen.

Unter den Mitgliedern, welche uns durch den unerbittlichen Tod entrissen sind, befinden sich neben hervorragenden Vertretern unserer Wissenschaft und Technik, deren in unserer Zeitschrift bereits gedacht ist, drei frühere Mitglieder des Vorstandsrats: Reg.-Rat Prof. Dr. von C o c h e n h a u s e n, Chemnitz, Dr. Dr. G o t t f r i e d P l a t h, Charlottenburg und Dr. A n t o n G o l d s c h m i d t, Uerdingen, von denen die beiden ersteren im vorigen Jahre noch in voller Gesundheit und Frische des Lebens unter uns weilten, während der letztere schon kurz vorher abgerufen worden war. Alle drei haben eine hervorragende Stellung in der Wissenschaft oder Industrie und nicht minder als treue Kameraden und Kollegen im Leben unseres Vereins eingenommen.

Wer gedenkt nicht mit Vergnügen des sprudelnden Witzes und Humors, mit dem E r n s t v o n C o c h e n h a u s e n als Vertreter des sächsisch-thüringischen Bezirksvereins die Debatte zu würzen verstand, wer würdigte nicht die Verdienste, die sich G o t t f r i e d P l a t h, der zuletzt den New-Yorker Bezirksverein vertrat, und A n t o n G o l d s c h m i d t als langjähriges Mitglied des Vorstandsrats und Vertreter des rheinischen Bezirksvereins anregend und werbend um uns erworben hat. Allen drei Kollegen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren. Friede ihrer Asche.

Zu Ehren aller verstorbenen Vereinsmitglieder bitte ich Sie, sich von den Sitzen zu erheben.

Nunmehr eröffne ich die heutige Vorstandssitzung und konstatiere, daß die Ankündigung der Hauptversammlung satzungsgemäß spätestens 12 Wochen vorher in der Zeitschrift erfolgt, und daß Ihnen und Ihren Stellvertretern die Einladung zur heutigen Vorstandssitzung durch eingeschriebenen Brief, wie es § 3 der inzwischen in Kraft getretenen neuen Geschäftsordnung vorschreibt, unter Beifügung einer Tagesordnung zugegangen ist.

Mit der Führung des Protokolls ist der Geschäftsführer, Herr Generalsekretär Prof. Dr. R a s s o w, beauftragt, ihn unterstützt dabei Herr B l ö h b a u m.

### 1. Geschäftsbericht des Vorstandes für 1908.

Das Jahr 1908 war ein Jahr der gedeihlichen Weiterentwicklung für unseren Verein. Das erfreuliche Wachstum der Zahl unserer Mitglieder beweist, daß seine Bestrebungen immer mehr Beachtung in den Kreisen unserer Fachgenossen finden. Immerhin fehlt von den schätzungsweise 8000 Chemikern Deutschlands uns noch etwa die Hälfte, und von den im Ausland wohnenden hat auch noch so mancher es nicht erfaßt, wie wichtig es für seine Stellung und seine Weiterbildung ist, daß er sich an einen großen deutschen Verein anschließt: an einen Verein, der ihm durch seine Zeitschrift den lebendigen

Zusammenhang mit der chemischen Wissenschaft und Technik gewährleistet, und der ihm durch seine zahlreichen anderen Einrichtungen Gelegenheit gibt, seine wirtschaftliche und gesellige Stellung zu verbessern.

Wir richten aufs neue die dringende Bitte an unsere Vereinsmitglieder und die Vorstände der Abteilungen, die Kollegen, die noch zur Seite stehen, zum Eintritt in den Verein aufzufordern; Werbematerial ist stets bei unserer Geschäftsstelle zu haben. Wenn jedes Mitglied es sich zur Pflicht machte, alljährlich mindestens ein neues Mitglied zu werben, so dürfte die Erreichung unseres Ideals — der Zusammenschluß sämtlicher deutscher Chemiker zu einer mächtigen Organisation — nicht mehr fern sein.

Und noch eins möchten wir unseren Vereinsmitgliedern schon an dieser Stelle ans Herz legen. Die zahlreichen neuen Einrichtungen, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, und die Ausgestaltung der alten, insbesondere der Zeitschrift und der Geschäftsstelle, sind natürlich nicht umsonst zu haben. Kostet uns doch jedes Exemplar der Zeitschrift, die wir nach unseren Satzungen den Mitgliedern umsonst liefern müssen, mehr, als der Jahresbeitrag ausmacht. Die Ausgaben des Vereins wachsen mehr und mehr, und die Einnahmen kommen nur langsam vorwärts, sodaß es keine leichte Aufgabe für unseren Schatzmeister ist, bei aller Sparsamkeit die Jahresrechnung auch nur einigermaßen zu balancieren.

Da richtet sich unser Blick immer wieder auf den Anzeigenteil unserer Zeitschrift, der eine Goldgrube sein könnte, wenn er im richtigen Verhältnis zur Bedeutung der Zeitschrift und des Vereins stünde. Wenn zu unseren langjährigen treuen Inserenten nur diejenigen Firmen treten wollten, die den Textteil der Zeitschrift regelmäßig zur Bekanntgabe ihrer neuen Produkte und unsere Stellenvermittlung für die Gewinnung neuer Mitarbeiter benutzen, dann wären wir schon um ein erhebliches weiter; wenn ferner unsere in leitender Stellung stehenden Mitglieder ihren Einfluß dahin geltend machten, daß ausgiebiger nach den Inseraten in unserer Zeitschrift gekauft würde, als es bisher der Fall war, daß ferner die kaufmännischen Beamten ihrer Firmen den Handelsteil und Inseratenumschlag unserer Zeitschrift vorgelegt bekämen, dann würde der Verein mit einem Schlage die Mittel bekommen, um allen gerechten Anforderungen entsprechen zu können.

Das Vereinsjahr 1908 erhielt seine besondere Physiognomie hauptsächlich durch folgende Umstände:

a) Die in Danzig beschlossenen S a t z u n g e n traten 1908 in Wirksamkeit; wir können am Schluß des Jahres getrost sagen, daß sie sich bewährt haben. Es sind uns keine irgend erheblichen Ausstellungen zu Ohren gekommen.

b) Ganz besonders bewährt haben sich die neuen Satzungen dadurch, daß sie die Schaffung der F a c h g r u p p e n ermöglichten.

Die Fachgruppen traten zum erstenmal auf der Hauptversammlung Jena in größerer Zahl zu Sitzungen zusammen. Es ist dort eine reiche Zahl hochinteressanter Vorträge gehalten, und es sind

viele wichtige neue Verbindungen unter engeren Fachgenossen angeknüpft worden. Einen beträchtlichen Teil der im vergangenen Jahr neugewonnenen Vereinsmitglieder können wir ohne Zweifel auf Rechnung der Fachgruppen setzen, die somit auch in dieser Hinsicht einen Erfolg bedeuten.

Die meisten Fachgruppen haben in ausgezeichneter Weise für den VII. internationalen Kongreß in London vorgearbeitet. Es sei aber vorgreifend schon hier bemerkt, daß unseren Fachgruppen und unserem ganzen Verein für die Vorbereitung der künftigen internationalen Kongresse noch viel größere Aufgaben zufallen werden.

c) Der nach gründlicher Vorarbeit und lebhaften Debatten in Jenä eingesetzte Soziale Ausschuß hat im Herbst des Jahres 1908 seine Tätigkeit begonnen, von der wir gewiß sind, daß sie zum Heile des Vereins und unseres ganzen Standes ausschlagen wird. Wenn auch die endgültige Konstituierung des Ausschusses und seine hauptsächlichsten Arbeiten in das laufende Jahr fielen, so wird doch der Ausschuß schon auf der Frankfurter Hauptversammlung seinen ersten Bericht erstatten.

d) Als ein immer bedeutsamerer Faktor im Vereinsleben hat sich die Rechtsauskunftsstelle erwiesen. Die Zahl der Anfragen hat sehr erheblich zugenommen, und seitdem durch Bestellung eines Vertreters für unseren Rechtsbeirat die prompte Beantwortung der Anfragen auch für den Fall der Abwesenheit des Herrn Prof. Osterrieth gewährleistet ist, dürfte auch der letzte dieser Einrichtung noch anhaftende Mangel beseitigt sein.

Über die sonst noch in Jenä geschaffenen neuen und die Entwicklung der seit Jahren bestehenden Einrichtungen berichten wir im folgenden.

#### Die Gesamtzahl der Mitglieder

betrug am 31. Dezember 1907 . . . . .	3692
Neugemeldet wurden vom 1. Januar bis	
31. Dezember 1908 . . . . .	494
Zusammen	4186

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben vom 1. Januar bis	
31. Dezember 1908 . . . . .	28
b) Ausgetreten . . . . .	196
Daher Mitgliederbestand am	
31. Dezember 1908 . . . . .	3962

Vom 1. Januar bis 30. April ds. Js. sind an neuen Mitgliedern 213 aufgenommen, während 12 verstorben und 88 ausgeschieden sind. Der Verein hatte daher Ende April d. J. 4075 gegen 3876 am 30. April 1908. Das 4000. Mitglied zählten wir am 15. Februar 1909.

Ein erfreuliches Bild der Entwicklung des Vereins seit dem 1. Januar 1888 wird durch die auf folgender Spalte oben befindliche Übersicht gegeben.

Haben wir somit zwar im vergangenen Jahre eine um rund 100 geringere Zahl von Neuanmeldungen als 1907 zu verzeichnen gehabt, so hat doch die entsprechende Abnahme der Zahl der Austritte bewirkt, daß der reine Zuwachs auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr geblieben ist.

Die Zahl der Bezirksvereine ist im Geschäftsjahr 1908 unverändert geblieben, doch ist die Zahl der Mitglieder, welche den Bezirksvereinen angehören, etwas gestiegen.

	Mitgliederbestand	Neugemeldet im laufenden Jahr	Ausgetreten	Gestorben	Reiner Zuwachs	Zahl der Bezirksvereine	Fachgruppen
1888	—	—	—	—	237	—	—
1889	237	—	—	—	192	4	—
1890	429	—	—	—	139	5	—
1891	568	—	—	—	135	6	—
1892	703	—	—	—	93	7	—
1893	796	—	—	—	64	8	—
1894	860	—	—	—	260	9	—
1895 <sup>1)</sup>	1120	—	—	—	9	9	—
1896	1129	—	—	—	162	10	—
1897	1291	—	—	—	102	10	—
1898	1393	467	65	14	388	12	—
1899	1781	388	57	16	315	15	—
1900	2096	430	105	15	310	18	—
1901	2406	341	143	17	181	19	—
1902 <sup>2)</sup>	2587	379	187	23	169	19	—
1903	2756	357	187	19	151	19	—
1904	2907	402	156	35	211	19	—
1905	3118	357	173	20	164	19	—
1906	3282	335	180	34	121	19	—
1907	3403	602	278	35	289	19	2
1908	3692	494	196	28	270	19	11
1909	3962						

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirksvereine gibt die folgende Aufstellung vom 30. April 1909:

	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902
Aachen	64	41	41	38	39	42	41	39
Bayern	109	96	85	84	71	73	65	58
Belgien	79	90	83	70	82	69	69	66
Berlin	176	182	186	238	265	305	369	409
Frankfurt	224	202	193	188	163	148	148	141
Hamburg	127	116	109	103	101	99	91	87
Hannover	156	150	152	143	124	120	122	120
Märkisch.	370	313	272	230	220	190	151	95
Mitt.-Niedersch.	62	65	66	61	63	65	66	68
Neu-York	142	139	143	161	162	144	116	98
Oberrhein	290	301	283	254	253	249	191	167
Oberschl.	107	101	119	114	117	125	131	127
Pommern	48	34	34	33	35	34	37	43
Rheinland	395	379	275	255	247	235	233	210
Rheinland-Westf.	241	213	191	178	155	149	146	135
Saar	31	28	33	33	29	30	22	22
Sachsen-Anhalt	261	272	267	254	249	206	220	217
Sachsen-Thür.	271	256	248	222	206	161	144	155
Württbg.	77	67	67	55	61	63	60	63
	3230	3045	2847	2714	2642	2507	2422	2320

oder in Prozenten der Gesamtzahl der Mitglieder,  
79,2 78,6 80,9 80,5 83,0 83,0 85,7 87,3

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Weise sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder bei den einzelnen Bezirksvereinen entwickelt hat

1) Am 1./7. 1894 hatte der Verein die Mitgliederzahl 1000 erreicht.

2) Am 31./5. 1901 wurde bei der Hauptversammlung zu Dresden das 2500. Mitglied aufgenommen.

	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902
Aachen . . . . .	11	12	7	7	7	12	9
Bayern . . . . .	6	7	10	9	4	4	4
Berlin . . . . .	?	—	—	28	28	—	—
Frankfurt . . . . .	18	21	21	21	22	23	20
Hannover . . . . .	?	78	66	68	66	62	48
Mittel-Niederschles.	58	59	58	55	40	45	37
Oberschlesien . . .	37	37	41	40	45	36	30
Rheinland . . . . .	13	10	15	15	25	34	39
Rheinland-Westf. .	46	38	25	25	13	16	6
Saar . . . . .	1	1	1	1	1	1	—
Württemberg . . .	42	45	46	46	43	40	37
	232	308	290	315	294	272	230

Es waren daher den Bezirksvereinen im Jahre 1908 noch 232 (ohne die der Bezirksvereine Berlin und Hannover) außerordentliche Mitglieder angeschlossen, die nicht Mitglieder des Hauptvereins sind.

Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Mitglieder sind also im Mai 1909 im Verein deutscher Chemiker 4307 Chemiker, Institute und Firmen der chemischen Industrie vereinigt, gegen 4184 im Jahre 1908, 3808 im Jahre 1907, 3685 im Jahre 1906, 3504 im Jahre 1905 und 3296 zur gleichen Zeit des Jahres 1904.

Die im vergangenen Jahre konstituierten 11 Fachgruppen

waren die folgenden:

Fachgruppe für:	Mitglieder
analytische Chemie . . . . .	—
anorganische Großindustrie . . . . .	187
Gärungschemie . . . . .	79
Geschichte der Chemie . . . . .	—
gewerblichen Rechtsschutz . . . . .	60
Kaliindustrie . . . . .	33
medizinisch-pharmazeutische Chemie . . . . .	83
Mineralöl und verwandte Fächer . . . . .	—
Photochemie und Photographie . . . . .	40
chemisch-technologischen Unterricht . . . . .	61
Textil-, Färberei- und Druckereindustrie . . . . .	63

#### Abteilungen.

Die Mehrzahl der Bezirksvereine hat sich im vergangenen Jahre in günstiger Weise weiterentwickelt. Auf S. 2519 ff. geben wir die Jahresberichte der Bezirksvereine im Auszuge wieder. Daraus geht hervor, daß in allen ein reges wissenschaftliches und geselliges Leben herrschte.

Die Kassenverhältnisse der Bezirksvereine sind durchweg günstig.

Die F a c h g r u p p e n sind fast alle mit hohen Mitgliederzahlen ins Leben getreten. Sie tagten gelegentlich der Hauptversammlung; außerdem herrschte bei vielen ein lebhafter Schriftwechsel. Auszüge aus den Jahresberichten finden sich auf S. 2520 ff.

Von der Einrichtung, die Sonderbeiträge durch den Schatzmeister des Hauptvereins einziehen zu lassen, machten folgende Bezirksvereine Gebrauch: Hannover, Mark, Mittel- und Niederschlesien, Oberrhein, Sachsen-Anhalt, Sachsen-Thüringen, ferner die meisten Fachgruppen.

Es sind auf diesem Wege in den letzten Jahren folgende Summen vereinnahmt und an die Kassen der Bezirksvereine und Fachgruppen abgeliefert worden:

1903	1686
1904	3942
1905	2142
1906	935
1907	2387
1908	2266

Die Ersparnis an Mühe und Portokosten, welche die Mitglieder der Bezirksvereine durch diese Art der Zahlung hatten, läßt es erwünscht erscheinen, daß auch andere Bezirksvereine und Fachgruppen von dieser zu ihren Gunsten geschaffenen Einrichtung Gebrauch machen.

#### Verstorben.

Wir verloren im Jahre 1908 die folgenden 28 Mitglieder durch den Tod:

Prof. Dr. Abel, Stuttgart.  
 Dr. Max Ascher, Berlin.  
 Prof. Dr. Augsten, Neu-York.  
 Oscar T. E. Carlson, Stockholm.  
 Prof. Dr. von Cochenhausen, Regierungsrat, Chemnitz.  
 Jul. Corte, Halle a. S.  
 Dr. E. Fickert, Dresden.  
 O. Fuhse, Niederschöneweide.  
 Dr. Hans Freiherr von Gillern, Berlin.  
 Dr. Anton Goldschmidt, Uerdingen.  
 Dr. G. Gottwald, Poln.-Neukirch.  
 Dr. E. H. Gyr, Zürich.  
 Dr. Hermannsdörfer, Mannheim.  
 Dr. J. Hertz, Völpke.  
 Dr. Hlawnicka, Wien.  
 Dr. G. Krebs, Offenbach.  
 Dr. Fritz Mende, Zawadzic.  
 Carl Möller, Stettin.  
 Dr. G. Plath, Charlottenburg.  
 Th. Richters, Breslau-Herdain.  
 Dr. Schilling, Celle.  
 Dr. O. Siegert, Dresden.  
 Dr. Max Simonis, Charlottenburg.  
 B. Süßenguth, Ingenieur, Charlottenbrunn.  
 Dr. L. Spiegelberg, Magdeburg.  
 Dr. C. Wacker, Ulm.  
 Dr. Witter, Elberfeld.

Seit dem 1. Januar 1909 bis zum Abschluß des Geschäftsberichts sind noch die folgenden Mitglieder dahingeshieden:

Dr. O. Aichel, Frankfurt a. M.  
 Bernh. Edelmann, Frankfurt a. M.  
 Prof. Dr. K. L. Friedheim, Bern.  
 Dr. Friedrichs, Braunschweig.  
 Dr. Cl. Gehrenbeck, Halle a. S.  
 Hüttendirektor Leopold Glatzke, Königs-hütte.  
 Kommerzienrat Dr. ing. Ernst Heller, Linden-Hannover.  
 Dr. Kaiser, Beuerberg.  
 Kommerzienrat K. Keferstein, Berlin.  
 A. Kette, Bunzlau.  
 Dr. Kunst, Bad Rheinfelden.  
 Hofrat Dr. G. Langbein, Leipzig.  
 Kommerzienrat Th. Lichtenberger, Heilbronn.  
 Dr. N. Lilienfeld, Berlin.  
 Dr. Maschke, Berlin.  
 Dr. C. E. Merck, Darmstadt.

Dr. Max Otto, Mannheim-Wohlgelegen.

Dr. A. Richter, Dresden.

Kommerzienrat Ludwig Rohrmann, Krauschwitz.

Dr. Carl Sarnow, Friedenau.

Paul Tischendorf, Goldschmieden.

Dr. Fr. Valentiner, Leipzig-Plagwitz.

Der Verein wird den verstorbenen Mitgliedern stets ein treues Andenken bewahren.

#### Generalregister für die Zeitschrift für angewandte Chemie.

In Verfolg des auf der Hauptversammlung Jena auf Antrag des Bezirksvereins Frankfurt gefaßten Beschlusses hat unser Vorstand ein Rundschreiben an die Mitglieder versenden lassen, um festzustellen, ob die Zahl von Abnehmern sich finden würde, die nötig ist, um das geplante Generalregister zu finanzieren. Wenn schon jene Zahl nicht ganz erreicht wurde, so konnte doch dank dem Entgegenkommen unserer Verlagsbuchhandlung, Otto Spamer in Leipzig, das Unternehmen als gesichert betrachtet werden. Das Register wurde in Arbeit genommen und wird im Jahre 1910 fertig werden.

#### Verträge mit Versicherungsgesellschaften.

Unsere Verträge mit den Versicherungsgesellschaften, mit welchen wir bereits seit längerer Zeit zusammenarbeiten, haben sich im Jahre 1908 ausgezeichnet bewährt. Sowohl die Zahl der Versicherungen überhaupt als auch die der abgeschlossenen Summen ist fast durchweg auf das Doppelte gestiegen. Dies erfreuliche Resultat spricht in gleicher Weise für das Bestreben der Chemiker, ihre und ihrer Familien Zukunft sicherzustellen, wie für die Güte unserer Verträge; auch dürfte die eifrige Propaganda, welche wir durch die Versendung unserer Satzungen und durch die Inserate in unserer Zeitschrift betreiben, und nicht zum wenigsten die Einsetzung der Vertrauensmänner seitens vieler Bezirksvereine eine gute Wirkung gehabt haben. Wir hoffen, daß, nachdem die Mißverständnisse, „die über die Aufgaben der Vertrauensmänner für Versicherungswesen“ vorgekommen waren, beseitigt worden sind, auch die Bezirksvereine, die sich noch zurückgehalten haben, Vertrauensmänner einsetzen oder wenigstens bestimmte Mitglieder ihres Vorstandes für diesen Zweck designieren.

Die auf der Hauptversammlung Jena gewünschten ausführlichen Tabellen und Materialien hat die Stuttgarter Lebensversicherungsbank mit einem Anschreiben an die Vertrauensmänner gesandt. Über die Vorteile der Versicherung bei unserer Vertragsgesellschaft gegenüber der bei anderen Gesellschaften ging ein ausführlicher Bericht von Stuttgart ein, der dem Vorstandsrat und den Vertrauensmännern zur Kenntnisnahme zugegangen ist. Wir glauben bestimmt, daß jener Bericht geeignet war, alle in Jena aufgetauchten Bedenken wegen unseres Vertrags zu zerstreuen.

Der neue Vertrag mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank hat der Vereinskasse nicht unerheblichen Gewinn erbracht. Die Provision für 1907 erscheint mit ca. 320 M in unseren Einnahmen für 1908; die Provision für

1908 wird mehr als das Doppelte betragen und im Jahre 1909 zu veruchen sein.

Die Verhandlungen mit der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungsgesellschaft A.-G. wegen des neuen Vertrags, haben leider nicht zu einem erfreulichen Ende geführt. Die Gesellschaft war in einer Zwangslage, sie konnte uns laut den Verträgen, welche sie mit anderen Unfallversicherungsgesellschaften abgeschlossen hat, die Infektionsklausel ohne Prämienzuschlag nur bewilligen, wenn wir darin willigten, unseren seit über 15 Jahre bestehenden Vertrag durch einen gänzlich neuen zu ersetzen. Die Bedingungen dieses neuen Vertrags erschienen uns aber so viel weniger günstig, daß wir es vorzogen, im Interesse der Mehrzahl unserer Mitglieder auf die Einräumung der Infektionsklausel (und die Bonifikation zugunsten des Vereins, die beide in dem neuen Vertrag vorgesehen waren) zu verzichten und es bei dem alten bis zum 4. Mai 1914 laufenden Verträge zu belassen.

Von Krankenversicherungen ist mit der Gesellschaft Deutscher Anker im abgelaufenen Jahre nur eine zustande gekommen. Die Anfragen wegen Krankenversicherung waren aber sehr zahlreich, wir hoffen daher, daß auch diese so wichtige Versicherungsart sich bei unseren Vereinsmitgliedern immer mehr einbürgern wird.

Die Zahlen der abgeschlossenen Versicherungen und die Versicherungssummen waren im Jahre 1908 die folgenden:

I. Stuttgarter Lebensversicherungsbank. Polizen 57 (1907: 38; 1906: 41; 1905: 42).

Versicherungssummen: 933 900 (1907: 467 000; 1906: 609 000; 1905: 599 000).

II. Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungsgesellschaft A.-G. Unfallversicherung. Polizen 112. (1907 fehlt; 1906: 54; 1905: 50).

Versicherungssumme für Todesfall 1908: 1 570 250 (1907: fehlt; 1906: 766 500; 1905: 731 000).

Versicherungssumme für Invaliditätsfall 1908: 4 247 050 (1907: fehlt; 1906: 1 891 500; 1905: 1 825 000).

#### Deutsches Museum.

Der Vorstand des Deutschen Museums hielt am 30. Sept. 1908 zu München eine Sitzung ab, an der Herr Prof. Dr. Duisberg als Vertreter unseres Vereins teilnahm. Im wesentlichen wurde über den Neubau für das Museum verhandelt, der inzwischen bereits kräftig gefördert worden ist.

#### Patentwesen.

Wir berichteten bereits im vorigen Jahre, daß unser Antrag auf Ermäßigung der Patentgebühren die Zustimmung des Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz gefunden hat, und dann dem Reichsamt des Innern eingereicht worden ist. Wir hoffen, daß unser Antrag bei der gegenwärtig schwebenden Frage der Abänderung des Patentgesetzes mit berücksichtigt werden wird.

Die Frage der Sondergerichte für gewerbliche Rechtsstreite, insbesondere über Patentfragen, hat auf dem in Leipzig, vom 16.—19. Juni 1908 tagenden Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz

zu lebhaften Debatten geführt. Es wurde ein Beschluß im Sinne der bei unserem Verein herrschenden Meinung gefaßt (vgl. Z. f. a. Ch. **21**, 1429 [1908]).

Der preußische Justizminister hat aber vorläufig einen Versuch gemacht, die Rechtsprechung auf gewerblichem Gebiete dadurch zu verbessern, daß die betr. Sachen bestimmten Landgerichtskammern überwiesen werden, und daß das Sachverständigenwesen verbessert wird (vgl. den Erlaß in unserer Zeitschrift **20**, 2162 [1907]). Ob mit diesen Mitteln die von der Industrie dringend verlangte Verbesserung der Rechtsverhältnisse erreicht werden wird, muß die Zukunft lehren; wir bezweifeln es.

Zu den Vereinen, die die Gerichte um Nennung geeigneter Sachverständiger angehen sollen, gehört auch der unserige.

In Ausführung des Beschlusses der Hauptversammlung, betreffend den **Ausübungszwang** in England hat Herr Dr. Ephraim die Freundschaft gehabt, eine Zusammenstellung aller noch zu Recht bestehenden, im Besitz von Engländern befindlichen Patente anzufertigen. Diese Liste ist in 1500 Exemplaren gedruckt und an die 10 großen wirtschaftlichen Verbände, namentlich der mechanischen Industrie, mit dem Ersuchen versandt worden, ihre Mitglieder aufzufordern, Zurücknahmeklagen einzureichen, um auf diese Weise den bei uns gesetzlich vorgesehenen, aber fast nie gehandhabten Ausführungszwang England gegenüber zur Geltung zu bringen und so England zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen geneigt zu machen.

#### **Abänderung der §§ 133 f und g der Gewerbeordnung.**

Nachdem im Jahre 1907 die gleichlautenden Beschlüsse unseres Vereins und des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie an die Behörden und den Reichstag weitergegeben waren, konnte von uns aus im Berichtsjahre in Sachen der gesetzlichen Ordnung der Karenzklauseln nichts weiter geschehen. Anfang 1909 lief beim deutschen Reichstage eine Regierungsvorlage für die Abänderung der Gewerbeordnung ein, die auch bereits die Kommission passiert hat. Die Beschlüsse gingen teils über unsere Forderungen hinaus, teils blieben sie dahinter zurück. Durch die Schließung des Reichstags im Juli 1909 ist aber jene Novelle unerledigt geblieben und muß dem Reichstage von neuem vorgelegt werden. Wir werden uns bemühen, den Beschlüssen unseres Vereins, soweit irgend möglich, Geltung zu verschaffen.

#### **Teilnahme an Kongressen.**

Der internationale Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz zu Stockholm war von einer Anzahl unserer Mitglieder besucht. Die Begrüßung des Kongresses durch den Verein deutscher Chemiker hatte Herr Dr. K l o e p p e l, Elberfeld, übernommen. Ein Bericht über die Verhandlungen findet sich diese Z. **21**, 1916, 1967 und 2013 (1908).

#### **Verkehr mit befreundeten Fachvereinen.**

Der Verein war durch Mitglieder seines Hauptvorstandes, der Bezirksvereine oder durch den Generalsekretär bei den Hauptversammlungen folgender Vereine vertreten:

Bund deutscher Nahrungsmittelfabrikanten,  
Chemische Reichsanstalt,  
Deutsches Museum,  
Deutsche Naturforscher und Ärzte,  
Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums,  
Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker,  
Internationale Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz,  
Verband selbst. öffentl. Chemiker Deutschlands,  
Verein deutscher Ingenieure,  
Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands,  
Verein deutscher Eisenhüttenleute,  
Verein der Kaliinteressenten,  
Verein österreichischer Chemiker,  
Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland,  
Verein der Zellstoff- und Papierehemiker,  
Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei,  
IV. Deutscher Kalitag.

Das von dem Verein für rationelle Malweise, dessen Mitglied unser Verein ist, angekündigte deutsche Farbenbuch ist noch in Arbeit.

#### **Vierter Deutscher Kalitag.**

Der vierte deutsche Kalitag fand am 9. und 10./5. in Nordhausen unter reger Beteiligung statt. Chemiker, Bergleute und Fabrikanten hatten sich hier zusammengefunden. Durch den Bezirksverein Sachsen-Anhalt und den sehr rührigen Ortsausschuß war die Tagung vortrefflich vorbereitet worden. Über ihren schönen Verlauf wurde in dem an 7./8. 1908 herausgegebenen Kaliheft dieser Z. **21**, 1681 bis 1711 (1908) eingehend berichtet.

#### **Tätigkeit des Vorstandes.**

Der Vorstand, dessen Mitgliederzahl infolge der neuen Satzungen auf 6 angewachsen ist, hielt im Jahre 1908 zwei Sitzungen ab (vgl. die Protokolle auf S. 859 und 1345 dieser Z.). Eine dritte Vorstandssitzung fand am Tage des Beginns der Hauptversammlung zu Jena statt; die wichtigsten Punkte der Tagesordnung wurden nochmals durchgesprochen.

Außerdem fand ein äußerst reger Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden und den einzelnen Mitgliedern und der Geschäftsstelle statt; der Vorsitzende versandte im ganzen 710 Briefe und Rundschreiben in Vereinsangelegenheiten.

Die auf der Jenaer Hauptversammlung gefaßten Beschlüsse wurden in der Weise, wie es dieser Bericht ergibt, zur Durchführung gebracht.

Herrn Dir. Dr. K r e y, der am 1./5. 1908 sein 25jähriges Jubiläum bei den Riebeck'schen Montanwerken feierte, gratulierte der Vorsitzende durch ein Schreiben; unsere Zeitschrift brachte einen Festaufsatz aus der Feder von Herrn Dir. Dr. S c h e i t h a u e r (vgl. diese Z. **21**, 819 [1908]).

Gelegentlich des 25jährigen Jubiläums des Herrn Medizinalrats Dr. E. A. M e r c k überbrachte Herr Dir. L ü t y unserem langjährigen Vorsitzenden die Glückwünsche des Vorstandes und des Vereins. Daß der Jubilar anläßlich dieses Festes dem Verein zur Begründung eines Beamtenpensionsfonds 5000 M überwiesen hat, haben wir in unserer Zeitschrift (**22**, 480 [1909]) mitgeteilt.

Bei der Enthüllung des Bunsendenkmals zu Heidelberg vertrat den Verein Herr Hofrat Dr. Caro, bei der Einweihung des neuen Gebäudes des physikalischen Vereins zu Frankfurt Herr Prof. Dr. Becker und bei dem fünfzigjährigen Jubiläum der Firma Vorster & Grüneberg zu Kalk bei Köln Herr Dir. Dr. G. Schmidt-Schlebusch.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Vorstandsrat wurde eine Geschäftsordnung entworfen, die im laufenden Jahre genehmigt worden ist. Auch ein Regulativ für die Berechnung der Reisekosten und Diäten wurde vom Vorstand vorgeschlagen und vom Vorstandsrat angenommen.

#### **Tätigkeit der Geschäftsstelle.**

Die Arbeit bei der Geschäftsstelle wächst andauernd. Einerseits hat die Zahl der Vereinsmitglieder stetig zugenommen (in den letzten 5 Jahren um 1000!), andererseits ist auch eine große Anzahl neuer Einrichtungen und Statistiken beschlossen worden, deren Durchführung viel Zeit und Mühe kostet. Die vorstehenden Berichte geben einen gedrängten Überblick darüber. Es zeigte sich im Laufe des Jahres immer deutlicher, daß eine weitere Vermehrung des Personals nötig sei; ebenso mußte nach einer besseren Unterkunft für die Geschäftsstelle und Redaktion gesucht werden. Beides ist dann im Jahre 1909 geschehen.

Insgesamt hatte die Geschäftsstelle an schriftlichen Ein- und Ausgängen 8805 zu verzeichnen. 1030 Fragebogen wurden für die Statistik der Chemiker versandt, außerdem 661 Mahnkarten. Bei der Rundfrage wegen des Generalregisters kamen 910 Karten zur Versendung.

#### **Auszug aus den Berichten der Bezirksvereine.**

**Bezirksverein Aachen.** Die Zahl der ordentlichen Mitglieder war am Schlusse des Jahres dieselbe wie am Anfang: 41; die der außerordentlichen fiel von 11 auf 10. Von den 7 ordentlichen Versammlungen erfreuten sich 3, durch Vorträge ausgezeichnete, eines regeren Besuchs. Die Aussichten für das Gedeihen des Bezirksvereins im Jahre 1909 scheinen recht gute zu sein. Den Besuch der Versammlungen hofft man durch die Einrichtung kurzer Referate zu heben.

**Bezirksverein Bayern** (früher Mittelfränkischer Bezirksverein). Von den 6 Wanderversammlungen wurden 3 gemeinschaftlich mit der „chemischen Gesellschaft“ in Erlangen, 3 gemeinschaftlich mit der „chemischen Sektion der naturhistorischen Gesellschaft“ in Nürnberg abgehalten. Zumeist waren sie mit Vorträgen verbunden. Außerdem bildete einen Gegenstand vieler Verhandlungen die Änderung des Namens des Bezirksvereins. Es war eine erfreuliche Erhöhung der Zahl der Mitglieder von 90 ordentlichen auf 112 und eine nur geringe Abnahme der außerordentlichen von 7 auf 6 zu verzeichnen.

**Bezirksverein Belgien.** Die Vereinsversammlungen haben wiederum abwechselnd in Brüssel und Antwerpen stattgefunden. Jhr Besuch war im ganzen befriedigend. Wie in früheren Jahren, so hat sich auch im verflossenen die Mitgliederzahl beträchtlich gehoben. Ohne relativ

starke Verluste in letzter Zeit wäre die Zahl 100 schon erreicht.

**Berliner Bezirksverein.** Der Verein hielt 6 Versammlungen ab; in 5 von diesen wurden Vorträge gehalten, auch in den übrigen war an Besprechungen und kleineren Mitteilungen kein Mangel. Von der neuen Einrichtung, Vorträge zu beschaffen, wurde kein Gebrauch gemacht.

**Bezirksverein Frankfurt.** Das Vereinsleben verlief normal; der Besuch der 9 Sitzungen war verhältnismäßig gut. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder erhöhte sich um 11, von 185 auf 196, die der außerordentlichen sank von 21 auf 18. Wiederholt folgte der Bezirksverein Einladungen der „chemischen Gesellschaft“ und des „technischen Vereins“ zu Vorträgen und Besichtigungen; auch beteiligte er sich an der Einweihung des Bunsendenkmals, der Tagung „Südwestlicher Chemiker“ zu Heidelberg, sowie an der Feier der Eröffnung des neuen Instituts vom Physikalischen Verein zu Frankfurt. Mit gutem Erfolg bemühte sich der Bezirksverein um die Werbung neuer Mitglieder. Seine „soziale Kommission“ befaßte sich mit der „Novelle zur Gewerbeordnung“ und mit der „Versicherung der Privatangestellten“.

**Bezirksverein Hamburg.** Die Mitgliederzahl stieg von 114 auf 123. 8 wissenschaftliche Sitzungen mit Vorträgen wurden gemeinsam mit dem „Chemiker-Verein in Hamburg“ unter wechselndem Vorsitze abgehalten; zu einigen war der „naturwissenschaftliche Verein“ eingeladen.

**Bezirksverein Hannover.** Bericht fehlt.

**Märkischer Bezirksverein.** Der Verein entwickelte sich im verflossenen Jahre recht günstig. Die Zahl der Mitglieder stieg von 283 auf 356; Vorträge mit reger Diskussion belebten die 10 meist sehr zahlreich besuchten Versammlungen. Auf der Jenaer Hauptversammlung war der Bezirksverein besonders stark vertreten.

**Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien.** Bei reger Beteiligung der Mitglieder an den 7 Sitzungen, in denen den Mitgliedern teils Vorträge, teils Referate dargeboten wurden, verlief das 9. Vereinsjahr ruhig und harmonisch. Die Zahl der Mitglieder blieb dieselbe. Am Anfange des Jahres wurden 57 ordentliche und 54 außerordentliche Mitglieder gezählt, am Schluß 53 und 58.

**Oberrheinischer Bezirksverein.** Durch Zutritt von 37 Mitgliedern, während 28 austraten und eins starb, stieg die Zahl der Vereinsmitglieder von 307 auf 315. Wanderversammlungen wurden 5 abgehalten, je eine in Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt, zwei in Heidelberg; mit ihnen waren 17 Vorträge verbunden; außerdem hatten auch die Ortsgruppen Mannheim-Ludwigshafen und Darmstadt gesonderte Sitzungen und Vorträge.

**Oberschlesischer Bezirksverein.** Am 30./1. 1909 beendete der Verein sein 19. Vereinsjahr. Von 108 ordentl. und 37 außerordentl. Mitgliedern verblieben am Ende des Jahres 107 und 35. Ordentliche Sitzungen fanden 3 statt; Vorträge wurden 2 gehalten. Die Bibliothek, deren Wert sich jetzt auf 1750 M beläuft, wurde weiter vermehrt; ihre Benutzung hat sich wieder etwas gehoben.

**Pommerscher Bezirksverein.** Der Verein zählte 38 ordentliche und 5 außerordentliche Mitglieder. Der Besuch der Monatsversammlungen war befriedigend.

**Bezirksverein Rheinland.** Im Vereinsjahre fanden 5 Wanderversammlungen statt, darunter 4 mit Besichtigungen. Wissenschaftliche oder technische Vorträge wurden nicht gehalten, doch hat sich der Bezirksverein öfters und eingehend mit der vom Hauptverein eingesetzten Sozialen Kommission beschäftigt und Anträge für die Hauptversammlung beraten. Die Mitgliederzahl nahm in erfreulicher Weise zu; sie stieg von 377 ordentl. und 10 außerordentl. auf 400 ordentl. und 13 außerordentl.

**Rheinisch-Westfälischer Bezirksverein.** Eine ganze Reihe von Versammlungen und Besichtigungen führte die Vereinsmitglieder im Laufe des Jahres 1908 zusammen. Zu den schon bestehenden Ortsgruppen Dortmund, Düsseldorf und Essen gesellte sich eine neue: Duisburg. Mitglieder zählte der Verein im Anfang 1908 198 ordentliche und 37 außerordentliche, am Schluß 225 und 46.

**Bezirksverein a. d. Saar.** Mit 28 ordentlichen und 1 außerordentlichen Mitglieder trat der Verein ins Jahr 1908 ein und schloß mit derselben Zahl. Zusammenkünfte fanden monatlich und öfters statt. Drei von ihnen waren durch Vorträge ausgezeichnet.

**Bezirksverein Sachsen und Anhalt.** Das verflossene Jahr war von besonderer Bedeutung. Mit Sachsen-Thüringen gemeinsam lag dem Verein die Vorbereitung für die Hauptversammlung in Jena ob; außerdem war an ihm die Reihe, den diesjährigen Kalitag abzuhalten. Beide Veranstaltungen nahmen einen äußerst gelungenen Verlauf. Die Mitgliederzahl stellte sich auf 273 gegen 287 des Vorjahres. 4 Vereinsversammlungen und mehrere gesellige Vereinigungen in Magdeburg, Staßfurt und Halle trugen dazu bei, die Mitglieder einander näher zu bringen.

**Bezirksverein Sachsen und Thüringen.** Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1908 266 gegen 260 am Beginn. Eine mit verschiedenen Vorträgen verbundene Vereinsversammlung fand zu Chemnitz statt. Nachdem der Bezirksverein gemeinsam mit Sachsen-Anhalt die Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung zu Jena übernommen hatte, ging mit Schluß des Jahres die Vorstandsschaft von Jena auf Dresden über, wo eine sehr rührige Ortsgruppe besteht.

**Württembergischer Bezirksverein.** Die Beteiligung der Mitglieder an den Monatsversammlungen war eine nicht sehr befriedigende. Die Mitgliederzahl weist eine geringe Änderung auf: 66 ordentliche und 42 außerordentliche Mitglieder gegen 63 und 45 des Vorjahres. Es fanden wissenschaftliche Sitzungen mit (14) Vorträgen statt, darunter eine gemeinschaftlich mit dem elektrotechnischen Verein.

**Bezirksverein Neu-York.** Bericht fehlt.

#### Auszug aus den Berichten der Fachgruppen.

Nachdem schon in früheren Jahren eine Fachgruppe für Mineralölechemie und verwandte Fächer

bestanden hatte, und im Laufe des Jahres 1907 die Fachgruppen für chemisch-technologischen Unterricht und für Gärungschemie entstanden waren, trat im Jahre 1908 im Hinblick auf die Hauptversammlung zu Jena eine ganze Reihe neuer Fachgruppen ins Leben. Wir nennen da die Fachgruppen für analytische Chemie, für anorganische Großindustrie, für Geschichte der Chemie, für gewerblichen Rechtsschutz, für Kaliindustrie, für medizinisch-pharmazeutische Chemie, für Photochemie und Photographie und für Textil-, Färberei- und Druckereindustrie.

Zu Sitzungen versammelten sich die Fachgruppen im vergangenen Jahre nur bei Gelegenheit der Hauptversammlung. Sie boten dabei folgendes Bild:

Die Fachgruppe für analytische Chemie hielt am 12./6. mit 17 Teilnehmern eine Sitzung ab und verhandelte über die ihr zu stellenden Aufgaben.

Die Fachgruppe für anorganische Großindustrie versammelte am 12./6. in einer Sitzung 57 Teilnehmer. Die Vorträge bezogen sich auf die Gewinnung von schwefelsaurem Ammonium und von Kraftgas aus nassem Torf und auf die wesentlichen Fortschritte der anorganischen Großindustrie im letzten Jahre.

Die Fachgruppe für Gärungschemie hielt am 12./6. eine Sitzung ab und sah bei ihren Vorträgen über Bestimmungen der diastatischen Kraft des Malzes, über die Ausbildung von Chemikern für die Gärungsgewerbe, über Pilzgift bei Getreide und Würzen und die Abhängigkeit ihrer Wirkung von Mineralsalzen 12 Teilnehmer.

Zur Konstitution einer Fachgruppe für Geschichte der Chemie hatten sich am 12./6. etwa 20 Herren eingefunden, denen Vorträge über Joh. Wolfgang Döbereiner und Mitteilungen zur Geschichte des Papinschen Topfes und des Wasserbades dargeboten wurden.

In der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz wurde am 12./6. in zwei Sitzungen vor etwa 70 Teilnehmern die Gerichtsbarkeit in Sachen des gewerblichen Rechtsschutzes besprochen.

In der Fachgruppe für Kaliindustrie konnte in einer Sitzung am 12./6. vor 14 Teilnehmern nur die Wahl des Vorstandes vorgenommen werden.

Die medizinisch-pharmazeutische Fachgruppe zählte bei ihrer Sitzung am 12./6. bereits über 100 Mitglieder, von denen etwa 40 anwesend waren. Folgende Vorträge wurden gehalten: „Die amtliche Prüfungsstelle für pharmazeutische Präparate,“ „die pharmazeutische Industrie und die Gesetzgebung über pharmazeutische Produkte in Frankreich,“ „chemisch-pharmazeutische Industrie und die Apotheke,“ „über Studien in der Kohlensäurereihe.“

Die Fachgruppe für Mineralölechemie und verwandte Fächer hielt am 12./6. eine Sitzung mit 42 Teilnehmern ab. Die Vorträge betrafen ein „Reichsmonopol; einen elektrisch geheizten Pensky'schen Flammpunktprüfer; die physikalische Beschaffenheit konsistenter Fette.“

In der Sitzung der Fachgruppe für Photochemie und Photographie am 12./6. wurde über die Anwendung der aus Acetylcellulose hergestellten Cellulose für Kinematographie, über



eine ultraviolette Quecksilberlampe, über die Anwendung von Kaliummetabisulfit zum Haltbarmachen von Pyro- und anderen Entwicklern, über Präservation von Pyro- und anderen Entwicklern gesprochen.

In der Fachgruppe für chemisch-technologischen Unterricht wurde in der Sitzung am 12./6. beschlossen, die im Auftrage der Fachgruppe ausgeführte Statistik über den Stand des technologischen Unterrichts an den deutschen Universitäten mit erläuterndem Text durch einen Ausschuß herausgeben zu lassen. Diese Veröffentlichung ist in dieser Z. 21, 1989 (1908) erfolgt.

Die Fachgruppe für Textil-, Färberei- und Druckereiindustrie konstituierte sich in der Sitzung vom 12./6. mit 20 Teilnehmern. Die Themata der Vorträge lauteten: „Absorption von Farbstoffen; über Chromophore; optische Aus-

rüstung für Textil- und Färbereilaboratorien und Fabriken; Gitterspektroskop für Absorptionsspekttra mit direkter Wellenlängenschraube; zur Kenntnis des p-Nitrobenzoldiazoniumchlorids (für Pararot).“

Alle Fachgruppen hatten in ihrer Tagesordnung die Besprechung der Vorarbeiten für den VII. internationalen Kongreß in London aufgenommen; sie haben sich, soweit ihr Arbeitsgebiet auf dem internationalen Kongreß vertreten ist, im Laufe des Jahres durch Werbung von Vorträgen und Bestimmung von Themata für Referate beteiligt.

Vors.: „M. H.! Der Geschäftsbericht ist Ihnen allen vor 10 Tagen zugegangen, Sie haben gesehen, daß wir ihn erweitert und sehr ausführlich gehalten haben; ich nehme an, daß er Ihnen allen bekannt ist und Sie eine Verlesung nicht wünschen.“ (Zustimmung.)

Der Bericht wird genehmigt.

## 2. Jahresrechnung für 1908, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes. (Referent: Dir. Fritz Lütj.)

### Abrechnung

#### des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1908 im Vergleich zur Abrechnung 1907 und dem Haushaltsplan 1908.

Einnahmen	1907		1908		Voranschlag 1908		Ausgaben	1907		1908		Voranschlag 1908	
	M	℔	M	℔	M	℔		M	℔	M	℔	M	℔
Beiträge d. Mitglieder	72 255	23	78 801	99	73 000	—	Zeitschrift für Mitglieder . . .	45 106	80	49 481	25	45 625	—
Zinsen . . . . .	5 772	52	6 282	45	3 900	—	Beiträge zu anderen Vereinen .	75	—	107	—	100	—
Diverse Einnahmen	—	—	320	—	250	—	Soziale Kommission . . . . .	—	—	359	10	500	—
Verlust . . . . .	2 110	25	—	—	—	—	Rechtsankunftsstelle . . . . .	1 000	—	2 000	—	1 000	—
							Beitrag zum Deutschen Museum .	300	—	300	—	300	—
							Beitrag zur Hilfskasse . . . . .	1 000	—	1 000	—	1 000	—
							Vorstands- und Ausschußsitzungen	5 179	50	3 028	90	4 000	—
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 899	15	1 561	82	1 500	—
							Kosten der Geschäftsführung . .	12 137	60	11 624	61	11 040	—
							Zuschuß zu den Kosten der Hauptversammlung . . . . .	600	—	600	—	600	—
							Kosten der Hauptversammlung .	946	85	766	10	1 400	—
							Drucksachen: Mitgliederverzeichnis usw. . . . .	1 216	75	1 194	49	1 500	—
							Kosten der Liebigdenkmünze . .	462	60	446	60	550	—
							Rückvergütung an Bezirksvereine	8 638	50	6 204	—	6 250	—
							Unvorhergesehenes . . . . .	516	60	846	80	1 785	—
							Inventaranschaffung . . . . .	1 058	65	—	—	—	—
							Gewinn . . . . .	—	—	5 883	77	—	—
	80 138	—	85 404	44	77 150	—		80 138	—	85 404	44	77 150	—

#### Erläuterungen zu der Abrechnung des Vereins Deutscher Chemiker für 1908.

1. Einnahmen. Die Abrechnung des Vereins für das Jahr 1908 hat sich wesentlich günstiger gestaltet, als nach den Ergebnissen des Jahres 1907 zu erwarten war. Es ist dies hauptsächlich auf die intensive Werbetätigkeit der Geschäftsstelle zurückzuführen.

Die Beiträge der Mitglieder, welche im Jahre 1907 noch ca. 72 250,— M betrugten, sind auf 78 801,99 M, also um ca. 6 550,— M gestiegen, was einer Steigerung der zahlenden Mitglieder von 327 entspricht. Gegen den Voranschlag sind die Beiträge um 5801,99 M höher.

In zweiter Linie ist die Einnahme an Zinsen um über 500 M gestiegen, eine Folge der stark an-

gespannten Verhältnisse des Geldmarktes im Anfang des Jahres 1908.

Zum erstenmal sehen wir unter den Einnahmen den Betrag von 320 M als Vergütung der Stuttgarter Lebensversicherung für die Bemühungen des Vereins in 1907 verrechnet.

Die Gesamteinnahmen haben diejenigen des Jahres 1907 um 7376,69 M, den Voranschlag um ca. 8200 M übertroffen.

2. Ausgaben. Unter den Ausgaben nimmt natürlich die Vereinszeitschrift mit 49 481,25 M die erste Stelle ein. Die Ausgabe hierfür übertrifft diejenige des Vorjahres um 4374,45 M und den Voranschlag um 3856,25 M.

Dies würde der Mehrlieferung der Zeitschrift für 350 Mitglieder entsprechen. Da eine Anzahl

Mitglieder, die wegen Nichtzahlung des Beitrags gestrichen werden mußten, die Zeitschrift noch bis 1. April erhalten haben, stimmt diese Zahl ungefähr mit der Zahl der neu eingetretenen Mitglieder überein.

Die Beiträge zu anderen Vereinen haben die Höhe von 107 M erreicht gegenüber 75 M im Jahre 1907. Diese Steigerung wird durch Minderausgaben bei dem Konto Literaturbeschaffung der Zeitschriftrechnung ausgeglichen.

Zum erstenmal wurden in 1908 Ausgaben für die soziale Kommission gemacht, und zwar in einer Höhe von 359,10 M, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß die Ausgaben für die Rechtsauskunftsstelle mit 2000 M besonders verbucht sind.

Für die Rechtsauskunftsstelle war im Voranschlag der Betrag von 1000 M vorgesehen; es trat jedoch am 1. Juli 1908 mit Herrn Prof. Dr. Osterrieth ein neuer Vertrag in Kraft, welcher die Ausgabe für die Rechtsauskunftsstelle von 1000 M auf 3000 M pro Jahr erhöhte. Die Zahlung des erhöhten Honorars hat ab 1. Juli 1908 stattgefunden.

Der Beitrag zum Deutschen Museum ist pro 1908 noch nicht bezahlt. Zur Hilfskasse wurde ein Beitrag von 1000 M bewilligt.

Während im Jahre 1907 infolge der Hauptversammlung in Danzig für Vorstands- und Ausschusssitzungen ein Betrag von 5179,50 M ausgegeben werden mußte, war 1908 hierfür nur eine Summe von 3028,90 M erforderlich, also rund 2000 M weniger als in 1907 und 1000 M weniger, als der Voranschlag vorsieht.

Die Bureaubedürfnisse des Vorstandes sind gegenüber dem Vorjahre um ca. 330 M zurückgegangen, haben aber den Voranschlag noch um 61,82 M überschritten.

Die Kosten der Geschäftsführung sind um ca. 500 M niedriger als in 1907, was auf einen geringeren Bedarf an Drucksachen, Porti usw. zurückzuführen ist. Immerhin gehen die Ausgaben hierfür noch um ca. 600 M über den Voranschlag hinaus.

Die Posten: Zuschuß zur Hauptversammlung und Kosten der Hauptversammlung sind um 180 M geringer als in 1907 und bleiben um ca. 640 M hinter dem Voranschlag zurück.

Ebenso sind die Ausgaben für das Mitgliederverzeichnis um eine Kleinigkeit gegen 1907 zurückgegangen. Hinter dem Voranschlag bleibt die Aufwendung hierfür um rund 300 M. zurück.

Die Liebig-Denkmünze hat ca. 100 M weniger erfordert, als der Voranschlag hierfür vorsieht, während die Rückvergütung an die Bezirksvereine fast genau den Voranschlag erreicht hat, aber 2400 M weniger beträgt als in 1907. Es ist dies die Folge des Beschlusses der Danziger Hauptversammlung.

Unvorhergesehene Ausgaben haben 320,20 M mehr erfordert als in 1907 und sind ca. 900 M geringer, als im Voranschlag vorgesehen. Im Jahre 1908 sind neue Inventargegenstände nicht angeschafft worden, wodurch eine Ersparnis von 1058,65 M eingetreten ist.

Die Gesamtausgaben betragen 79 520,67 M, gegen 80 138 M im Vorjahre, sind also um 617,33 M geringer geworden, aber immerhin noch ca. 2400 M höher, als im Voranschlag vorgesehen.

Im allgemeinen kann der Abschluß für 1908 als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das Vermögen des Vereins beträgt zurzeit 58 741,60 M, gegenüber 52 857,83 M am 1. Januar 1908

#### **Bericht der Rechnungsprüfer.**

„Am heutigen Tage revidierten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker.

Es wurde die Übereinstimmung der Bücher mit dem aufgestellten Bilanz- und Abrechnungskonto konstatiert.

Durch zahlreiche Stichproben im Kassabuch und im Journal, durch Vergleichen mit den Belegen und den Einzelkonti wurde die richtige Übertragung in das Hauptbuch festgestellt.

Das Abrechnungskonto des Vereins ergibt einen Gewinn von 5 883,77 M, das der Zeitschrift einen solchen von 1097,42 M.

Das Vereinsvermögenskonto weist nach Gutschrift des Gewinnes einen Bestand von 58 741,60 M auf. Der Überschuß der Zeitschrift ist dem Zeitschrift-Reservefondkonto zugeschrieben. Das letztere Konto, das Ende 1907 einen Betrag von 9 533,32 M aufwies, ergibt einschließlich des Überschusses aus 1908 mit 1097,42 M eine Summe von 10 630,74 M.

Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt demnach am 1. Januar 1909 69 372,34 M.

Die vorgelegte Bilanz wurde geprüft und die darin verzeichneten Beträge als mit dem Hauptbuch übereinstimmend befunden.

Die Anlagewerte wurden nachgewiesen.

Auch die Buchführung des Zeitschriftenunternehmens wurde in gleicher Weise durch zahlreiche Stichproben und Aufrechnungen kontrolliert.

Die Hilfskasse des Vereins wurde gleichfalls einer Revision unterzogen. Das Stammkapital dieser Kasse beträgt 42 214,18 M. Die Anlagen in Wertpapieren erreichten die Höhe von 40 805,65 M.

Im Laufe des Jahres erhöhte sich das Stammkapital um 3101,47 M.

Mannheim, 28. August 1909.

gez. Dr. Flimm.    gez. Prof. Dr. Kolb.“

Der Abschluß wird genehmigt; es wird beschlossen, für den Vorstand Entlastung zu beantragen.

#### **3. Haushaltsplan für das Jahr 1910. (Referent: Dir. Fritz Lütj.)**

Siehe Tabelle auf Seite 2523.

#### **Erläuterungen zum Voranschlage für 1910.**

##### **A. Einnahmen:**

##### **1. Beiträge von Mitgliedern:**

Der Voranschlag 1908 rechnete mit 3500 Mitgliedern, der rektifizierte Voranschlag mit 3650, während die Abrechnung ergab, daß i. J. 1908 Beiträge von ca. 3940 Mitgliedern eingegangen sind. Zur

Zeit, Anfang 1909, sind nach den fortgeschriebenen Listen der Geschäftsstelle 4115 Mitglieder vorhanden. Immerhin dürfte man für 1910 mit ca. 4150 Mitgliedern zu rechnen haben. Dies ergibt eine Einnahme von . . . . . M 83 000,—

## 2. Zinsen:

Die Zinseneinnahme des Vereins setzt sich zusammen aus den festen Zinsen der Wertpapiere, aus dem Skonto der Spamerschen Rechnungen und aus den Kontokorrent-Zinsen. In Abzug kommen die Zinsen für den Fonds Merck, so daß mit einer Einnahme von . . . . . M. 5 700,— gerechnet werden kann.

## 3. Sonstige Einnahmen:

Die Lebensversicherung hat in 1908 ca. M 1300,— gebracht, die Krankenversicherung ca. M 30,—. Für das Jahr 1909, welches einzusetzen ist, läßt sich noch nicht abschätzen, welcher Betrag sich ergeben wird. Immerhin soll angenommen werden, daß ungefähr das gleiche Ergebnis wie in 1908 erzielt wird, also . . . M 1400,—

## B. Ausgaben:

### 1. Zeitschrift für Mitglieder:

Den Mitgliedsbeiträgen liegt die Zahl 4150 zugrunde. Die gleiche Zahl kommt daher auch bei der Zeitschriftlieferung in Betracht . M 51 875,—

### 2. Beiträge zu anderen Vereinen:

Diese Beiträge betragen . . . . . M 140,—

3. Der Beitrag zum Deutschen Museum beträgt alljährlich . . . . . M 300,—

4. Der Beitrag zur Hilfskasse muß leider wie in 1908 und 1909 wieder auf . M 500,— gestellt werden.

### 5. Chemische Reichsanstalt:

Der Beitrag des Vereins beträgt jährlich  
M 1000,—

### 6. Rechtsauskunftsstelle:

Die Ausgaben betragen hierfür vertragsgemäß . . . . . M 3000,—

### 7. Soziale Kommission:

Für die soziale Kommission sind . M 1500,— einzusetzen.

### 8. Vorstandssitzungen:

Die Kosten beliefen sich bisher auf ca.  
M. 1000,—

### 9. Vorstandsratssitzungen:

Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Tagung der Hauptversammlung 1910 in München werden sich die Reisekosten und Diäten des Vorstandsrates gegen 1909 wesentlich erhöhen, weshalb die Gesamtsumme mit . . . . . M 3500,— einzusetzen ist.

### 10. Bureaubedürfnisse des Vorstandes:

Hierfür dürfte die Summe von . . M 1500,— genügen.

### 11. Kosten der Geschäftsführung:

Die Verteilung der Ausgaben der Redaktion und Geschäftsstelle stellt sich so, daß auf die Geschäftsstelle ein Betrag von ca. . M 12000,— entfällt.

12. Etat, Geschäftsbericht usw. der Hauptversammlung. . . . . M. 1000,—

13. Stenograph der Hauptversammlung . . . . . M 400,—

14. Der Zuschuß zu den Kosten der Hauptversammlung wird wie bisher mit  
M 600,—

in Aussicht genommen.

## Voranschläge für die Jahre 1908, 1909 und 1910.

Einnahmen	1908	1909	1910	Ausgaben	1908	1909	1910
	M	ℳ	M		M	ℳ	M
Mitgliedsbeiträge .	73 000	76 000	83 000	Zeitschrift für Mitglieder . . .	45 625	47 500	51 875
Zinsen . . . . .	3 900	5 635	5 700	Mitgliedschaft in fremden Vereinen	100	100	140
Diverse Einnahmen	250	550	1 400	Beitrag zum Deutschen Museum .	300	300	300
				Beitrag zur Hilfskasse . . . . .	500	500	500
				Beitrag zur Chemischen Reichs-		1 000	1 000
				anstalt . . . . .	—	—	—
				Rechtsauskunftsstelle . . . . .	1 500	3 000	3 000
				Soziale Kommission . . . . .	—	1 500	1 500
				Vorstandssitzungen . . . . .	4 000	4 000	1 000
				Vorstandsratssitzungen . . . . .	1 500	1 500	3 500
				Bureaubedürfnisse des Vorstandes	11 040	11 000	12 000
				Kosten der Geschäftsführung . .	—	—	—
				Etat, Geschäftsbericht usw. der	1 000	1 000	1 000
				Hauptversammlung . . . . .	400	400	400
				Stenograph der Hauptversammlung	600	600	600
				Zuschuß zu den Kosten der Haupt-	—	—	—
				versammlung . . . . .	—	—	—
				Drucksachen: Berichte, Mitglieder-	1 500	1 500	1 500
				verzeichnis . . . . .	550	550	550
				Liebigdenkmünze . . . . .	6 250	6 460	7 000
				Rückvergütung an Bezirksvereine	—	—	850
				Abschreibung auf Inventar . . .	2 285	1 275	1 885
				Unvorhergesehenes . . . . .	—	—	—
	77 150	82 185	90 100		77 150	82 185	90 100

15. Drucksachen und Mitglieder-  
verzeichnis dürften mit . . . . . M 1500,—  
auskommen.

16. Liebig-Denk Münze:

Für die Denk Münze und das Diplom werden  
M 550,—  
ausgeworfen.

17. Rückvergütung an Bezirksver-  
eine:

Bei einer Mitgliederzahl von 4150 gehören den  
Bezirksvereinen ca. 85% an, also 3500 Mitglieder  
à M 2,— . . . . . M 7000,—

18. Abschreibung auf Inventar:

M 850,—

Dir. L ü t y : „Ich möchte zu Punkt 9 noch be-  
merken, daß dieser Betrag wahrscheinlich nicht aus-  
reichen wird, da ich heute zu meinem Schrecken als  
Schatzmeister des Vereins sehe, daß fast jede Fach-  
gruppe einen besonderen Vertreter geschickt hat,  
während wir die Fachgruppen vom rein finanziellen  
Standpunkt aus gebeten hatten, möglichst das Amt  
auf ein schon vorhandenes Mitglied des Vorstands-  
rats zu übertragen. Sie können meinen tiefen  
Schmerz ermessen, aber ich kann nichts daran än-  
dern.“

Prof. Dr. R a s s o w : „Ein Punkt dieses Vor-  
anschlags gibt mir noch Anlaß, ein paar Worte zu-  
zufügen. Es ist die Abschreibung für Inventar mit  
850 M. In diesem Posten kommt zum Ausdruck, was  
die Geschäftsstelle im Laufe dieses Frühjahrs ganz  
besonders beschäftigt hat: Das ist der U m -  
z u g i n d i e n e u e n R ä u m e u n d d i e n e u e  
E i n r i c h t u n g d i e s e r R ä u m e .

Diese Räume, über die ja eigentlich erst im  
nächsten Jahre zu berichten wäre, denn sie sind im  
Frühjahr 1909 bezogen worden, sind zweckmäßig  
und gut eingerichtet; die Möbel sind neu und nach  
einem Muster gleichmäßig hergestellt. Ich kann  
Ihnen versichern, daß das Arbeiten in den neuen  
Räumen sehr viel mehr Freude macht. Ich bitte die  
Herren, wenn Sie ihr Weg über Leipzig führt, uns  
dort zu besuchen. Wir brauchen uns jetzt mit  
unserer Einrichtung nicht mehr zu verstecken, son-  
dern können Sie in würdigen Räumen aufnehmen.

Ich spreche auch bei dieser Gelegenheit dem  
Vorstand und dem Verein den Dank dafür aus, daß  
die nicht unbeträchtlichen Mittel für die Beschaffung  
und Neueinrichtung der Räume bewilligt worden  
sind.“

V o r s. : „Ich möchte die Bemerkung des Herrn  
Dir. L ü t y in bezug auf die Zahl der anwesenden  
Vorstandsratsmitglieder etwas modifizieren. Ich  
heiße Sie alle auf das herzlichste willkommen, und  
freue mich, daß Ihre Zahl so groß ist. Für den Vor-  
sitzenden ist es viel erfreulicher, eine große Zahl von  
Vorstandsratsmitgliedern um sich versammelt zu  
sehen als eine kleine. Ich hoffe, daß es auch so blei-  
ben wird. Sie müssen uns dafür aber auch tüchtig  
helfen; Sie müssen dafür wirken, daß wir noch mehr  
Mitglieder bekommen, denn wir müssen mehr Mittel  
haben. Wie Sie sehen, sind wir in unseren Mitteln  
knapp; den Beitrag können wir nicht erhöhen, das ist  
ausgeschlossen. Wir müssen infolgedessen darauf  
sehen, noch irgend ein Nebengewerbe zu betreiben,  
und dieses Nebengewerbe ist die Zeitschrift; infolge-

dessen müssen Sie uns helfen, den Ertrag der An-  
zeigen zu steigern.

Bevor wir zum nächsten Punkt übergehen,  
möchte ich nicht versäumen, Herrn Dir. L ü t y  
unseren und sicher auch Ihren Dank dafür auszu-  
sprechen, daß er in so trefflicher und ökonomischer  
Weise die Geschäfte und Kassenangelegenheiten  
unseres Vereins gehandhabt hat. Wäre das nicht  
der Fall, ich glaube, die Mittel hätten schon lange  
nicht mehr gereicht.“ (Bravo!)

#### 4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungs- prüfer.

Es scheiden aus dem Vorstande satzungsgemäß aus: Prof. Dr. C. D u i s b e r g und Geh. Reg.-  
Rat Prof. Dr. M. D e l b r ü c k; sein Amt nieder-  
gelegt hat Dr. ing. J. C a r s t e n s.

V o r s. : „Ich möchte bitten, daß wir zunächst  
die Wahl zweier Rechnungsprüfer erledigen; wir  
schlagen Wiederwahl der Herren Prof. Dr. K o l b  
und Dr. F l i m m vor.

Es erhebt sich kein Widerspruch; Sie sind da-  
mit einverstanden.

Nun ist Ihnen bereits mitgeteilt worden, daß  
Herr Dr. C a r s t e n s, der dem Vorstande schon  
3 Jahre angehört, geglaubt hat, sein Amt nieder-  
legen zu sollen, weil er Chemiker der Farben-  
fabriken geworden ist, bei denen ich bekanntlich  
Direktor bin. Im Vorstand haben wir diesen Ent-  
schluß des Herrn Dr. C a r s t e n s außerordentlich  
bedauert, denn wir haben in ihm, gerade als  
Vertreter der Angestellten, einen außerordentlich  
pflichttreuen, lebenswürdigen und entgegenkom-  
menden Kollegen gehabt. Aber, m. H., der Vor-  
stand hat in seiner Sitzung heute früh sich nicht  
der Erkenntnis verschließen können, daß es doch  
wohl das Richtige ist, nicht zwei Mitglieder einer  
Firma im Vereinsvorstande zu haben.

Wenn Sie der gleichen Meinung sind, so möch-  
ten wir im Vorstande Ihnen für die Ersatzwahl keine  
direkten Vorschläge machen; wir möchten Sie nur  
bitten, daß Sie anstelle des Herrn Dr. C a r s t e n s  
wieder einen Vertreter der Angestellten wählen  
und uns aus Ihrer Mitte einen solchen vorschlagen.

In dieser Beziehung haben wir bereits eine Um-  
frage bei Ihnen veranstaltet. Von den eingegan-  
genen Antworten war die Mehrzahl für Wiederwahl;  
eine Minorität hat einige Herren genannt, die aber  
keine Angestellten sind.

Wenn Sie sich nun unserer Ansicht anschließen,  
daß nämlich eine Neuwahl stattfinden und ander-  
seits ein Angestellter gewählt werden soll, so bitten  
wir um Vorschläge. Das wird Ihnen in diesem  
Moment nicht möglich sein; ich schlage Ihnen  
deshalb vor, die Erledigung dieses Gegenstandes  
bis zum Schluß dieser Sitzung auszusetzen, damit  
die Herren sich darüber unterhalten können.“

(Der Gegenstand wird vertagt: der Vors. über-  
gibt den Vorsitz an Herrn Dir. K r e y und verläßt  
mit Herrn Geheimrat D e l b r ü c k den Sitzungs-  
saal.)

Dir. Dr. K r e y : „Wir haben anstelle der  
ausscheidenden Herren Dr. D u i s b e r g und  
Dr. D e l b r ü c k entsprechend Satz 10 unserer  
Satzungen eine Neuwahl vorzunehmen. Als man  
die Amtsdauer des Vors. zunächst auf drei Jahre be-  
messen hat, war man der Meinung, daß das ein Zeit-

raum sei, in dem jemand beweisen kann, ob er den Anstrengungen dieses Amtes gewachsen ist oder nicht, auch ein Zeitraum, in dem man beurteilen kann, ob man durch eine Wiederwahl auf weitere drei Jahre die Zustimmung zu der Amtsführung aussprechen will.

Nun handelt es sich hier um die eventuelle Wiederwahl eines Vorsitzenden, zu der unsere Zustimmung auszudrücken wir wohl nicht im Zweifel sein können. Der Vorstand ist darum der Meinung, Ihnen die Wiederwahl des Herrn Prof. Duisberg als Vorsitzenden unseres Vereins vorzuschlagen. (Bravo!) Ich hoffe, Sie werden mir gestatten, mit der Frage, ob er die Wahl annimmt, gleichzeitig den Ausdruck unseres Dankes zu verbinden für das, was er in seiner seitherigen Amtsführung für den Verein getan hat. (Bravo!)

Gleichzeitig möchte ich namens des Vorstandes die Wiederwahl von Herrn Geheimrat Delbrück vorschlagen.

Es erhebt sich kein Widerspruch; ich nehme an, daß Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind.

(Prof. Dr. Duisberg und Geheimrat Dr. Delbrück treten wieder ein.)

Mein verehrter Kollege Duisberg, der Vorstand und Vorstandsrat dankt im Namen des Vereins Ihnen aufs herzlichste für das, was Sie in Ihrer dreijährigen Amtsdauer für den Verein getan haben; er hat Sie zum Vorsitzenden wiedergewählt und rechnet auf Ihr Einverständnis.“

Prof. Dr. Duisberg: „Meine hochverehrten Herren! Als der Vorstand den Vorschlag machte, daß mein Kollege Delbrück und ich uns wiederwählen lassen sollten, habe ich mir sehr ernsthaft die Frage vorgelegt: kannst du das verantworten im Interesse des Vereins, im Interesse des Geschäfts und deiner Familie?

Was das Interesse des Vereins anlangt, so haben ja die Satzungen den richtigen Gedanken zum Ausdruck gebracht, daß nach einer bestimmten Periode frisches Blut zum Pulsieren in den Verein gebracht werde, und dazu ist der Vorsitzende in erster Linie berufen. Was die Interessen meines Geschäfts und meiner Familie angeht, so ist tatsächlich die Arbeit, die dem Vorsitzenden des Vereins zur Zeit noch erwächst, ganz außerordentlich; die Zahl der Briefe, die ich in den 12 Monaten des Jahres zu schreiben hatte, betrug 800—900.

Nun kann ich Ihnen, m. H., aber sagen, daß der Verein mir so ans Herz gewachsen ist und ich so mit dem Verein verwachsen bin, daß es mir eine große Ehre und Freude ist, von Ihnen zu hören, daß Sie mich wiedergewählt haben. Ich nehme deshalb die Wahl an und bin gern bereit, der Familie und dem Geschäft zu sagen, daß der Verein noch für weitere drei Jahre das Opfer von mir haben, und daß ich es ihm bringen will, (Bravo!) weil ich glaube, daß es gut ist, wenn die Periode von drei Jahren noch etwas verlängert wird. Denn die 3 Jahre sind im gewissen Sinne etwas zu kurz, damit eine Persönlichkeit in den gegebenen Grenzen zur Geltung kommen kann. Es war deshalb sehr weise von dem Verein, daß er die Möglichkeit einer sechsjährigen Amtsdauer vorgesehen hat. Wie bisher, so bitte ich zukünftig um Ihre Hilfe und Unterstützung und danke Ihnen für das mir stets entgegengebrachte Vertrauen.“ (Lebhafter Beifall.)

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: „Ich erkläre mich gern bereit, die Wiederwahl in den Vorstand anzunehmen.“ (Lebhafter Beifall.)

##### 5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Carl Graebe zum Ehrenmitglied zu ernennen mit folgender Begründung:

„Carl Graebe ist seit mehr als 40 Jahren als akademischer Lehrer und als Forscher und Pionier auf dem Gebiete der organischen Chemie bekannt. Sein Name ist vor allem mit einer chemischen Großtat ersten Ranges unvergeßlich verbunden. Jahrzehnte lang blieb die chemische Natur der Krappfarbstoffe umstritten und in Dunkel gehüllt, bis 1869, also jetzt vor 40 Jahren, die Synthese des Alizarins von Graebe und Liebermann aus dem Baeyerschen Laboratorium hervorging. Licht verdrängte und zerstreute nun das Dunkel. Zum ersten Mal war chemischer Kunst der Aufbau eines natürlichen Farbstoffes gelungen. In rascher Folge wurde dann der wissenschaftlich erkundete Weg, wiederum durch Graebes Mitarbeit, technisch ausgestaltet; er erschloß ein unabsehbar weites, überaus reiches Arbeitsgebiet für die chemische Wissenschaft und Industrie. Wohl hat der zündende Strahl dieser neuen Entdeckung den einst blühenden Krappbau vernichtet, aber unendlich wertvoller war der dafür eingetretene Gewinn an chemischer und technischer Erkenntnis mit ihrer großen wirtschaftlichen Tragweite, insbesondere für die deutsche Farbenindustrie und damit für den Wohlstand unseres Volkes. Dem Leben im Dienste der Forschung hat sich Graebes erfolgreiche Lebensarbeit auf dem Lehrgebiete gesellt. Eine große Zahl von Chemikern aller Spezialgebiete, aller Lebensalter und aller Nationalitäten ist dem Altmeister von der Genfer Hochschule zu dauerndem Danke verpflichtet. Ihm, der technisches Können und Vollbringen auf chemischem Gebiete nur dann als vollendet ansah, wenn es in engster Verbindung mit der Pflege der reinen Wissenschaft stand, gebührt Ehrung und Dank des Vereins deutscher Chemiker.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

##### 6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1911.

Prof. Radow: „M. H.! Der Vorstand hat, wie Sie schon aus den Verhandlungen des vorigen Jahres wissen, den Plan, die Hauptversammlung des Jahres 1910 in München abzuhalten, und der Vorstand ist dabei auf das liebenswürdige Entgegenkommen der bayerischen Kreise gestoßen. Sowohl von den Münchener Kollegen als auch von unserem bayerischen Bezirksverein sind die freundlichsten Einladungen an uns ergangen. Ich darf den Brief verlesen, der am 14./6. bei der Geschäftsstelle eingegangen ist.“

„Der Bezirksverein Bayern hat in seiner Wanderversammlung vom 14./5. 1909 einstimmig beschlossen, den Hauptverein zu bitten, die nächstjährige Mitgliederversammlung nach Bayern zu berufen.

Auf Grund dieses Beschlusses gestatten wir uns an den Verein deutscher Chemiker die herzliche Einladung zu richten, die Hauptversamm-

lung im Jahre 1910 in der bayerschen Haupt- und Residenzstadt abzuhalten.

München mit seinen Hochschulen, seinen Kunstschatzen, seiner Industrie und seiner schönen Umgebung bietet soviel Anziehungspunkte und hat sich schon so oft als hervorragender Versammlungsort bewährt, daß wir hoffen dürfen, keinen abschlägigen Bescheid zu erhalten.

Wir können versichern, daß im Falle der Annahme unserer Einladung der Bezirksverein Bayern gemeinsam mit der Ortsgruppe München alles aufbieten wird, um den lieben Gästen die Tagung in Bayerns Hauptstadt zu einer anregenden und genußbietenden zu gestalten.“

Für die Ortsgruppe München  
Dr. Adolf von Baeyer.

Für den Bezirksverein Bayern  
Dr. O. Klenker.

Dr. Landsberg: „Ich bin beauftragt, die Freude zum Ausdruck zu bringen, die uns dadurch bereitet wird, daß der Verein die Absicht hat, im nächsten Jahre in Bayern und speziell in dessen Hauptstadt München seine Versammlung abzuhalten. Der bayerische Bezirksverein sowohl wie das Ortskomitee in München freuen sich sehr darauf, die Mitglieder des Vereins mit ihren Damen recht zahlreich dort begrüßen zu können, und werden alles aufbieten, um ihnen den Aufenthalt in der Stadt München möglichst angenehm zu gestalten.“

Vors.: „Wir danken Herrn Dr. Landsberg und dem bayerischen Bezirksverein für die freundliche Einladung. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß wir ihr gern und freudig folgen; denn München ist ein Magnet erster Klasse. Wir werden nicht wie jetzt im Herbst, sondern im Frühjahr kommen, und ich denke, daß wir wieder die Pfingstwoche in Aussicht nehmen. Pfingsten fällt im nächsten Jahre auf den 15./5., so daß wir die Hauptversammlung vom 18. bis 21./5. abhalten würden.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Herren einverstanden sind.

Nun käme die Frage, welche Stadt wir in Aussicht nehmen wollen für das Jahr 1911.

Im vorigen Jahre haben wir schon versucht, Beziehungen mit Stettin anzuknüpfen. Der pommerische Bezirksverein würde sich sehr freuen, wenn er Gelegenheit hätte, uns bei sich zu sehen.

Heute morgen ist noch ein anderer Vorschlag gemacht worden. Wir müssen ja abwechseln zwischen Nord und Süd und Ost und West, und da ist vorgeschlagen worden, daß wir einmal nach Breslau gehen sollen, weil dort die neue Hochschule eröffnet wird, und wir so Gelegenheit haben, diese, wie wir es in Danzig getan, zu begrüßen. Es fragt sich nun, welche Stadt wir in Aussicht nehmen wollen, Stettin oder Breslau?“

Dr. H. Wimmer, Stettin: „Im Namen und Auftrag des pommerischen Bezirksvereins habe ich die Ehre, Sie für 1911 herzlich nach Stettin einzuladen.

Wenn diese Einladung nicht schon früher gekommen ist, so liegt es daran, daß die pommerische Hauptstadt bis jetzt einen etwas unfertigen Eindruck gemacht hat. In den letzten Jahren sind aber neue,

große Anlagen geschaffen worden, auf dem linken Oderufer sind Terrassen entstanden, auf denen sich stolze Gebäude erheben, die im nächsten Jahre ihrer Vollendung entgegengehen. Das städtische Museum wird im Jahre 1911 leider im Innern noch nicht vollendet sein, und an Kunstschatzen sind wir in Stettin nicht so reich wie München. Wir werden uns aber bemühen, Ihnen doch den Aufenthalt freundlich zu gestalten. Die städtischen Behörden lassen durch mich freundlich einladen. Der Oberbürgermeister hat mich vor einigen Tagen noch beauftragt, diese Einladung recht freundlich und dringend vorzubringen; die offiziellen Vertreter des Handels, der Kaufmannschaft lassen ebenfalls herzlich einladen, ebenso bin ich dazu beauftragt von der Vertretung der Industrie durch Kommerzienrat Kaesemacher.

Sie dürfen überzeugt sein, daß wir alles tun werden, Ihnen den Aufenthalt so freundlich wie nur möglich zu gestalten und ein würdiges Programm aufzustellen. Stettin bietet ja in Handel und Schifffahrt manches Interessante; ich brauche nur an den Vulkan zu erinnern und an die großen Hafenanlagen. Es bietet auch landschaftliche Schönheiten; wer jemals eine Oderbeleuchtung in Stettin erlebt hat, wird sie nicht so leicht vergessen. Ich bitte also, unsere Einladung freundlichst annehmen zu wollen.“ (Lebhaftes Bravo!)

Vors.: „M. H., Sie haben unseren Dank schon zum Ausdruck gebracht. Ich möchte hinzufügen, daß wir uns außerordentlich freuen werden, wenn wir einmal nach Stettin kommen können. Neulich war der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums dort; da kann ich aus eigener Erfahrung versichern, daß wir in außerordentlich freundlicher, ich darf sagen, glanzvoller Weise aufgenommen worden sind. Wir legen aber keinen Wert darauf, daß wir von der Stadt bewirtet werden. Sie wissen, daß der Deutsche Städtetag einmütig beschlossen hat, überhaupt keine Bewirtungen mehr stattfinden zu lassen. Ich will offen sagen, man tut uns keinen Gefallen damit, so sehr wir uns über eine Begrüßung freuen, aber wenn das von der Bürgerschaft hier und da bekrittelt wird, so ist das nicht angenehm; deshalb meine ich, die Herren sollten darauf hinwirken, daß bei zukünftigen Versammlungen diese Empfänge durch die Stadt, soweit sie der Stadt Unkosten verursachen, unterbleiben. Allzu viel Geselligkeit ist ohnehin nicht am Platz; es ist wünschenswert, daß ein Abend ganz frei bleibt, an dem ein rein kollegialer Verkehr gepflegt werden kann.“

Dr. Woy: „M. H.! Der Bezirksverein Mittel- und Niederschlesien ist zwar einer der kleinsten Bezirksvereine, aber Sie haben schon aus Ihrer Erfahrung zu Königshütte die Gastfreundschaft der Schlesier kennen gelernt und in guter Erinnerung behalten. Auch Breslau wird sich die größte Mühe geben, Ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen. Ich will noch hinzufügen, daß bei uns auch ein lokalpatriotisches Motiv mitspielt. Wenn man so im Reiche herum und mit Kollegen zusammenkommt, ist man immer erschrocken darüber, ein wie geringer Prozentsatz von Deutschen Breslau kennt. Herren, die in allen Weltteilen gewesen sind und alle Städte des Reiches kennen, kennen Breslau nicht.

Ich spreche den herzlichsten Wunsch aus, daß Ihre Wahl auf Breslau fallen möge, und wenn in diesem edlen Wettstreite diesmal Stettin den Vorrang haben sollte, so bitte ich, daß die nächste oder eine der nächsten Versammlungen nach Breslau gelegt werde.“ (Bravo!)

Vors.: Da Stettin der Anciennität nach den Vorrang hat, so würde es sich empfehlen, Stettin für 1911 zu wählen und Breslau etwa für 1913 in Aussicht zu nehmen.“ (Zustimmung.)

### 7. Berichte des Vorstandes:

#### a) Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift für angewandte Chemie im Jahre 1908.

Prof. Dr. R a s s o w: „Die Vereinszeitschrift ist i. J. 1908 in ganz erheblich erweitertem Umfange erschienen. Infolge Beschlusses des Vorstandes, den Referatenteil durch Herausgabe verstärkter Hefte nach Möglichkeit modern zu gestalten, ist der Umfang der Zeitschrift (einschließlich Register) auf 2740 Seiten angewachsen (1907: 2372, 1906: 2216, 1905: 2088, 1904: 2008, 1903: 1276, 1902: 1360 Seiten).

Diese Verstärkung war natürlich mit erheblichen Mehrarbeiten für die Redaktion und mit gleichfalls sehr erheblichen Mehrausgaben für Druck und Buchbinderarbeit, Papier und Honorare verbunden. Wir glauben aber, daß das Opfer, welches der Verein für die Zeitschrift gebracht hat, nicht vergeblich gewesen ist, indem sich seit jener Zeit kein Stock von ungedruckten Literatur- und Patentreferaten mehr gebildet hat. Durch scharfe Sichtung des Materials, sowie durch Kürzung aller zu lang geratenen Referate ist es uns gelungen, die Literaturreferate vier bis höchstens acht Wochen nach dem Erscheinen der Originalarbeiten herauszubringen. Auch die Schnelligkeit des Erscheinens der Patentreferate dürfte gegenwärtig den Ansprüchen unserer Leser genügen.

Von sonstigen größeren Ereignissen bei der Herausgabe der Zeitschrift seien erwähnt:

1. der IV. deutsche Kalitag in Nordhausen, über den wir einen vollständigen Bericht gebracht haben, der auch als Sonderdruck für die nicht unserem Verein angehörenden Mitglieder des Kalitages herausgegeben worden ist.

2. der Bericht über die Hauptversammlung Jena, der in den Heften 36 und 37, d. h. zur selben Zeit wie im Vorjahre, erschien.

Herr Hofrat C a r o hat, als er die Sonderausgabe dieses Berichtes mit den angehängten Vorträgen erhielt, die Anregung ausgesprochen, daß jedes Vereinsmitglied einen solchen Sonderdruck bekommen sollte. Natürlich wäre das für viele unserer Mitglieder sehr angenehm, indessen dürften einerseits die Kosten gegen den Vorschlag sprechen, und andererseits wäre ein solches Vorgehen auch nicht im Interesse der Zeitschrift, die gegenwärtig gerade des Hauptversammlungsberichtes wegen häufig von unseren Lesern in die Hand genommen werden wird.

Sonderdrucke dieses Berichtes sind an unsere Ehrenmitglieder, an die Mitglieder des Vorstands und des Vorstandsrats, sowie an die auf der Hauptversammlung vertretenen Behörden und befreundeten Vereine versandt worden.

3. der Bericht über die 80. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, der auch im vergangenen Jahre mit großer Schnelligkeit über sämtliche für Chemiker interessante Vorträge referiert hat.

4. der Bericht über die Jubiläumstagung der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei, welche zu Berlin anfangs Oktober stattfand.

Aufsätze.	1908	1907	1906
Es sind eingegangen . . . . .	252	236	216
Davon wurden zurückgewiesen . .	21	39	30
Abgedruckt i. laufenden J. . . .	231	197	186
Abgedruckt aus dem Vorjahre . .	27	6	20
Also insgesamt abgedruckt. . . .	258	203	206

Aus den vorstehenden Zahlen geht schon hervor, daß der Aufsatzteil unserer Zeitschrift im abgelaufenen Jahre eine beträchtliche Bereicherung erfahren hat. Über den Inhalt dieser Aufsätze sind uns keinerlei wesentliche Bemängelungen zu Ohren gekommen, wir glauben daraus entnehmen zu dürfen, daß unsere Leser im großen und ganzen mit diesem Inhalt zufrieden gewesen sind.

Von zusammenfassenden Fortschrittsberichten haben wir die folgenden abgedruckt:

M a s s o t, Faser- und Spinnstoffe; F e n d l e r, Nahrungsmittelchemie; F l u r y, Fortschritte der pharmazeutischen Chemie; R o s e n b e r g, Neuerungen auf dem Thioindigorotgebiet; F a h r i o n, Fettanalyse und Fettchemie; M o h r, Fortschritte der Chemie des Gärungsgewerbes; W e d e k i n d und W e i s w a n g e, Fortschritte der organischen Chemie; R o c h u s s e n, Fortschritte auf dem Gebiete des Camphers und der ätherischen Öle und Riechstoffe; N e u m a n n, Metallhüttenwesen 1907.

Neu aufgenommen haben wir im vergangenen Jahre eine vierteljährliche zusammenfassende Berichterstattung über: „Neue Farbstoffe und Musterkarten für Färberei und Druckerei“. Ferner finden wir es erfreulich, daß eine Anzahl ausländischer Laboratorien unsere Zeitschrift für eine regelmäßige Berichterstattung über ihre Arbeiten gewählt hat.

Referate. Literatur- und Patentreferate gingen i. J. 1908 3857 (gegen 3289 i. J. 1907, 4089 i. J. 1906 und 2920 i. J. 1905) bei uns ein. Die Literaturreferate waren so gut wie durchgehend seitens der Redaktion den Referenten übertragen worden. Dies Verfahren kostet zwar der Redaktion sehr viel Zeit und Mühe, hat sich aber insofern bewährt, als die Referierung gleichmäßiger geworden ist als früher. Wir vermögen dadurch zu verhindern, daß die Referenten nicht mehr über Aufsätze berichten, die uns für unsere Leser nicht geeignet erscheinen, und wir vermögen für eine schnellere Berichterstattung zu sorgen. Die Arbeitslast der Redaktion ist aber, wie schon erwähnt, durch das Bestellen und Bestimmen jeden Referats ganz ungemein gewachsen.

Die Zunahme der Zahl der eingelaufenen Referate im vergangenen Jahre rührt davon her, daß wir, sobald die verstärkten Hefte das hier noch lagernde Material beiseite schafften, unsere Referenten wegen rückständiger Referate energisch gemahnt haben. Wir hoffen, daß wir im laufenden Jahre uns wieder in der Höhe des Jahres 1907, was die Literaturreferate anlangt, bewegen werden.

Von der oben genannten Gesamtzahl der Referate entfallen auf Literaturreferate 2927 (gegen 2309 i. J. 1907) und auf Patentreferate 930 (gegen 980 i. J. 1907).

Abgedruckt haben wir Literaturreferate 3143 (gegen 1826 i. J. 1907) und Patentreferate 1442 (gegen 758 i. J. 1907, 899 i. J. 1906, 844 i. J. 1905) also zusammen 4585.

Am Schluß des Jahres war alles, was bei der Redaktion an druckfertigen Referaten lag, auch zum Abdruck gekommen.

Für den wirtschaftlich-gewerblichen Teil arbeiteten die bewährten alten und einige neugewonnene Berichterstatte im In- und Auslande regelmäßig mit. Die deutschen Handelsnotizen wurden der Hauptsache nach von dem stellvertretenden Geschäftsführer zusammengestellt. Die Zahl der eingelaufenen Korrespondenzen belief sich auf 2675 (gegen 2057 i. J. 1907), die dem größten Teil nach zum Abdruck gebracht wurden. Wesentliche Ausstellungen über diesen Teil sind uns nicht zu Ohren gekommen.

Zur Rezension wurden uns 261 Bücher (gegen 269 i. J. 1907) übersandt und zum größten Teil im selben Jahre in unserer Zeitschrift besprochen. Recht unerfreulich ist, daß die Autoren ein offenes Urteil über ihre Werke so gar nicht vertragen. Die Korrespondenz mit beleidigten Verfassern oder Verlegern gehört zu den unerquicklichsten Arbeiten der Redaktion.

Vereindeutscher Chemiker. Vom Vorstand des Vereins gingen uns 11 Mitteilungen (gegen 27 i. J. 1907) zur Veröffentlichung in der Zeitschrift zu. Die Abnahme der Zahl ist durch die geringere Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes, auf den Fortfall der Vorbereitung der Satzungsänderungen und auf den Fortfall der Arbeiten für den deutschen Ausschuß für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht zurückzuführen.

Auch der Hauptversammlungsbericht nahm weniger Platz ein (80 S. gegen 96 S. 1907), hauptsächlich weil die Beratung über den Sozialen Ausschuß nicht annähernd so umfangreich war, wie die über die neuen Satzungen im Jahre zuvor.

Bezirksvereinsberichte gingen bei uns im ganzen 84 ein (im Vorjahre 75), die größtenteils im gleichen Jahre zum Abdruck kamen, während einige erst im Anfang des laufenden Jahres veröffentlicht worden sind.

Sitzungsberichte veröffentlichten	1908	1907
Bezirksverein Aachen . . . . .	2	0
„ Bayern . . . . .	6	5
„ Belgien . . . . .	7	7
„ Berlin . . . . .	1	1
„ Frankfurt . . . . .	3	3
„ Hamburg . . . . .	2	5
„ Hannover . . . . .	2	8
„ Märkischer . . . . .	11	8
„ Mittel- und Niederschlesien	2	1
„ New-York . . . . .	3	3
„ Oberrhein . . . . .	6	3
„ Oberschlesien . . . . .	2	2
„ Pommern . . . . .	1	0
„ Rheinland . . . . .	5	3

	1908	1907
Bezirksverein Rheinland-Westfalen . . . . .	3	6
„ Saar . . . . .	1	1
„ Sachsen-Anhalt . . . . .	5	7
„ Sachsen-Thüringen . . . . .	3	4
„ Württemberg . . . . .	10	6

Von den Fachgruppen erhielten wir 26 Berichte gegen 6 im Vorjahre. Davon entfallen auf die

Fachgruppe für analytische Chemie . . . . .	3
„ „ anorganische Großindustrie . . . . .	3
„ „ Gärungschemie . . . . .	3
„ „ Geschichte der Chemie . . . . .	2
„ „ gewerblichen Rechtsschutz . . . . .	3
„ „ Kaliindustrie . . . . .	2
„ „ medizinisch-pharmaz. Chemie . . . . .	4
„ „ Mineralölchemie . . . . .	2
„ „ Photochemie . . . . .	4
„ „ chemisch-technologischen Unterricht . . . . .	2
„ „ Textil-, Färberei- und Druckereindustrie . . . . .	4

Wir verdanken den Fachgruppen eine große Anzahl von wertvollen Beiträgen für unseren Aufsatzteil, nicht minder aber einer Reihe von Bezirksvereinen, welche inhaltsreiche Vorträge, die in ihren Sitzungen gehalten wurden, uns zur Veröffentlichung übersandten.

Das Register nahm i. J. 1908 116 Seiten in Anspruch (im Vorjahre 92). Die Bearbeitung dieses Teils der Zeitschrift war ganz besonders mühselig und erforderte, um das Register wie in früheren Jahren mit dem letzten Heft der Zeitschrift herausbringen zu können, sehr erhebliche Nacharbeit des Personals der Redaktion und der Geschäftsstelle.

Die Korrespondenz der Redaktion belief sich (Eingänge und Ausgänge zusammen) auf 3321 Nummern (3797 i. J. 1907). Wie die Abnahme dieser Zahl beweist, hat sich die Zusammenlegung von Geschäftsstelle und Redaktion und die dadurch hervorgerufene Vereinfachung des Geschäftsganges aufs neue bewährt.

Absatz und Ergebnis der Zeitschrift haben sich i. J. 1908 folgendermaßen gestaltet:

Der Absatz der Zeitschrift stieg von 1907, wo er 4741 Exemplare betrug, auf 5090 im Jahre 1908. Auf den Verein entfielen davon 3942 (3606), auf den Buchhandel 852 (847) Exemplare. Inzwischen hat sich im laufenden Jahre (bis 1./8.) die Auflage bis auf 5500 gehoben.

Der Ertrag der Inserate und Beilagen ist gegen das Vorjahr etwas in die Höhe gegangen (um 10 [27]%). Infolge der Herausgabe der verstärkten Hefte (Vorstandsbeschuß vom November 1907), um mit dem vorhandenen Material an Referaten aufzuräumen, hat bei der Zeitschrift ein bedeutendes Minderergebnis stattgefunden; es hat sich gegenüber einem Gewinn von 5170,50 M im Vorjahre ein Verlust von 526,69 M herausgestellt. Da aber aus dem Verkaufe älterer Jahrgänge 1624,11 M gelöst wurden (im Vorjahre waren es 1184,11 M), so stellt sich doch für 1908 als Gesamtergebnis ein Gewinn von 1097,42 M (gegen 6354,61 M im Vorjahre) heraus.

Dr. Langfurth bittet die Herstellung von Halbjahrsregistern und Halbjahrsinhaltsverzeichnissen in Erwägung zu ziehen.



Prof. R a s s o w sagt die Beilegung von Titel und Inhalt für jeden Halbband zu, hat aber gegen die Herstellung des Halbjahrsregisters finanzielle Bedenken. Er empfiehlt den Herren, die in jeder Nummer auf S. VII des Umschlages jedes Heftes abgedruckten Inhaltsverzeichnisse herauszunehmen und zusammenzuheften, um für den laufenden Jahrgang immer ein Inhaltsverzeichnis zu haben.

Dr. H e s s e : „Ich möchte auch die Zweiteilung des Registers empfehlen. Mir wurden schon Wünsche geäußert, ich möchte vier Register erscheinen lassen. — Ich habe schon seit ein paar Jahren Vorsatzblätter für die einzelnen Vierteljahrsbände herausgegeben. Vielleicht ließe sich der Wunsch aber so erledigen, daß der Referatenteil besonders paginiert wird. Die Abteilung für die Referate und die für die Originalartikel haben ja ganz verschiedene Aufgaben.“

Dr. W i r t h : „Ich möchte daran erinnern, daß ich im vergangenen Jahre im Auftrage meines Bezirksvereins die Bitte ausgesprochen hatte, man möchte für Einbanddecken sorgen. Es wurde dies vom Vorstände zugesagt, ist aber, soviel ich weiß, noch nicht geschehen.“

Prof. Dr. R a s s o w : „Wir haben gelegentlich des Generalregisters mit der Verlagsbuchhandlung verhandelt, sie wird in Zukunft dafür sorgen.“

V o r s. : „Wir sind dankbar für alle Anregungen in bezug auf die Zeitschrift; Herr Prof. R a s s o w wird sicherlich Gelegenheit nehmen, soweit es möglich ist und nicht zu hohe Kosten verursacht, eine und die andere Anregung durchzuführen. Die Anregungen, die große Kosten zur Folge haben, müssen leider vertagt werden, denn ich muß mit Herrn Dir. L ü t y darauf wirken, daß wir sparsam wirtschaften. Wir sind wirklich arme Leute.“

Es wird beschlossen, daß die Trennung des Zeitschriftenfonds in der bisherigen Weise weiter durchgeführt wird, und daß der Überschuß von 1097,42 M wie im vorigen Jahre dem Zeitschriftenfonds überwiesen wird, der dadurch die Höhe von 10 630,74 M erreicht.

#### b) Rechtsauskunftsstelle.

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Bei der Rechtsauskunftsstelle sind im Jahre 1908 76 (1907: 52) Fragen eingegangen. Diese sind sämtlich durch schriftliche Beantwortung erledigt worden. In mehreren Fällen hat daneben noch eine mündliche Beratung stattgefunden. In einem Falle erfolgte die Beratung infolge Abwesenheit des Rechtsbeistandes durch dessen Vertreter.“

Die vorgelegten Fragen betreffen folgende Gebiete:

die Konkurrenzklausel in 20 (1907: 19) Fällen, allgemeine Vertragsauslegung in 16 (4) Fällen, die Angestelltenerfindung in 11 (9) Fällen, die Kündigung, Voraussetzungen und Fristen, in 11 (7) Fällen, Rücktritt vom Vertrage in 6 (7) Fällen, Beratung bei Vertragsabschluß in 6 (9) Fällen, Tätiemeanspruch in 5 Fällen, Geheimnisverrat in 4 (4) Fällen.

Außerdem bezogen sich einzelne Anfragen auf folgende Fragen: Versicherungen, gewerbepolizeiliche Fragen, Art der Kautionshinterlegung, Sachverständigengebühren, Gratifikationen, Schaden-

ersatz wegen unrichtiger Auskunft über einen Angestellten, Tagegelder bei Reisen zur Vorstellung des Angestellten, Gehaltsansprüche des Angestellten im Konkurse der Firma, Gehaltsansprüche, Schadenersatz wegen Verlust eines Zeugnisses, Wohnungsentschädigung, Anspruch auf Zeugnis, Steuererklärung, Nebenbeschäftigung des Angestellten, das Ehrenwort im Angestelltenvertrage u. a.

Was die Wirkungen der Beratung betrifft, so ist in 45 Fällen eine Antwort seitens der Fragesteller nicht erfolgt;

in 12 Fällen wurde mitgeteilt, daß die Anfrage keine praktische Folge hatte;

in 10 Fällen wurde ausdrücklich mitgeteilt, daß die Angelegenheit noch schwebt;

in 3 Fällen, daß der Konflikt gütlich erledigt wurde;

in 5 Fällen ist ein Rechtsstreit eingeleitet;

in 1 Fall hat der Angestellte auf Grund der Auskunft einen Vertragsabschluß abgelehnt;

in einem andern Falle sein Vertragsverhältnis durch Kündigung aufgelöst, und

in einem weiteren Falle die Versuche, die zu einer Erfindung führen konnten, eingestellt.

Damit ist das Wenige, was ich sagen könnte, schon gesagt. Ich halte es, wie ich schon in den beiden letzten Jahren ausführte, für noch verfrüht, irgendwelche allgemeine Schlußfolgerungen aus den bisherigen Ergebnissen zu ziehen. Das eine werden Sie selbst beim Anhören dieser kleinen Zusammenstellung herausgeföhlt haben, daß die Frage, die tatsächlich die dringendste auf dem Gebiete des Angestelltenrechts ist, die Frage der Konkurrenzklausel ist, mit der wir uns noch besonders zu beschäftigen haben. Die Frage der Angestelltenerfindung hat in diesem Jahre eine viel geringere Bedeutung gehabt, als in den beiden letzten Jahren; dagegen kommen jetzt mehr in den Vordergrund Differenzen verschiedenster Art, die sich auf Auslegung der Verträge beziehen und ein Bedürfnis anzeigen, in der Festlegung vertragsmäßiger Bestimmungen möglichste Klarheit und Vollständigkeit walten zu lassen.

Zum Schlusse kann ich nur immer wieder die Bitte aussprechen, daß die Herren, die eine Antwort bekommen, nach einiger Zeit doch mitteilen, wie die Sache ausgegangen ist, damit man sich ein Bild machen kann, wie weit die Rechtsauskunftsstelle den Herren genützt und vielleicht dazu gedient hat, Konflikten vorzubeugen.“

Dr. D i e h l : „Auf der letzten Versammlung wurde angeregt, daß die Rechtsauskunftsstelle möglichst sämtliche ergangene Entscheidungen, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen, zusammenstellen wolle, vielleicht in Form einer Broschüre. Herr Prof. O s t e r r i e t h hatte damals die Liebenswürdigkeit, zuzusagen, daß er eine derartige Zusammenstellung geben wolle. Ich möchte fragen, ob in absehbarer Zeit auf eine derartige Veröffentlichung zu rechnen ist.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Die liebenswürdige Bereitwilligkeit will ich natürlich gern wieder erklären, aber ich meine, das Material, das ich hier habe, reicht noch nicht aus, um daraus einen verständigen Codex des Angestelltenrechts zusammenzustellen. In einigen wichtigen Punkten steht eine Änderung der Gesetzgebung in Aussicht, eine Änderung der Gewerbeordnung, eine Änderung in bezug

auf die Frage der Angestelltenerfindung. Die Basis dieser ganzen Darstellung muß natürlich das Gesetz sein, und ich würde es für verfrüht halten, bevor diese wichtige gesetzgeberische Änderung eingetreten ist, etwas zu veröffentlichen, das dem Zweck nicht entspräche, und woraus die Interessenten keine festen Anhaltspunkte gewinnen könnten.“

Vors.: „Es hat niemand mehr das Wort verlangt; dann darf ich wohl Herrn Prof. Osterrieth unseren Dank aussprechen für seine Mühe-waltung und für die famose Art, in der er bis jetzt, wie ich glaube, alle Fragesteller zufriedengestellt hat.“

### c) Stellenvermittlung.

Die Inanspruchnahme der Abteilung für Stellenvermittlung hat sich im Jahre 1908 gegen die Vorjahre abermals gesteigert.

Stellenangebote kamen im Jahre 1908 84 zur Ausschreibung (1907: 77; 1906: 56). Von jenen 84 wurden 53 (63) als besetzt gemeldet; 19 wurden auf Grund von § 10 gestrichen; 12 blieben unbesetzt.

72 Stellengeber waren Mitglieder des Vereins, 12 gehörten ihm nicht an; 48 als besetzt gemeldete Stellen waren von Mitgliedern, 5 von Nichtmitgliedern ausgeschrieben; von den gestrichenen Stellen kamen 15 auf Rechnung von Mitgliedern, 4 auf Rechnung von Nichtmitgliedern. Der Bestand am 1. Januar 1909, insgesamt 12 (1908: 11), verteilt sich auf 9 (9) Mitglieder und 3 (2) Nichtmitglieder.

Wir traten in das Jahr 1908 mit einem Bestande von 29 Stellensuchern ein. Von diesen gingen aus den Reihen des Vereins 20, aus der Zahl sonstiger Chemiker 9 hervor. Im Laufe des Jahres gesellten sich jenen 29 noch 143 Stellensuchende (105 Mitglieder, 38 Nichtmitglieder) zu, so daß die Gesamtzahl 172 (125 Mitglieder, 47 Nichtmitglieder) betrug.

Hiervon kamen zur Erledigung 93 (71 und 22), und zwar 44 (32 und 12) durch erfolgreiche Bewerbung, 36 (26 und 10) durch Streichung nach § 7 der Geschäftsordnung; 13 Gesuche von Mitgliedern wurden nach Ablauf der gesetzten Frist erneuert.

Der Bestand am Schlusse des Jahres belief sich auf 79 (54 und 25). Davon sind 4 Ausländer (1 Am. 1 Norw., 1 Engl., 1 Russe), 17 Immaturi; ohne akademisches Abschlußexamen suchten Stellung zu erlangen 17 (davon haben 11 das sogen. Verbands-examen bestanden), mit Diplom als Ingenieur 15, mit Doktorexamen 47.

Auffällig bleibt der geringe Prozentsatz der erfolgreichen Bewerbungen: 44 auf 172 (26%). Dieses Verhältnis wird aber weniger ungünstig, wenn man bedenkt, daß im ganzen nur 84 Stellen für die 172 Bewerber offen standen, daß die Firmen auch in anderen Zeitschriften annoncieren, und daß schließlich viele Bewerber es versäumen, den Erfolg ihrer Bewerbung der Geschäftsstelle mitzuteilen, so daß aus der Zahl der 36 Bewerber, deren Namen nach § 7 von der Liste gestrichen wurden, zweifellos noch mancher Stellung gefunden hat. Immerhin geht aus der starken Steigerung der Zahl der stellenlosen Fachgenossen hervor, daß die schlechte Konjunktur des vorigen Jahres auch auf die Stellenbesetzung eingewirkt hat, und daß es gegenwärtig für einen Chemiker schwer hält, in geeigneter Weise unterzukommen.

Geschlossene Bewerbungsschreiben gingen im Laufe des Jahres 526 (1907: 411) ein und wurden von uns umgehend an die Adressaten weiter befördert. (§ 8 der Geschäftsordnung).

Eine zusammenfassende Übersicht über die Stellenvermittlung im Jahre 1908 gewähren die untenstehenden Tabellen. In Klammern sind die entsprechenden Zahlen des Jahres 1907 gesetzt, soweit sie zur Verfügung standen.

### a. Stellengeber.

	Bestand am 1./1. 1908	Zugang 1908	Zusammen	Erledigt	Besetzt	Gestrichen	Bestand am 31./12. 1908
Mitglieder	9	63	72	63	48	15	9
Nichtmitglieder	2	10	12	9	5	4	3
	11 (3)	73 (74)	84 (77)	72 (66)	53 (37)	19 (29)	12 (11)

### b. Stellensucher.

	Bestand am 1./1. 1908	Zugang 1908	Zusammen	Erledigt	Stellung gefunden	Gestrichen	Ern.	Bestand am 31./12. 1908
Mitglieder	20	105	125	71 (95)	32 (33)	26	13	54 (20)
Nichtmitglieder	9	38	47	22 (38)	12 (8)	10		25 (9)
	29 (19)	143 (114)	172 (133)	93 (133)	44 (41)	36 (30)	13	79 (29)

### c. Stellensucher, Bestand am 31./12. 1908.

Gesamtzahl	Ausländer	Immature	Ohne Abschluß- examen	Dipl. Ing.	Mit Dr.-Examen
79	4	17	17	15	47

Prof. Dr. R a s s o w: „Auch hier möchte ich die Bitte aussprechen an die Herren, die in ihren Firmen an leitender Stelle tätig sind: lassen Sie sich

die geringe Mühe nicht verdrießen, wenn Sie eine Stelle frei haben, einen Brief an uns zu schreiben und prüfen Sie die von uns übersandten Gesuche

wohlwollend. Es ist natürlich für eine solche Einrichtung eine besondere Freude, wenn man ab und zu von einem Stellensucher durch Postkarte die Mitteilung erhält: ich habe durch Vermittlung des Vereins eine Stelle gefunden.“

Dr. W i m m e r : „In der Chemiker-Zeitung ist, wenn eine Stelle ausgeschrieben war, nach einiger Zeit oft die Anzeige zu finden: die und die Stelle ist besetzt, den Herren Bewerbern besten Dank. Etwas Derartiges vermessen die Herren, die mich gebeten haben, das hier zu Sprache zu bringen, bei unserer Zeitschrift; es wird anscheinend nicht darauf hingewirkt.“

Prof. R a s s o w : „Wir haben in unserer Zeitschrift eine nicht sehr große Zahl von I n s e r a t e n , die sich auf Stellenvermittlung beziehen. Bei diesen ist es der Geschäftsstelle nicht möglich, einen Druck auf die Stellengeber auszuüben; wir wissen ja gar nicht, wer unter irgend einer Chiffre einen Chemiker sucht. Wir werden aber diese Anregung an die Fa. Scherl weitergeben, damit die Herren veranlaßt werden, ein Inserat über die Besetzung der Stelle zu erlassen.“

Was die Rubrik „offene Stellen“ betrifft, so kann jeder, der sich um eine Stelle bewirbt, sehen, ob sie noch unbesetzt ist. Wenn eine Stelle uns von der betreffenden Firma als besetzt gemeldet wird, dann wird die Nummer sofort gestrichen; wenn sie auffällig lange stehen bleibt, dann schreiben wir an die Firma und stellen fest, ob sie nicht inzwischen besetzt ist.“

#### d) Statistik der Chemiker und Chemie Studierenden für das Jahr 1908.

(Sehon veröffentlicht in dieser Z. S. 2428, Heft 50.)

Prof. Dr. R a s s o w : Sichere Schlüsse kann man ja aus der a. a. O. veröffentlichten Zweijahresstatistik nicht ziehen. Wir werden aber die Arbeit fortsetzen, sie ist mühselig und umständlich und macht viel Schreiberei und Portokosten. Um so mehr möchte ich an alle Mitglieder, sowohl die Fabrikleiter wie die Herren von den Hochschulen, die dringende Bitte richten: Antworten Sie uns gleich und möglichst vollständig und üben Sie einen Druck auf alle Firmen aus, soweit Sie können, damit wir Antworten bekommen.“

V o r s. : „Auch ich möchte Sie bitten, die Firmenvertreter wie die Vertreter der Universitäten und Technischen Hochschulen, daß Sie unsere Bestrebungen weiter unterstützen. Es wird für alle erfreulich sein, zu hören, daß wir im Punkte der Ausbildung der Chemiker nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten. Die Geschäftsstelle hat die Statistik, die wir früher aufgemacht haben, fortgesetzt. Diese finden Sie auf S. 1846 dieses Jahrgangs der Z. gedruckt; ich bitte, sie sich gelegentlich anzusehen; Sie werden daraus die außerordentlich erfreuliche Steigerung der Abiturienten ersehen. Sie sind von 46—50% im Jahre 1890 auf 86% gestiegen, und von den 14% der Nichtabiturienten sind 84% Apotheker, so daß tatsächlich nur 3% gegen früher 30% übrig bleiben. Da nun die Apotheker bekanntlich dahin streben, auch für ihren Beruf das Abiturientenexamen einzuführen und in dieser Richtung neuordnend wieder ein einmütiger Beschluß in Berlin gefaßt worden ist, so werden wir

unser Ziel noch schneller erreichen, wenn wir die Apotheker in ihren Bemühungen unterstützen. Ich bitte das zu tun. Die Aussichten für die Nichtabiturienten werden natürlich immer geringer, je weniger vorhanden sind, so daß es nach meiner Überzeugung gar nicht mehr lange dauern wird, bis nur noch Abiturienten zum Studium der Chemie kommen.“

#### e) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker. Antrag des Vereinsvorstandes auf Herausgabe eines Mitglederalmanachs deutscher Chemiker.

Prof. Dr. R a s s o w : „Das Adressenverzeichnis der Chemiker, das wir vor drei Jahren zusammengestellt haben, ist leider nicht viel in Anspruch genommen worden. In den Fällen, wo wir im vorigen Jahre Anfragen erhielten, sind wir nicht immer in der Lage gewesen, eine Auskunft zu erteilen, weil die betreffenden Herren sich nicht im Adressenverzeichnis befanden. Es gibt viele Chemiker, deren Adressen man einfach nicht habhaft werden kann, weil sie nicht Mitglieder irgend eines chemischen Vereins sind.“

Wir setzen das Adressenverzeichnis insofern fort, als wir uns bemühen, jede gestellte Anfrage möglichst prompt zu erledigen.

Der Vorstand hat den Antrag auf Herausgabe eines A l m a n a c h s d e r C h e m i k e r gestellt, natürlich nur unter der Voraussetzung, daß wir finanziell dabei nicht zu Schaden kommen. Der Vorstand hat eine Kalkulation aufgestellt auf Grund eines Probeblatts, das in der Geschäftsstelle einmal ausgearbeitet worden ist. Wenn der Almanach die Billigung des Vorstandsrats und des Vereins in der vorliegenden Form findet, so würden wir ihn zu einem möglichst billigen Preise als ein besonderes Vereinsunternehmen mit besonderem Etat herstellen. Vor etwa 15 Jahren ist ein Chemiker-Almanach herausgegeben worden, von dem trotz mancher Fehler fleißig Gebrauch gemacht worden ist. Auch hat vor einigen Jahren der Berliner Bezirksverein einen solchen Almanach herausgegeben, der aber auch wieder eingeschlafen ist. Notwendig ist es natürlich, daß ein Almanach in nicht zu kurzen Zeiträumen wieder neu bearbeitet wird. Der Antrag des Vorstands lautet:

„Der Vorstand bittet die Hauptversammlung, falls durch eine Rundfrage die Zahl von Bestellungen erreicht wird, die zur Deckung der Kosten notwendig ist, die Herstellung eines Almanachs zu genehmigen.“

V o r s. : „Wünscht einer der Herren das Wort? — Ich glaube, daß dieser Vorschlag Herrn Kollegen L a n g f u r t h aus der Seele gesprochen ist. Er hat ja vor zwei Jahren die Anregung dazu gegeben. Ich glaube, Sie werden mit mir der Meinung sein, daß wir jetzt zu dieser Arbeit schreiten sollen, falls wir genügend Abnehmer finden, und ich habe keinen Zweifel, daß das der Fall sein wird. Herr Prof. D e l b r ü c k hatte sogar den Vorschlag gemacht, jeder einzelne sollte mit seiner Photographie hineinkommen. (Heiterkeit.) Das wäre ja noch hübscher geworden, aber dazu wollte sich der Vorstand nicht entschließen. Wir wollen versuchen, vorerst ohne Photographie durchzukommen.“

Der Antrag wird angenommen.

Dr. W i r t h : „Ich wollte an unser altes Mit-

gliederverzeichnis anknüpfen. Es läßt sich nicht vermeiden, daß bei einem solchen Verzeichnis Irrtümer vorkommen. Bei unserem Bezirksverein habe ich verschiedene Irrtümer gefunden. Ich möchte, wie vor einigen Jahren, anregen, daß das Mitgliederverzeichnis den Schriftführern der Bezirksvereine und Fachgruppen zugesandt wird, damit die es kontrollieren können.“

Prof. Dr. R a s s o w : „Wir haben auch in diesem Frühjahr einem jeden Schriftführer der Bezirksvereine die Druckbogen des Mitgliederverzeichnisses geschickt. Die Korrekturen der Schriftführer der Bezirksvereine waren aber meist falsche, veraltete Adressen. Wir werden die Korrekturbogen im nächsten Jahre auch den Kassierern senden. Wo sich Fehler zeigen, sorgen wir sofort für Berichtigung. Wir haben aber noch nie erlebt, daß ein Schriftführer eines Bezirksvereins sich entschuldigt hätte, weil er uns falsche Adressen mitgeteilt hat.“

Dir. L ü t y : „Ich kann nur konstatieren, daß das früher genau ebenso gewesen ist und sich noch nicht gebessert hat. Dieselben Klagen hat der Schatzmeister auch; er bekommt eine Menge falscher Adressen von den Bezirksvereinen.“

#### f) Vermittlungsstelle für Vorträge.

Prof. Dr. R a s s o w : „Die gemäß dem Beschluß der Hauptversammlung Jena bei der Geschäftsstelle eingerichtete Vermittlungsstelle für Vorträge ist im Herbst 1908 ins Leben getreten. Die Geschäftsstelle versandte an alle Abteilungen des Vereins im Oktober 1908 Abschriften der Vortragsliste und ergänzte sie noch im November durch verschiedene Nachträge. Die vollständigen Listen sind im Februar 1909 nochmals zur Versendung gekommen. Da die Abteilungen direkt mit den Vortragenden verhandeln, vermögen wir nicht zu sagen, wieviel Vortragende auf Grund unserer Listen von den Bezirksvereinen und Fachgruppen zu Vorträgen aufgefordert worden sind. Aus einer Reihe von Anfragen geht aber hervor, daß die Einrichtung Beachtung gefunden hat.

Jetzt im Herbst wird die Liste neu angelegt. Wir bitten die Vorstände der Bezirksvereine sich nach Möglichkeit dieser Vortragenden zu erinnern, wenn sie Bedürfnis nach interessanten Vorträgen haben und es nicht von ihrem Bezirksverein aus decken können. Wir bitten sie aber, auch dieses Verzeichnis in den Kreisen befreundeter Fachvereine herumgehen zu lassen. Ich glaube, es ist von großem Interesse für den gesamten Chemikerstand, daß in den populären Vorträgen, die in den zahlreichen kleinen und größeren Vereinen des Deutschen Reiches jahrein jahraus gehalten werden, gute chemische Vorträge gebracht werden, und daß gerade die Mitglieder unseres Vereins, die sich uns zur Verfügung gestellt haben, dabei berücksichtigt werden.“

V o r s. : „Es wird sich vielleicht empfehlen, daß wir eine Liste solcher Vereine anlegen und Ihnen unser Verzeichnis zusenden. Es liegt das im Interesse der Vortragenden selbst; es sind meist jüngere Kollegen, die gern Vorträge halten, und gute Vortragende zu gewinnen, ist nicht leicht. Ich weiß das als Mitglied des Vorstandes des Vereins für wissenschaftliche Vorlesungen in Elberfeld.“

#### g) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

(Siehe Geschäftssitzung.)

#### 8. Sozialer Ausschuß.

##### a) Bericht über seine Tätigkeit.

(Referent: Prof. Dr. O s t e r r i e t h.)

V o r s. : „Darf ich Herrn Prof. Dr. O s t e r r i e t h bitten, über die Tätigkeit des Sozialen Ausschusses Bericht zu erstatten, vielleicht in der Weise, daß die Frage der Konkurrenzklausele noch ausgesetzt wird.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Der Soziale Ausschuß hat in Jena seine konstituierende Sitzung abgehalten; er setzt sich zusammen aus folgenden Herren:

Stellvertreter

Dr. F l e m m i n g,	W o h l g e m u t h
Dr. G o l d s c h m i d t	Dr. G. S c h m i d t.
Dr. H a a g n,	Dr. P f l e g e r.
Dr. Q u i n c k e,	Dr. U l l r i c h.
Dr. R a s c h i g,	Prof. B u s c h.
Dr. S c h e i t h a u e r,	Dir. R u s s i g.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist Herr Dr. F l e m m i n g ernannt worden.

In der ersten Sitzung wurde ein allgemeines Arbeitsprogramm aufgestellt und beschlossen, in die Beratung der einzelnen Punkte erst in der zweiten Sitzung einzutreten. Die nächste Sitzung ist im Laufe des Jahres 1908 nicht mehr erfolgt, sie fand erst im Jahre 1909 statt. Der Ausschuß hat zunächst seine Geschäftsordnung beraten, die von dem Vorstand genehmigt und damit in Kraft getreten ist. In sein Arbeitsprogramm hat der Soziale Ausschuß vorläufig drei Fragen aufgenommen, die der Erledigung harren. Erstens die Frage einer Zwangsversicherung für Privatangestellte, weiter die Frage der Angestellten-Erfindung, schließlich die Frage der Konkurrenzklausele.

Über die Frage der Privatangestelltenversicherung haben wir auf Grund eines eingehenden Berichtes des Herrn Dr. Q u i n c k e zunächst ein Rundschreiben verfaßt, um die Ansichten der Bezirksvereine in der Frage zu hören, namentlich um zu erfahren, ob die Bezirksvereine dem Gedanken einer Zwangsversicherung zustimmen. Das Rundschreiben ist in der Vereinszeitschrift veröffentlicht worden. Auf Grund dieses Rundschreibens sind an den Sozialen Ausschuß vier Antworten eingegangen, die übrigen Bezirksvereine haben nicht geantwortet. Daraufhin glaubte der Soziale Ausschuß heute nicht in der Lage zu sein, öffentlich mit einem Votum des Vereins hervorzutreten. Er steht zwar bis jetzt immer noch auf dem Standpunkt, daß eine Zwangsversicherung wünschenswert ist, hält es aber bei dem Mangel an Interesse, das sich bis jetzt gezeigt hat, für zweifelhaft, ob es zweckmäßig ist, daß der Verein für diesen Gedanken öffentlich eintritt. Wir haben daher vorläufig beschlossen, die Frage noch einmal weiter zu bearbeiten in der Hoffnung, daß wir vielleicht im laufenden Jahre von den Bezirksvereinen genügendes Material erhalten, um daraufhin festzustellen, wie in weiteren Kreisen des Vereins die Anschauungen liegen.

Über die Frage der Angestellten-Erfindung und der Konkurrenzklausele will ich im Augenblick nicht

sprechen; ich will nur bemerken, daß wir Bericht über die Frage der Angestellten-Erfindung erstattet haben. Beide Berichte von Herrn Dr. Goldschmidt und Herrn Dr. Flemming sind bereits in der Vereinszeitschrift veröffentlicht worden. In der Frage der Konkurrenzklauseel haben Bericht erstattet Herr Dr. Haagn und Herr Dr. Raschig; auch diese Berichte sind abgedruckt worden.

In den beiden letzten Fragen ist der Soziale Ausschuß zu einem bestimmten Ergebnis gekommen, das ich später mitteilen werde.

Damit wäre das Hauptpensum, das der Ausschuß sich für das ablaufende Geschäftsjahr gestellt hatte, erledigt. Es wird sich darum handeln, für das nächste Geschäftsjahr neue Fragen vorzulegen. In Aussicht sind schon genommen: allgemeine Statistik über allgemeine Standesfragen, Beratung der Frage, was zur Hebung des Standes der Chemiker notwendig ist, sodann Anstellungsverträge, Geheimnisverrat, Konventionalstrafen usw.“

Dr. Hesse: „Ich wundere mich darüber, daß nur vier Bezirksvereine sich über diese eminent wichtige Frage der Versicherung der Privatbeamten geäußert haben. Wir haben im Märkischen Bezirksverein in eingehender Weise uns mit der Frage beschäftigt und haben daraufhin dem Beschlusse des Sozialen Ausschusses zugestimmt. Es muß doch der Gedanke aufkommen, als ob die Organisation unseres Vereins, soweit es sich darum handelt, Beschlüsse der einzelnen Bezirksvereine hervorzuheben, noch der Verbesserung bedürfte. Seit fünf Monaten haben wir die Anfrage des Sozialen Ausschusses in den Händen gehabt, und ich meine, da sollte jeder Bezirksverein Zeit genug gehabt haben, sich mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen. Einer der wesentlichen Gründe, die zur Einsetzung des Sozialen Ausschusses führten, war doch seinerzeit der, daß wir in die Lage kommen wollen, die Ansichten, die in dem Verein deutscher Chemiker über die Frage der Zwangsversicherung existieren, gemeinsam mit anderen Fachverbänden zur Geltung zu bringen. Durch diese Schweigsamkeit der Bezirksvereine ist der Soziale Ausschuß zur Untätigkeit verurteilt und ist nicht in der Lage, an der berufenen Stelle unsere Anschauungen zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte bitten, daß in irgendeiner Form etwas Dampf hinter die Beschlüsse der Bezirksvereine gemacht wird, damit wir wenigstens an den Sozialen Ausschuß einen Beschluß übermitteln können.“

Dr. Köbner: „Ich möchte recht ernstlich darauf hinweisen, daß es für das Zustandekommen der Versicherung ganz gleichgültig ist, ob wir uns mit der Frage beschäftigen oder nicht. Wenn wir uns aber jetzt mit der Frage nicht befassen und sie lediglich in den Kreisen der nichtakademischen Beamten erörtern lassen, so wird die Gesetzgebungsmaschine über unsere Köpfe hinweg die Frage erledigen, und wir werden nachher so versichert werden, wie es jene gewünscht haben.“

Dr. Langfurth: „Es wird vielen Bezirksvereinen genau so gegangen sein wie uns. Wir haben diese Frage sofort auf die Tagesordnung gesetzt und beraten; zu einer solchen Debatte kommt aber nur eine Minderheit der Mitglieder; die paar Eingeweihten legen die Sache klar und der Bezirks-

verein als Ganzes ist nicht vertreten. Wir waren genötigt, die Verhandlung zu suspendieren, unsere Ohnmacht erkennend, in der Frage etwas zu nützen.“

Vors.: „Ich möchte Herrn Dr. Hesse erwidern, daß wohl nicht ein Mangel an Organisation in unserem Hauptverein vorliegt, sondern ein Mangel in der Organisation der Bezirksvereine, oder vielleicht die von Herrn Dr. Langfurth erwähnte Schwierigkeit, solche Fragen in den Bezirksvereinen zu behandeln. Herr Wohlgemuth hat zu der Frage des Erfinderrechts der Angestellten im letzten Heft einen Aufsatz geschrieben; und zu zeigen versucht, welche Bedeutung man den Beschlüssen der Bezirksvereine beimessen kann. Er exemplifiziert dabei auf die gemeinsame Sitzung des Rheinischen und des Rheinisch-Westfälischen Vereins, wo von beiden Bezirksvereinen ca. 20 Herren anwesend waren. Wenn dann die 20 Herren noch geteilter Meinung sind, 12 dafür und 8 dagegen, dann kann man doch einen solchen Beschluß nicht als eine Meinungsäußerung der vielen hundert Mitglieder der beiden Bezirksvereine ansehen. Sie sehen, wie gefährlich es ist — der Verein Deutscher Ingenieure hat neuerdings Gelegenheit gehabt darauf hinzuweisen —, solche Beschlüsse der Bezirksvereine in die Öffentlichkeit zu bringen; das ist auch bei uns nicht zulässig. Es ist dies bei dem Verein Deutscher Ingenieure versucht worden, der Kurator hat aber sofort protestiert. Auch bei uns müßte dies geschehen, wenn die Bezirksvereine in solchen Fragen öffentlich vorgehen würden. Wir haben den Hauptvorstand und haben den Sozialen Ausschuß; auf diese beiden Instanzen müssen Sie in erster Linie rechnen, auf die Bezirksvereine nicht in dem Maße. Aber ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Herren Mitgliedern der Bezirksvereine wie den Vorstandsmitgliedern recht warm ans Herz zu legen, das Interesse für Standesfragen bei den Bezirksvereinen immer wach zu halten. Sie sind doch der Mittelpunkt, um den die Vereinsmitglieder in den Bezirken sich scharen müssen.“

Dr. Becker: „Die Sache liegt in den verschiedenen Bezirksvereinen wohl verschieden. Ich gebe zu, daß die Beschlüsse, die da gefaßt werden, nicht immer die Meinung des ganzen Bezirksvereins darstellen; aber ich bin gebeten worden, es hier zum Ausdruck zu bringen, und entspreche also meiner Pflicht als Vertreter, wenn ich sage: man sollte sich in den Bezirksvereinen mehr mit solchen Fragen befassen. Es ist richtig, daß man nachher wird abwägen haben, wie die in den Bezirksvereinen gefaßten Beschlüsse zu beurteilen sind, aber man sollte den deutschen Chemikern mehr Anlaß geben zu der Empfindung, daß in dem Verein deutscher Chemiker auch wirklich die Lebensfragen des Standes berührt werden. Die Überzeugung habe ich gewonnen in den 15 Jahren, seit ich dem Vorstande des hiesigen Bezirksvereins angehöre: es ist unbedingt notwendig und es wird eine Lebensfrage sein auch für den Verein deutscher Chemiker, daß er sich derartiger Fragen allgemein annimmt, und nicht bloß in seinem Hauptausschuß. Wir Deutschen sind doch nun einmal so, daß wir für jede Sache in einer Menge von Ausschüssen und Vereinen tätig sein müssen, sonst haben wir nicht das Gefühl, daß etwas Ersprießliches geleistet wird. Ich möchte deshalb nicht dem zustimmen, was der Herr Vors. gesagt hat, daß wir

alles dem einen Ausschuß überlassen sollen. Lassen Sie die Leute sich aussprechen und suchen Sie danach den richtigen Weg zu finden.“

Vors.: „Es ist ein Irrtum des Herrn Dr. Becker, wenn er glaubt, wir wollten den Bezirksvereinen nichts zuweisen. Das Schlimme ist nur, wenn wir ihnen etwas zuweisen, so können wir uns nicht darauf verlassen, daß sie antworten. Sie haben ja gehört, daß wir von 19 Bezirksvereinen nur vier Antworten bekommen haben; darüber beklagt sich Herr Dr. Hesse und glaubt, es sei ein Fehler in der Organisation vorhanden. Wir sind aber bemüht, die Bezirksvereine heranzuziehen, und ich persönlich besonders; ich sage immer der Geschäftsstelle: bringt alle Angelegenheiten an die Bezirksvereine, gleichviel, ob sie antworten oder nicht.“

Dr. Hesse: „Ich freue mich, daß ich Anregung zu dieser Debatte gegeben habe. Sie wird vielleicht doch den Erfolg haben, daß man noch einmal in die Sache eintritt und dem Ausschuß wenigstens die Genugtuung gibt, ihm eine Antwort erteilen zu lassen. Mag sie nun ausfallen, wie sie will. Wenn die Bezirksvereine aber gar nicht antworten, so muß doch der Ausschuß schließlich zu dem Gefühl kommen: wir arbeiten pour le roi de Prusse, der Verein steht nicht hinter uns. Das kann nur dadurch geändert werden, daß solche Fragen ausgiebiger in den Bezirksvereinen erörtert werden.“

#### b) Neuwahl der ausscheidenden Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter.

Es scheiden aus: Dr. F. Quincke, Leverkusen b. Mülheim a. Rh. und Dir. Dr. W. Scheithauer, Waldau als Mitglieder; Dr. M. Ulrich, Elberfeld und Dir. F. Russig, Halensee-Berlin als Stellvertreter.

Vors.: „Wir haben uns heute morgen mit der Angelegenheit beschäftigt und sind der Meinung, daß wir darauf sehen sollten, den Sozialen Ausschuß in der Weise, wie er sich zusammen eingearbeitet hat, möglichst bestehen zu lassen, also möglichst Wiederwahl herbeizuführen. Die Aufgabe des Sozialen Ausschusses ist keine so einfache. Die Herren müssen sich in die Fragen einarbeiten und sie können nicht so häufig zur mündlichen Erörterungen zusammenkommen, wie es wünschenswert wäre. Wenn die Herren aber viel im Wege der Korrespondenz erledigen müssen, dann ist es nötig, daß sie möglichst lange zusammenbleiben. Wir haben die Bezirksvereine um Vorschläge ersucht, und die haben sich im wesentlichen darauf beschränkt, Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder zu empfehlen. Wir sind derselben Meinung. Es scheint sich dagegen kein Widerspruch zu erheben; Sie sind also damit einverstanden, daß wir morgen in der Hauptversammlung die Wiederwahl dieser Herren vorschlagen?“ (Zustimmung.)

#### 9. Anträge des Frankfurter Bezirksvereins auf Annahme folgender Resolutionen:

##### a) Erfinderrecht.

Der „Verein deutscher Chemiker“ ist völlig damit einverstanden, daß das Patentgesetz dahin abgeändert wird, daß der Anspruch auf ein Patent mit dem Rechte der Übertragung grundsätzlich dem Erfinder selbst zusteht. Er stimmt den Vorschlägen des „Deutschen Vereins für den

Schutz des gewerblichen Eigentums“\*), wie sie auf dem Stettiner Kongreß festgelegt wurden, zu und zwar soweit die §§ I, III, V und VI in Betracht kommen.

Er erachtet es aber für richtiger, die Festsetzungen, die sich auf die Übertragung beziehen (§ II und IV), wie auch die Entschädigungsfrage vorläufig auszuschalten, weil eine Notwendigkeit, diese Fragen jetzt zu behandeln, nicht vorliegt, und es auch entsprechend erscheint, daß die Regelung dieser nicht im Rahmen des Patentgesetzes, sondern in der Gewerbeordnung erfolgt.

Prof. Becker: „Man ist der Meinung gewesen, daß die Frage des Erfinderrechts in der chemischen Industrie eine ganz besondere Beachtung fordere. Wir haben gefunden, daß wohl auf der einen Seite das Bestreben der Beamten begründet erscheint, die Dinge so zu gestalten, wie es in dem österreichischen Patentgesetz geschehen ist. Man hat aber auf der anderen Seite auch gesagt, daß gerade für die chemische Industrie ein derartiger weitgehender Standpunkt kaum als annehmbar und günstig zu erachten sei. Infolgedessen sind in den Verhandlungen, die zu diesem Beschluß des Frankfurter Bezirksvereins geführt haben, folgende Ansichten zutage getreten: man könne die §§ 1, 3, 5 und 6 der Anträge des Vereins zum Schutz des gewerblichen Eigentums wohl annehmen. Man solle aber die §§ 2 und 4 auslassen, und zwar deshalb, weil das seither bestehende angenehme Verhältnis zwischen den Firmen der chemischen Industrie und ihren Angestellten in dieser Hinsicht nicht gestört werden sollte. Man wünscht also in seinen Forderungen nicht zu weit zu gehen, sondern will verhindern, daß ein Ziel erreicht wird wie in Österreich. Andererseits sagte man sich, daß die Ordnung gerade dieser Besitzrechte weniger in das Patentgesetz gehört als in die Gewerbeordnung.

Der Beschluß ist, wie Sie sich denken können, unter Meinungsäusserungen für und wider zustande gekommen; ich habe den Auftrag, ihn so zu vertreten, und möchte empfehlen, daß Sie den Antrag so annehmen, wie er gestellt ist.“

Vors.: „Bevor wir in die Debatte eintreten, gestatten Sie wohl, daß nunmehr der Vorsitzende des Sozialen Ausschusses, dem auf Wunsch des Frankfurter Bezirksvereins die beiden Anträge zur Beratung überwiesen wurden, daß also Herr Dr. Osterrieth die Meinung des Sozialen Ausschusses zum Ausdruck bringt. Ich möchte gleich auch erwähnen, daß als Referent des Vorstandes Herr Dr. Kloeppel fungiert, der bei den Verhandlungen des Vorstandes über diesen Punkt anwesend war; ich habe auch den stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialen Ausschusses, Herrn Dr. Flemming zu der Sitzung eingeladen. Selbstverständlich werden diese Herren sich nur mit beratender Stimme an der Verhandlung beteiligen.“

Dr. Kloeppel: „M. H.! Das Erfinderrecht des Angestellten ist eine Frage, die lange Jahre hindurch im Verborgenen geblüht hat; sie ist ein interessantes Thema theoretisch rechtlicher Erörterun-

\*) Vgl. das Referat von Dr. Kloeppel, S. 2571.

gen gewesen. Der bekannte Rechtslehrer Kohler hat sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt. Er ist der Urheber der sogenannten Stellvertretungstheorie. Eine andere Theorie handelt von der derivativen Erwerbung der Erfindung durch den Geschäftsherrn; es ist eine reiche Literatur vorhanden. Seit einigen Jahren nun ist diese Frage auch von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet worden; sie hat den Charakter einer Frage des sozialen Rechts angenommen. Es sind besonders von einer Gruppe von Angestellten weitgehende Vorschläge gemacht worden darüber, wie das Verhältnis zwischen Angestellten und Geschäftsherren gestaltet werden soll. Veranlaßt wohl durch diese Bewegung hat auch der deutsche Juristentag in zweien seiner Tagungen, 1906 in Kiel und 1908 in Karlsruhe sich mit dieser Frage beschäftigt und ist beide Mal in wesentlichen Beziehungen zu einem Non liquet gekommen, er hat gesagt: die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die uns die Möglichkeit einer rechtlichen Regelung der Frage geben sollten, sind noch nicht genügend geklärt. Diese Klärung ist nun inzwischen durch die Arbeiten des deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums geschaffen worden, die auf dem in Stettin im letzten Frühjahr tagenden Kongreß zum Abschluß gekommen sind.

Den Beratungen dieses Vereins kommt nun zweifellos eine sehr erhebliche Bedeutung zu, besonders deshalb, weil dort im vorigen Winter in einer größeren Reihe von Sitzungen die verschiedenen theoretischen und praktischen Fragen, die mit diesem Gebiet zusammenhängen, aufs Eingehendste erörtert worden sind, und ich glaube, wer die Denkschrift der Kommission gelesen hat, die unseren verehrten Prof. Dr. Osterrieth zum Verfasser hat, der wird sagen müssen, daß dort tatsächlich diese Frage erschöpfend behandelt worden ist. In dreitägiger Beratung sind dann auf dem Kongreß die Vorschläge der Kommission erörtert worden, es haben die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen Gelegenheit gehabt sich zu äußern; und es sind die Beschlüsse, über die wir heute hier auf Grund des Frankfurter Antrags verhandeln, zum großen Teil einstimmig oder mit erheblicher Majorität gefaßt worden, so daß ein erfreuliches Einverständnis über diese Fragen erzielt worden ist.

Es kann nun die Frage aufgeworfen werden, ob, nachdem also ein derartiger paritätisch organisierter Verein, in dem Theoretiker und Praktiker der verschiedensten Gruppen zum Wort gekommen sind, sich so eingehend mit der Frage beschäftigt hat, ob es noch nötig ist, daß von speziellen industriellen oder wissenschaftlichen Vereinen zu dieser Frage Stellung genommen wird. Ich glaube, daß das doch nützlich ist, und daß es vielleicht doch einen gewissen Eindruck auf die maßgebenden Kreise unserer Regierung machen wird, zu hören, wie die Stellungnahme der verschiedenen Vereine, des Vereins deutscher Chemiker, des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, des Vereins Deutscher Ingenieure zu den Stettiner Beschlüssen ausfällt. Wir hatten gestern in Bonn Gelegenheit, im Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie uns mit dieser Frage zu befassen, und auf Grund eines Referats von Dr. G o l d s c h m i d t ist man nach einer kurzen Debatte, in

der sich ein gewisser Widerspruch von einzelnen Herren geltend machte, die einen einseitigen Unternehmerstandpunkt vertraten, doch dazu gekommen, in einer Versammlung von über 100 Mitgliedern, mit allen gegen eine Stimme die Billigung des Vereins zur Wahrung der Interessen zu diesem Beschluß auszusprechen.

Ich halte es für bedeutungsvoll, daß dieser Beschluß gefaßt worden ist. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Stettiner Beschlüsse in erheblichem Maße in die Interessen des Unternehmertums eingreifen und eine grundlegende Änderung unseres bisherigen Systems in sich schließen, die vielfach Bedenken in den Unternehmerkreisen erregt hat. Noch heute ist dem Vorstand des Vereins von seiten einer bedeutenden Fabrikantenvereinigung ein Brief zugegangen, in dem erhebliche Bedenken gegen dieses weite Entgegenkommen gegenüber den Anforderungen der Angestellten geäußert werden, und der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Verein deutscher Chemiker sich nicht den Stettiner Beschlüssen anschließen möge.

Wenn wir nun die Stettiner Beschlüsse jetzt erörtern wollen, möchte ich mir mit Genehmigung des Herrn Vors. erlauben, die wichtigsten Punkte aus diesem Programm etwas näher zu erörtern, damit die Herren in der Lage sind, darüber schlüssig zu werden, was der Frankfurter Antrag bedeutet. Es handelt sich bei der getroffenen Regelung, wenn wir die Sache theoretisch betrachten, darum, die Grundsätze, die bereits auf dem Gebiet des künstlerischen und literarischen Urheberrechts gelten, soweit die Verschiedenartigkeit der ganzen Rechtsgebiete es zuläßt, auch auf das Gebiet der gewerblichen Erfindung zu übertragen, also den heute bei uns anerkannten Grundsatz, daß der literarische, der künstlerische Urheber ein Anrecht auf das Produkt seiner Tätigkeit hat, auch auf das Gebiet der gewerblichen Erfindung zu übertragen. Bekanntlich nimmt unser heutiges Patentgesetz von dem Erfinder nur wenig Notiz; abgesehen von der Bestimmung über Entwendung der Erfindung, bringt das Gesetz zum Ausdruck, daß das Patent erteilt wird dem ersten Anmelder, ohne daß eine Prüfung eintritt, ob der erste Anmelder der Erfinder ist. Es ist nun also gesagt worden, man wolle Wandel schaffen und dem Urheber der Erfindung einen grundsätzlichen Anspruch auf die Erfindung gewähren. Es ist dem entgegengehalten worden, daß die Verhältnisse auf dem Gebiet des gewerblichen Urheberrechts ganz anders lägen, daß das gewerbliche Urheberrecht zu verschiedenen sei von dem Gebiet des literarischen und künstlerischen Urheberrechts, als daß man da ähnliche Grundsätze anwenden könnte. Gerade in dem Brief, der uns heute vorgelegen hat, heißt es, daß die Grundlage, der Ausgangspunkt des Patentschutzes von vornherein ein ganz anderer gewesen sei als der Ausgangspunkt des Urheberrechtsschutzes. Nach dem Urheberrecht wolle man den Urheber schützen, bei dem Patentgesetz dagegen sei der leitende Gedanke gewesen, durch Gewährung von Patentprivilegien zu Erfindungen anzuregen. Ich glaube, daß diese Auffassung unrichtig ist. Auch die Entwicklung des literarischen Urheberrechts ist derart gewesen, daß wir von einem Privilegium ausgegangen sind. Die erste Form des Urheberrechtes war der Schutz des

Druckers, ohne daß irgendwelche Rücksicht auf den Urheber genommen worden wäre; und Sie sehen, wie sich die Auffassung geändert hat. Heute sieht es jeder als selbstverständlich an, daß nicht der Drucker geschützt wird, sondern der Urheber. Deshalb wird von Theoretikern heute schon vielfach gesagt: Es ist nur eine logische Fortbildung der bisherigen Entwicklung, wenn wir auch beim Patentgesetz übergehen von der seitherigen Theorie zum Schutz des Urhebers der Erfindung.

Es wird demgegenüber ausgeführt und ist mir auch in Bonn entgegengehalten worden, die Dinge lägen ganz anders. Der Künstler sei der große Mann, der konzipiert die Idee und macht die schönen Kunstwerke, die Tätigkeit des Erfinders dagegen liege im Rahmen seiner berufsmäßigen Arbeit. Das ist derselbe Fehler, den die extreme Angestelltenbewegung auf dem Gebiete des Erfinderrechts gemacht hat, indem gesagt wurde: der Erfinder ist der Mann, der die große Idee konzipiert, man könne nicht sagen, daß sie zu seinem Tagewerk gehört. Auch auf dem Gebiete des künstlerischen Schaffens gibt es große Schöpfungen und kleine und es gibt Leute, deren Arbeit man mit der Tätigkeit des Konstrukteurs vergleichen kann. Es besteht allerdings ein sehr wesentlicher Unterschied insofern, als eine wertvolle technische Erfindung in kurzer Zeit Gemeingut werden muß, damit die weitere technische Entwicklung sich darauf aufbauen kann, genau so wie der betreffende Erfinder selbst nur auf der vor ihm liegenden technischen Entwicklung weiter gebaut hat. Wir haben deshalb den kurzbefristeten Schutz des gewerblichen Urheberrechts gegenüber dem langfristigen Schutz literarischer oder künstlerischer Schöpfungen, bis zu 30 oder 50 Jahren nach dem Tode des Urhebers. Ich meine also, der Gedanke, die Prinzipien des Urheberrechtsschutzes auch auf diesem Gebiet soweit als möglich anzuwenden, ist von diesem rein rechtlichen Gesichtspunkt aus einer Prüfung wert.

Die große Frage ist nun die, ob nicht eine derartige Änderung so einschneidende Wirkungen auf unsere Industrie üben wird, daß gerade unsere chemische Industrie, die ja auf Erfindungen aufgebaut ist, Schaden leiden müßte, und da haben sich in der Kommission zwei Meinungen gegenübergestellt. Die Vertreter des reinen Unternehmerinteresses, die Agrarier des Unternehmertums, wie ich sagen möchte, standen auf dem Standpunkt: wir dürfen nicht den kleinen Finger zu Konzessionen bieten, sonst wird uns sofort die ganze Hand genommen, und damit ist das Unglück da. Es ist gelungen, und wie ich hervorheben möchte, zum erheblichen Teil durch die Bemühungen unseres Vors., in Stettin zu erreichen, daß dieser Unternehmerrückblickspunkt nicht zum Durchbruch gelangt ist, daß man vielmehr auch auf dieser Seite anerkannt hat: wir können in der Beziehung Konzessionen machen, wir können anerkennen, daß grundsätzlich in Zukunft den Anspruch auf das Patent der Urheber der Erfindung haben soll; aber wir müssen zwei ganz wesentliche Gegengewichte haben, um zu verhüten, daß die Industrie als solche und damit sowohl der Unternehmer als sein Angestellter Schaden leiden. Das eine ist der mehr praktische Gesichtspunkt, daß eine Prüfung darauf, ob der Anmelder der Urheber ist, sich praktisch in unserem

Patentprüfungsverfahren nicht durchführen läßt; es würde das eine Quelle unendlicher Schwierigkeiten für die prüfende Behörde werden; die Erteilung des Patents, die durch die Prüfung auf die Erfindungsqualität schon verzögert wird, würde dadurch noch mehr verzögert werden, wenn auch noch die Urheberschaft geprüft werden müßte. Man ist daher dazu übergegangen, analog dem österreichischen Patentgesetz zu sagen: grundsätzlich hat Anspruch auf das Patent der Urheber oder dessen Rechtsnachfolger — das ist selbstverständlich — wobei als Erfinder oder Rechtsnachfolger des Erfinders der erste Anmelder vermutet wird. Das ist die Ziffer I des Beschlusses von Kiel, der auch von dem Frankfurter Bezirksverein gebilligt worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Das Patentgesetz ist dahin abzuändern, daß der Anspruch auf ein Patent oder Gebrauchsmuster dem erstanmeldenden Erfinder oder Rechtsnachfolger zusteht, wobei als Erfinder oder Rechtsnachfolger des Erfinders der erste Anmelder vermutet wird.“

Nun kommt die weitere Frage: Wie sollen wir es mit der Rechtsnachfolge in die Erfindung, wie sie in Punkt I erwähnt worden ist, halten? Sollen wir einschneidende Vorschriften, die die Vertragsfreiheit beschränken, zulassen? Da hat man nun in Stettin anerkannt, und es ist von namhaften Juristen an Beispielen aus der Praxis gezeigt worden, daß derartige Vorschriften außerordentlich gefährlich sein würden. Demgemäß hat man sich in der folgenden Ziffer II der Stettiner Beschlüsse für die Aufrechterhaltung der Vertragsfreiheit ausgesprochen:

„Das Recht an der Erfindung einschließlich des Anspruchs auf das Patent ist grundsätzlich übertragbar. Eine gesetzliche Beschränkung der Vertragsfreiheit ist nicht zu empfehlen.“

Damit komme ich zu einem Punkt, wo ich von den Frankfurter Herren mich unterscheide und sie bitten möchte, ihre Auffassung zu ändern.

Es ist in der Begründung des Frankfurter Antrages gesagt worden: in unserer chemischen Industrie ist eine derartige Äußerung nicht nötig, die Frage ist nicht dringend, wir brauchen also zu Ziffer II der Stettiner Beschlüsse keine Stellung zu nehmen. M. H., das würde ich für taktisch gefährlich halten. Jedermann weiß ja, daß der Ausgangspunkt für diese Bewegung die übertriebene Behauptung von der Entrechtung der Angestellten usw. ist, die von einer bestimmten Interessentengruppe in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Wenn also der Verein deutscher Chemiker zu dieser Frage keine Stellung nimmt, so wird der Eindruck sein, daß der Verein deutscher Chemiker im wesentlichen damit einverstanden ist, daß eine Beschränkung der Vertragsfreiheit eintritt und es den maßgebenden Organen überläßt, sich dahin auszusprechen. Es würde also dann über die Köpfe des Vereins deutscher Chemiker hinweg diesem Antrag stattgegeben werden. Das sollten wir aber vermeiden, weil dann sofort der Gegensatz zwischen Unternehmern und Angestellten wieder zutage treten würde. Denn der Unternehmer kann sich nicht darauf einlassen, hier die Grundlagen eines Urheberrechts des Angestellten zu konzessionieren, ohne daß ihm Sicherheit gegeben wird, daß nicht ohne Not derartig einschneidende



Änderungen in dem gegenseitigen Vertragsrecht getroffen werden. Von den Urhebern dieser Anträge, von der Kommission, die sie vorbereitet hat, ist daher auch Ziffer I und II als ein zusammengehöriges Ganze betrachtet worden, und es würde sicher weder in Stettin noch in der Kommission zu einer derartigen einmütigen Annahme der gefaßten Beschlüsse gekommen sein, wenn man nicht von vornherein gesagt hätte: I plus II, nicht I ohne II. Ich möchte deshalb von meinem Standpunkt aus Sie bitten, sich den Frankfurter Herren nicht anzuschließen, sondern die Stettiner Beschlüsse in toto anzunehmen, weil wir sonst einen Torso hätten und gerade das Gegenteil von dem erreichten, was wir erreichen wollen.

In diesem Sinne — ich glaube, ich darf das hier sagen — war heute morgen auch im wesentlichen die Besprechung innerhalb Ihres Vorstandes, der ich beizuwohnen die Ehre hatte, abgelaufen. Man hat dann, da die Beratungen des Sozialen Ausschusses noch nicht so weit vorgeschritten waren, die Frage vertagt und abgewartet, zu welchem Ergebnis die Herren kommen würden. Sehr erfreulicherweise ist dann das Ergebnis der Beratungen des Sozialen Ausschusses derart gewesen, daß der Vorstand ohne weiteres in der Lage war, die dort einstimmig gefaßten Beschlüsse seinerseits anzunehmen und sie Ihnen in dieser Form zur Annahme zu empfehlen.

Auf dieses Schlussergebnis des Sozialen Ausschusses eingehend, will ich zur Orientierung der Herren noch mit ganz wenigen Worten sagen, was die Stettiner Beschlüsse unter III, IV, V und VI bedeuten. Mit der Geltendmachung des Urheberrechtsanspruchs der Nummer I beschäftigt sich der Beschluß unter Nummer III. Man hat dabei, wie schon gesagt, von der Prüfung der Urhebereigenschaft durch das Patentamt absehen müssen, und ist ferner zu dem Ergebnis gekommen, daß ein praktisches Bedürfnis zum Klagerecht nur in dem Fall der unlauteren Aneignung gegeben sei, in dem Falle also, daß die Erfindung aus Zeichnungen und Beschreibungen des Erfinders von dem Anmelder unrechtmäßig entnommen worden ist. Ziffer III bestimmt also:

„1. Ist eine Erfindung nicht von dem Erfinder oder dessen Rechtsnachfolger angemeldet, so steht demjenigen, dessen mündlichen oder schriftlichen Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Gerätschaften, Einrichtungen oder Verfahren der Inhalt der Anmeldung ohne seine Genehmigung entnommen worden ist, neben dem Einspruch das Recht auf Übertragung des Anspruchs auf das Patent oder auf Übertragung des Patents zu.

2. Die Klage verjährt in 3 Jahren nach Bekanntmachung der Anmeldung gemäß § 23 P. G.

3. Für die Klagen auf Übertragung sind die ordentlichen Gerichte zuständig.

4. Zieht der Anmelder im Falle der Klage die Anmeldung zurück, so kann der Erfinder die Anmeldung mit ihrer Priorität innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem ihm die Zurücknahme bekannt geworden ist, aufnehmen.“

Das ist eine Erweiterung gegenüber dem geltenden Recht, wo die Verhältnisse etwas anders liegen.

Ich wende mich zu dem Beschluß unter Ziffer V und VI, wo die Frage der Erfinderehre behandelt

wird. Es ist vielfach der Wunsch geäußert worden, daß der Erfinder das Recht haben sollte, in der Patenturkunde genannt zu werden. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie hat bereits im vorigen Jahre sich dahin ausgesprochen, daß dies durchaus zuzubilligen wäre. Ich brauche auf diese Beschlüsse nicht weiter einzugehen, da sie ja auch die Billigung der Frankfurter Herren finden. Sie haben folgenden Wortlaut:

„V. Auch im Falle der Übertragung der Erfindung oder der Anmeldung der Erfindung durch einen anderen verbleibt dem nachweislichen Erfinder das unveräußerliche Recht, auf Verlangen in der Patentschrift und Patentrolle, sowie in der Gebrauchsmusterrolle als Erfinder bezeichnet zu werden.

VI. 1. Mit Zustimmung des Anmelders ist der Name des Erfinders in der Patentrolle zu vermerken.

2. Der Erfinder kann sein Recht auf Namensnennung im Wege der Klage gegen den Anmelder bzw. gegen den eingetragenen Patentinhaber und gegen den fälschlich als Erfinder Bezeichneten geltend machen.

3. Die Klage verjährt innerhalb einer Frist von 3 Jahren vom Tage der Bekanntmachung des Patents oder gegebenenfalls vom Tage der Bekanntmachung der Erfinderbezeichnung.“

Dann wird aber von dem Frankfurter Verein nicht gebilligt die Ziffer IV A und B. Dieselben lauten, wie folgt:

A. „Der Kongreß spricht aus: daß es für undurchführbar und überaus nachteilig für die deutsche Industrie und zwar sowohl für die Unternehmen wie für die Angestellten selbst hält, einen Rechtssatz des Inhalts aufzustellen, wonach jedem Angestellten, der eine Erfindung macht, schematisch ein Recht auf „Gewinnbeteiligung“ daran zustehe.

B. Mangels einer ausdrücklichen Vereinbarung soll das Recht an der Erfindung stillschweigend auf einen anderen übergehen, insoweit als der Erfinder kraft seines Dienst- oder sonstigen Vertragsverhältnisses dem anderen zu einer Beschäftigung verpflichtet ist, in deren Bereich Gegenstand oder Verfahren von der Art des Erfundenen fallen.

(Diese Bestimmung gilt mit folgender Maßgabe):

Gehört die im Dienstverhältnis gemachte Erfindung nicht zum Bereich des Unternehmers, ist sie aber geeignet, in seinem Betriebe verwendet zu werden, so kann der Unternehmer eine freie Lizenz beanspruchen; wünscht er eine weitergehende Ausnutzung, so hat er den Angestellten angemessen zu entschädigen.“

Unter A wird also der Grundsatz ausgesprochen, daß es undurchführbar und nachteilig sowohl für die Unternehmen wie für die Angestellten selbst sei, einen Rechtssatz aufzustellen, wonach jedem Angestellten, der eine Erfindung gemacht hat, schematisch ein Recht auf „Gewinnbeteiligung“ daran zustehe.

Unter B wird im wesentlichen in kurzen Sätzen wiederholt, was schon heute geltendes Recht für den Fall ist, daß im Anstellungsvertrag Bestimmungen

über das Eigentumsrecht an Erfindungen des Angestellten nicht getroffen sind.

Ich glaube, daß auch gegen Punkt IV irgendwelche Bedenken unsererseits nicht geltend gemacht werden können, und es sind auch in der Frankfurter Begründung solche Bedenken im einzelnen nicht geltend gemacht worden. Es bildet dieser Punkt IV aber die notwendige Ergänzung zu Punkt II. Er muß also als ein integrierender Bestandteil des ganzen Programms mit aufgenommen werden.

Nun komme ich zu dem formellen Bedenken der Herren, daß diese Dinge nicht in das Patentgesetz, sondern in die Gewerbeordnung gehörten. M. H., wir machen hier keinen Gesetzentwurf; wir wollen nicht feststellen, in welchem Gesetz sich das am besten anbringen läßt. Das sind Fragen, die uns nichts angehen. Was wir aber wohl müssen, wenn wir überhaupt zu der Frage des Erfinderrechts Stellung nehmen, ist, daß wir eine bestimmte Erklärung abgeben, und nicht etwa dieser wichtigen Frage ausweichen.

Ich komme jetzt zu dem Antrag des Sozialen Ausschusses:

„Der Soziale Ausschuß schließt sich den Beschlüssen des Stettiner Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz mit der Maßgabe an, daß der Ziffer II die Worte beigefügt werden:

Unbeschadet der Bestimmungen des § 133 des B. G. B. über die Unwirksamkeit sittenwidriger Verträge.“

„Der Soziale Ausschuß spricht außerdem die Ansicht aus, daß als gegen die guten Sitten verstoßend solche „Vertragsbestimmungen“ anzusehen sind, durch die dem Angestellten eine Vergütung versagt wird für Leistungen, die das Durchschnittsmaß der geschuldeten Leistungen erheblich übersteigen.“

Es werden also die Stettiner Beschlüsse einschließlich der Nr. II gebilligt und derselben nur die selbstverständliche Ergänzung zugefügt, daß dadurch die allgemeine Bestimmung des Bürgerlichen Rechts, daß unsittliche Verträge unwirksam sind, nicht aufgehoben werden soll.

Der Zweck des weiteren Absatzes ist dann gewissermaßen, eine authentische Interpretation des § 133 in bezug auf Angestelltenverträge zu geben. Es soll derselbe bedeuten, daß, wenn z. B. ein Chemiker eine Nernstlampe oder etwas ähnliches erfindet, darin über das Durchschnittsmaß hinausgehende Leistungen erblickt werden müssen, die nicht ohne weiteres und ohne Entgelt in den Besitz des Fabrikherrn übergehen sollen.

Der Vorstand macht diese Anträge zu den seinigen, bittet Sie, ihnen zuzustimmen und morgen für Annahme durch die Hauptversammlung zu sorgen.“

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Kloeppel für sein ausführliches und ausgezeichnetes Referat und bitte Herrn Dr. Osterrieth jetzt das Wort zu nehmen.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Ich kann mich im wesentlichen den sehr vollständigen Ausführungen des Herrn Dr. Kloeppel anschließen. Nur ein paar Worte darüber, wie der Antrag unseres Ausschusses zustande gekommen ist. Beide Berichtstatter, Herr Dr. Flemming und Herr Dr. Gold-

schmidt, waren darin einig, daß das grundsätzliche Recht an der Erfindung dem Erfinder zuzusprechen sei mit der Maßgabe, daß das Recht an der Erfindung auch ohne Vertrag an den Geschäftsherrn übergehe, wenn die Erfindung in den Bereich der Dienstobliegenheiten des Erfinders fällt. Ferner waren die Berichtstatter einig, daß dem Erfinder eine Wahrung seiner Erfinderehre zustehen solle.

Eine Differenz kam zum Vorschein bei der Frage, ob es richtig sei, dem Erfinder grundsätzlich einen Anteil aus dem Gewinn seiner Erfindung zuzusprechen, wie das in dem österreichischen Gesetz ausgesprochen wird, indem Verträge für unwirksam erklärt werden, durch welche dem Erfinder ein angemessener Nutzen aus der Verwertung der Erfindung entzogen wird.

Nun ist der Ausschuß, und zwar einstimmig, zu der Überzeugung gelangt, daß es nicht wohl möglich sei, eine allgemeine Vorschrift in dem Sinne zu machen. Eine derartige schematische Vorschrift ist nach Ansicht des Sozialen Ausschusses undurchführbar, namentlich deshalb, weil ein solcher Schematismus sich niemals decken kann mit der unendlichen Vielgestaltigkeit der Beziehungen, wie sie sich auf den verschiedenen Gebieten der Industrie, und selbst innerhalb eines einzelnen Betriebs zwischen Angestellten und Unternehmern ergeben. Ich möchte dazu bemerken, daß die Vorschrift dieser Bestimmung in Österreich bis jetzt so gut wie keine praktische Anwendung gefunden hat.

Wir erblicken in einer derartigen Bestimmung eine große Gefahr für den Frieden innerhalb der Betriebe unserer Industrie und sind der Ansicht, daß den Angestellten nicht nur keine Vorteile, sondern eher Nachteile daraus erwachsen müßten, weil die normale Leistung des Angestellten dadurch gewissermaßen gegenüber der erfindenden Tätigkeit im Werte herabgedrückt wird.

Auf der anderen Seite ist gar kein Zweifel, daß es ein soziales und, ich möchte auch sagen, ein sittliches Postulat ist, daß jedem Angestellten ein entsprechender Lohn zuerkannt, und daß seine Leistung im Verhältnis zu ihrem Wert entlohnt wird. Namentlich waren wir uns darin einig, daß die Vertragsfreiheit eine Grenze haben muß in der guten Sitte. Das ist ein Grundsatz, der nicht besonders in dem Gesetz ausgesprochen zu werden braucht. Das B. G. B. enthält schon eine Bestimmung dahin, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, unwirksam sind. § 133 des B. G. B. fügt außerdem ausdrücklich bei, daß als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden solche Rechtsgeschäfte, bei denen jemand durch Ausbeutung der Notlage oder des Leichtsinns zu einem Vertrag verpflichtet wird, wo die Leistung außer Verhältnis zur Gegenleistung steht.

Nun haben wir versucht, diesen Gedanken noch etwas schärfer zu präzisieren in bezug auf die Angestelltenerfindung, und sind dabei zu dem Satz gekommen, den Herr Dr. Kloeppel verlesen hat:

„Der Soziale Ausschuß spricht außerdem die Ansicht aus, daß als gegen die guten Sitten verstoßend solche Vertragsbestimmungen anzusehen sind, durch die den Angestellten eine Vergütung versagt wird für Leistungen, die das Durchschnittsmaß der geschuldeten Leistungen erheblich übersteigen.“

Ich möchte gleich sagen, daß das nicht vorgeschlagen wird als ausdrückliche gesetzliche Vorschrift. Das würde zu eng sein; das B. G. B. in seiner prinzipiellen Bestimmung reicht vollständig aus; es wird Sache der Rechtsprechung sein, in diese allgemeine Bestimmung Fleisch und Blut hineinzubringen. Der Soziale Ausschuß hat das aber gewissermaßen zur Rechtfertigung seines Standpunktes, nicht unterlassen wollen, auszusprechen, daß die Vertragsfreiheit natürlich ihre Grenze in dem Verstoß gegen die guten Sitten haben muß, und daß wir speziell mit Bezug auf das Erfinderverhältnis diesen Fall als einen Verstoß gegen die guten Sitten ansehen.“

Dr. K ö b n e r : „Ich möchte nur hervorheben, daß wir dem Antrage des Frankfurter Bezirksvereins, die Sache einfach zu vertragen, nicht folgen können. Wir haben das gar nicht in der Hand. Es handelt sich hier nicht um Anregungen, von denen wir den einen oder den anderen Punkt zurückziehen können, sondern die Sache ist bereits in die weitere Öffentlichkeit gekommen, und wir müssen dazu Stellung nehmen. Der Frankfurter Bezirksverein hat diese Lage verkannt, wenn er den Antrag stellt, einen wichtigen Punkt der ganzen Frage zu vertragen.“

Was den Antrag des Sozialen Ausschusses betrifft, so stellt er eigentlich keine große Änderung dessen dar, was in den Stettiner Beschlüssen vorliegt; aber ich meine doch, er enthält auf der anderen Seite etwas Gefährliches. Warum haben wir uns in Stettin so sehr gegen die angemessene Entschädigung gestäubt? Aus dem Grunde, den Herr Prof. O s t e r r i e t h hervorgehoben hat, weil wir in den Streitigkeiten, die daraus erwachsen müssen, kein Gedeihen, weder für den Angestellten, noch für den Anstellenden erblickten. Wenn wir aber nach dem Vorschlage des Sozialen Ausschusses von einer über das geschuldete Maß hinausgehenden Leistung sprechen, so wechseln wir den einen Ausdruck mit dem anderen. Es sind wohl eine Anzahl Fälle ausgeschaltet, die der österreichische Paragraph vorsieht, aber eine große Anzahl von Fällen wird übrig bleiben und wird einer bestimmten Gruppe Veranlassung geben, das zum Angelpunkt eines weiteren Verfahrens zu machen.

Ich möchte auf der anderen Seite sagen, ich sehe keine Notwendigkeit ein, den § 133 in einem solchen Gesetz ausdrücklich zu zitieren. Er wird selbstverständlich angewendet werden, und ich meine, die Rechtsprechung hat sich auf dem Gebiet als so feinfühlig und so der Entwicklung folgend erwiesen, daß wir nicht nötig haben, ihr die Wege zu weisen. Man könnte ganz gut auf den Zusatz, den der Soziale Ausschuß hier gemacht hat, verzichten und sich mit dem begnügen, was in den Stettiner Anträgen als ein ehrliches und gutes Kompromiß vorliegt.“

Prof. B e c k e r : „Was bisher vorgebracht worden ist, hat mich nicht überzeugen können, daß der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins nicht richtig sei. Ich habe vorhin schon hervorgehoben, daß es sehr angebracht ist, daß der Verein deutscher Chemiker mehr auf die Stimme der Angestellten hört. Ich möchte nochmals hervorheben: wir haben nicht das Gesetz zu machen, sondern Anschauungen und Wünsche zu äußern, die eventuell später Berücksichtigung finden. Das Gesetz wird nicht allein mit

Rücksicht auf die chemische Industrie und ihre Bedürfnisse geschaffen werden. Aber was bei den Verhandlungen zutage getreten ist, wird in dem einen oder anderen Punkt doch Berücksichtigung finden. Deshalb hat der Frankfurter Bezirksverein es für angemessen erklärt, diese Frage hier anzuschneiden. Die Angestellten, wenn ich von deren Empfinden hier reden soll, können durchaus zufrieden sein, wenn hervorgehoben wird, daß dem Erfinder der Ruhm seiner Erfindung gesichert wird. Man hat gar nicht den Wunsch gehabt, daß noch weitere Forderungen gezogen werden. Man hat gesagt: es wäre schön, wenn der Angestellte soweit geschützt wäre, wie man es in Österreich tun will; aber man verkennt nicht, daß das die Industrie in eine fatale Lage bringen kann. Deshalb hat man gewünscht, daß das seitherige annehmbare Verhältnis nicht gestört wird, so lange nicht für eine andere zweckmäßigere Lösung der Frage bessere Grundlagen vorhanden sind. Man hat sich gesagt: über den Erfolg der Erfindung hat nicht das Patentrecht zu bestimmen, sondern die Gewerbeordnung. Wenn sie schlecht ist, so soll man sie entsprechend ändern, aber nicht ein neues Gesetz wieder schlecht gestalten, weil das alte auch schlecht war. Das ist unsere Anschauung, und ich möchte Sie bitten, dem Frankfurter Antrag zuzustimmen. Aus Ziffer II könnten zahlreiche Forderungen abgeleitet werden, die für den Angestellten eine fatale Situation schaffen könnten. Vielleicht hören Sie morgen sie noch ableiten.

Mit Ziffer IV ist es genau so. Was der Verein zum Schutz des gewerblichen Eigentums zu Ziffer IV vorschlägt, ist eine Sache, die wir schon haben. Nun soll sie geändert werden. Ich wiederhole, wir werden nicht das Gesetz machen, aber wir haben die Pflicht, auch die Angestellten zu hören und deren Anschauungen zum Ausdruck zu bringen.

Aus Ziffer IV ergibt sich gewiß nur eine Menge von Prozessen; die Rechtsauskunftsstelle mag sich freuen über den Zuwachs an Journalnummern. Man hat gesagt, es ist falsch, neue Bestimmungen zu schaffen, aus denen neue Prozesse entstehen könnten; denn dabei ist der Angestellte von vornherein immer im Nachteil. Die Fabrik, der Chef hat meist ein größeres Kapital zur Verfügung als der Angestellte; er kann den Prozeß ruhig abwarten durch die verschiedenen Instanzen hindurch; der Angestellte kann mittlerweile mit seiner Familie zu grunde gehen. Deshalb hat man den Wunsch ausgesprochen, es möchte der Verein deutscher Chemiker den Gedanken aufnehmen, der hier in dem Antrage des Frankfurter Vereins ausgedrückt ist.“

Dr. D i e h l : „Ich bin auch zu der Ansicht gelangt, daß der Frankfurter Antrag den Stettiner Beschlüssen gegenüber einen Torso darstellt, der erheblich weniger erreicht, als durch die Stettiner Beschlüsse erreicht worden ist. Die Herren haben ihren Antrag, den Stettiner Beschluß zu II und IV auszuschalten, damit motiviert, daß bisher Unzuträglichkeiten in dieser Richtung nicht vorgekommen seien. Nun sind aber auch keine Unzuträglichkeiten in den anderen Fragen aufgetreten, in denen man jetzt durch die übrigen Stettiner Beschlüsse eine Änderung anstrebt. Der Antrag ist daher nicht konsequent. Sie sollten die Stettiner Beschlüsse ganz annehmen und nicht diesen Teil

heraustrennen; Sie dürfen das um so weniger, als Herr Prof. Becker soeben gesagt hat, wir müßten mehr auf die Stimme der Angestellten hören. Gerade die Angestellten sind es, die eine Regelung der Frage II und IV wünschen und, wenn wir darauf nicht eingehen, vielmehr den Kopf in den Sand stecken, so kann das nur einen unvorteilhaften Eindruck machen. Ich meine, wir sollten die Stettiner Beschlüsse so, wie sie sind, annehmen, dann haben wir einen Beschluß, der sich dem anschließt, was von anderer Seite beschlossen worden ist und die Frage im ganzen Umfange umfaßt. In welcher Weise man die Sache später regeln will, ob im Rahmen des Patentgesetzes oder sonstwie, das laichen wir nicht zu entscheiden.

Was aber die Zusätze des Sozialen Ausschusses betrifft, so habe ich hiergegen Bedenken. In dem einen Zusatz befindet sich eine Reihe von Worten, von denen jedes Gelegenheit gibt zu Meinungsverschiedenheiten. Was ist „Durchschnittsmaß“? Was heißt „geschuldete“ Leistung? Was ist ferner unter „erheblich“ zu verstehen? Darüber könnte man ellenlange Schriftsätze schreiben. Ich glaube, man sollte dem Richter, der die Vertragsauslegung vorzunehmen hat, nicht solche Spezialvorschriften machen. Hier müßte man dem Richter eine größere Freiheit lassen, und ich glaube, daß er auch ohne solche näheren Bestimmungen entscheiden kann: ist ein Vertrag unsittlich, bedeutet er eine Übervorteilung des Angestellten oder nicht. Ich habe deshalb gegen diesen Absatz des Sozialen Ausschusses Bedenken wegen der Schwierigkeit bei der rechtlichen Auslegung und möchte empfehlen, lehnen Sie diesen Zusatz ab, nehmen Sie die Stettiner Beschlüsse so, wie sie vorliegen, an.“

Dr. Beckmann: „M. H.! Ich möchte mich den Ausführungen der Herren Köbner und Diehl anschließen. Wer Gelegenheit gehabt hat, häufig mit Erfindern geschäftlich zu verkehren, wird sich des Eindrucks nicht haben erwehren können, daß jeder Erfinder glaubt, seine Leistung gehe über das Maß dessen hinaus, was er zu leisten verpflichtet war. Durch den Zusatz, wie er hier durch den Sozialen Ausschuß gemacht ist, werden dieselben Schwierigkeiten entstehen, wie früher durch das Wort „angemessen“.“

Was den Vorschlag des Frankfurter Bezirksvereins betrifft, so geht derselbe meines Erachtens nicht weit genug, da die Entschädigungsfrage vorläufig ausgeschaltet werden soll. Ich würde es begrüßen, wenn bei der Hauptversammlung unseres Vereins klar zum Ausdruck gebracht würde, daß die Vorschläge des Bundes der technisch-industriellen Beamten praktisch nicht durchführbar sind, wenigstens habe ich diese Überzeugung im Laufe der Jahre in verschiedenen Betrieben gewonnen. Bei der großen Einsicht, welche sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer vorhanden ist, kämen wir in dieser schwierigen Frage ein gut Stück weiter, wenn zunächst einmal der Verein deutscher Chemiker die Stettiner Beschlüsse, so wie sie vorliegen, annehmen würde.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Ich muß gestehen, daß ich nach den Ausführungen des Herrn Prof. Becker eigentlich die Frankfurter Vorschläge weniger verstanden habe als vorher. Herr Becker sagt, der Frankfurter Bezirksverein sei davon aus-

gegangen, daß möglichst wenig geändert werden soll, daß wir nicht gesetzliche Bestimmungen schaffen, zu denen keine dringende Notwendigkeit vorliegt. Gerade aus dieser Empfindung heraus haben wir unter Ziffer IV davor gewarnt, Bestimmungen einzuführen, die bisher unserer Gesetzgebung vollständig unbekannt waren. In der Beziehung stimmen wir mit der Tendenz des Frankfurter Bezirksvereins überein, und es wäre vielleicht logischer gewesen, wenn er gesagt hätte: aus diesem Grunde treten wir der Ziffer IV der Stettiner Beschlüsse bei.

Er sagt, die Sache wäre zweckmäßig der Gewerbeordnung zu überweisen. Aber die Frage ist über dieses Stadium schon hinaus; die Reichsregierung hat schon in Erwägung gezogen, ob Bestimmungen dieses Inhalts in das Gesetz aufgenommen werden sollen, wir können uns daher nicht mit der Kompetenzfrage aufhalten.

Was die Anwendung des § 133 anlangt, so glaube ich, liegt hier ein kleines Mißverständnis vor. Es handelt sich nicht um eine Feststellung gesetzlicher Bestimmungen, im Gegenteil: der Soziale Ausschuß hat lediglich seine persönliche Ansicht zum Ausdruck gebracht in der Formulierung eines Grundsatzes, dem die Herren wohl zustimmen werden. Daß diese Formulierung nicht für ein Gesetz geeignet ist, darüber sind wir einverstanden. Deshalb glaube ich, sind Ihre formellen Bedenken erledigt.“

Dr. Klöppel: „Ich wollte noch hervorheben, daß der Soziale Ausschuß die Wünsche der Angestellten bereits, soweit sie realisierbar sind, zum Ausdruck gebracht hat. Schon aus diesem Grunde hatte ich erwartet, daß Herr Prof. Becker uns die erfreuliche Mitteilung machen würde, daß er mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Sozialen Ausschusses die Bedenken des Frankfurter Bezirksvereins als beseitigt erachte und jenen zustimme; vielleicht entschließt er sich noch dazu.

Was die Bedenken anlangt, die gegen die Fassung des Sozialen Ausschusses vorgebracht worden sind, so meine ich, sind sie gegenüber den Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Osterrieth eigentlich gegenstandslos. Es soll nur in Form eines Grundsatzes zum Ausdruck gebracht werden: was hält der Verein deutscher Chemiker, die berufene unparteiische Interessenvertretung des Chemikerstandes, im Sinne des § 133 für ein unsittliches Rechtsgeschäft. In diesem Sinne ist eine solche Äußerung des Vereins deutscher Chemiker wertvoll für die weitere Entwicklung der Rechtsprechung, genau so gut wie die des Deutschen Juristentages, der häufig in seinen Verhandlungen derartige Grundsätze zum Ausdruck bringt, die das abgeklärte Resultat der erfolgten Meinungsäußerung sind, ohne daß die Absicht bestünde, Derartiges in das Gesetz aufzunehmen. Derartige Äußerungen sind gerade heute, wo unsere Richter durchaus das Bestreben haben, Fühlung mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen, von großer Bedeutung, und ich zweifle nicht, daß derartige unverbindliche Meinungsäußerungen — unverbindlich in dem Sinne, als wir nicht ihre Umprägung in eine gesetzliche Bestimmung verlangen — für die weitere Ausbildung der Rechtsprechung von Wert sein werden. Da wir außerdem damit einem Wunsche der Angestellten

Rechnung tragen, so würden wir, glaube ich, das Werk, an dem schon eine Reihe von Jahren intensiv gearbeitet wird, einen kleinen, aber bedeutungsvollen Schritt weiterbringen, wenn wir uns einmütig dem Beschluß des Sozialen Ausschusses angeschlossen.“

Prof. Dr. Bucherer: „Die Erklärung, die hier steht, mag schön und gut sein, aber wenn es zum Prozeß kommt, wird eine solche Erklärung den Angestellten nicht davor schützen, daß er doch mit seiner Klage abgewiesen wird, weil er einen Vertrag abgeschlossen hat, der ihm zwar das Recht an der Erfindung gibt, wobei er aber die dem Dienstherrn gelassene Vertragsfreiheit benutzt hat, um sich jedes Anspruches an die Erfindung zu begeben. Bei der vollkommenen Vertragsfreiheit wird nicht erreicht, was man heutzutage als wünschenswert ansieht. Ich möchte beantragen, daß der Versammlung vielleicht noch einmal deutlich gemacht wird, was eigentlich Punkt II und III wollen und möchte zu bedenken anheim geben, ob, wenn man die Beschlüsse so faßt, wie Herr Dr. O s t e r r i e t h empfiehlt, man sich nicht der Gefahr aussetzt, daß der Erfinder auf Grund seiner wirtschaftlichen Schwäche doch den kürzeren zieht. Ich glaube, die Sache ist doch wichtiger und bedeutungsvoller, als bisher zum Ausdruck gekommen ist; wir werden gut tun, uns darüber klar zu werden, daß nach dem Vorschlage der Stettiner Konferenz eigentlich der Erfinder schlechter gestellt wird.“

(Ein Schlußantrag wird angenommen; zum Wort sind noch gemeldet Dr. Hesse und Dr. Fleming.)

Dr. Hesse: „Der Hauptgrund, weshalb wir eine ziemlich unfruchtbare Debatte hier gehabt haben, liegt meiner Ansicht nach darin, daß der Frankfurter Bezirksverein nicht mit dem herausgekommen ist, was er eigentlich will. Er wollte die Sache klären und klärt sie nicht. Wenn der Bezirksverein zu dieser Fassung seiner Resolution gekommen ist, so kann derjenige, der zwischen den Zeilen liest, verstehen: es ist anscheinend ein Kompromiß zustande gekommen, das hat verhüllt werden sollen, infolgedessen sehen wir nicht, was eigentlich vorliegt. Ich habe mir die Sätze, ohne Rücksprache mit irgend jemand zu nehmen, angesehen und habe mir darauf gesagt: die Herren sind nicht zufrieden mit Nummer II und IV. Warum nicht? Nummer II geht nicht weit genug im Interesse des Angestellten. Im Prinzip wird jeder vernünftige Mensch dafür sein, daß die Vertragsfreiheit nicht beschränkt wird; das muß aber anders gefaßt werden, als es da steht.

Gegen Punkt IV scheint mir das wesentliche Bedenken des Frankfurter Bezirksvereins vorzuliegen, das uns Herr Prof. Becker aber nicht mitgeteilt hat. Es scheint mir in den Worten zu liegen „für die Angestellten“. Es heißt da: „Der Kongreß spricht aus, daß er es für undurchführbar und überaus nachteilig für die deutsche Industrie, und zwar sowohl für die Unternehmer wie für die Angestellten selbst hält usw.“ Das ist das Entscheidende. Diese Frage ist eine rein soziale Frage, die mit der Frage des Patentgesetzes nichts zu tun hat. Für den Angestellten kommt diese Frage erst dann in Betracht, wenn er über die zu machende Erfindung einen Vertrag abschließt. Wir

können aber hier im Verein deutscher Chemiker, der doch die Vertretung der angestellten Chemiker übernehmen will, unmöglich einen Beschluß fassen, daß es für den Angestellten nachteilig ist, wenn ihm gesetzlich ein Anteil am Gewinn garantiert wird.

Andererseits geht aber auch der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins zu weit, wenn er mit diesem Paragraphen einfach *tabula rasa* machen will. Ich bin der Meinung, daß wir uns sehr klar darüber aussprechen müßten, wie der Verein deutscher Chemiker darüber denkt. Tun wir das nicht, dann dokumentieren wir: der zu 90% aus Angestellten bestehende Verein deutscher Chemiker bestätigt alles das, was der Stettiner Kongreß vorgelegt hat, und verbaut den Angestellten jede Möglichkeit in der jetzigen Phase der Entwicklung ihre weitergehenden Wünsche auf Beteiligung der Erfinder am Gewinn weiter zu verfolgen. Es wurde uns schon oft der Vorwurf gemacht, die Angestellten hätten im Verein kaum noch mitzusprechen; wenn wir aber beschließen, daß die Angestellten mit den Stettiner Beschlüssen zufrieden sind, wie das zu meiner großen Verwunderung der Soziale Ausschuß empfiehlt, dann geht die Agitation von neuem los.“

Dr. Fleming: „Selbstverständlich war in erster Linie das Gerechtigkeitsgefühl für uns im Sozialen Ausschuß maßgebend dafür, in dem Sinne Stellung zu nehmen, daß der Verein deutscher Chemiker die Erklärung abgibt, daß die Vertragsfreiheit nicht gemißbraucht wird. Aber es spielt noch ein anderes wichtiges Moment mit. Wie Herr Dr. Hesse schon andeutete, ist eine Agitation im Gange, die vor allem damit arbeitet, daß der angestellte Erfinder seinen Lohn nicht bekomme. Von diesem Gesichtspunkt aus waren wir im Sozialen Ausschuß einstimmig der Ansicht, daß der Verein deutscher Chemiker noch über die Stettiner Beschlüsse hinaus etwas tun oder gewähren müßte, um zu zeigen, daß er die Ansprüche der Angestellten zu wahren geneigt sei; das war der Grund, weshalb wir diese Formulierung vorgeschlagen haben.“

Prof. Dr. Becker (als Berichterstatter des Frankfurter Vereins): „Ich habe dem, was ich gesagt habe, nicht viel hinzuzufügen. In der Tat hat Dr. Hesse manches vorgebracht, was ich gern auch gesagt hätte, was ich aber nach Lage der Dinge nicht so ausdrücken wollte. Ich möchte warnen, so kurzweg die Stettiner Beschlüsse anzunehmen. Auch ich habe die feste Überzeugung, die ich schon an anderer Stelle warnend zum Ausdruck gebracht habe: wir werden eine starke Stellungnahme gegen unseren Verein hervorrufen, wenn wir nicht eine eigene Meinung haben, wenn wir sagen wollen: weil die anderen das seit Jahren bearbeitet und besprochen haben, wollen wir ihren Beschlüssen ohne weiteres zustimmen. Ich habe meine private Meinung für mich; ich hatte die Aufgabe, die Ansicht, die in unserem Bezirksverein zum Ausdruck gekommen ist, hier vorzutragen. Ich wiederhole die Bitte: nehmen Sie den Antrag des Frankfurter Bezirksvereins an.“

Dr. Kloppel (Schlußwort des Berichterstatters): „Ich befürchte nicht, daß eine derartige Agitation, wie sie uns hier eben an die Wand gemalt worden ist, eintreten wird; ich glaube, daß die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker verständlich

genug sind, um zu erkennen, daß die Beschlüsse der Stettiner Versammlung mit der Modifikation, die sie durch den Sozialen Ausschuß gefunden haben, eine wertvolle Fortbildung unseres Rechtes bedeuten werden.

Ich glaube andererseits, daß eine Beschränkung der Vertragsfreiheit sehr zu Ungunsten des Angestellten ausschlagen wird. Der Unternehmer muß einen Ausweg suchen, und es wird dahin kommen, daß, wenn derartige Bestimmungen vorgeschlagen werden, die sehr erfreulichen Gehaltsverhältnisse unserer Industrie zu Ungunsten des Angestellten verändert werden. Das war der Grund, warum nicht von Unternehmerseite, sondern von seiten einiger Rechtsanwälte, die doch in ihrem Beruf das eine Mal das Interesse der Unternehmer, ein ander Mal das Interesse der Angestellten zu vertreten haben, also die Sache unparteiisch beurteilen, gesagt worden ist: „wir halten eine solche Bestimmung sowohl für die Unternehmen wie für die Angestellten für gefährlich.“ Ich glaube deshalb, daß man auch dem Absatz IV A ohne weiteres zustimmen kann.

Nun noch eins, m. H.! Wir haben seinerzeit den aus Angestellten und selbständigen Chemikern paritätisch zusammengesetzten Sozialen Ausschuß nach langen Beratungen geschaffen. Wir haben jetzt im Vorstandsrat das erste Mal Gelegenheit, uns mit einer Arbeit des Sozialen Ausschusses zu befassen. Das ist doch eine sehr erfreuliche Sache, und ich meine, Sie müßten auch unseren Sozialen Ausschuß ein bißchen ermutigen, indem Sie seine Vorschläge annehmen.“ (Bravo!)

Vors.: „M. H., Sie werden sich gewundert haben, daß ich nicht das Wort ergriffen habe. Ich habe es absichtlich nicht getan, weil ich als Vors. neutral bleiben wollte, obgleich ich früher in der Sache, ich möchte sagen, wie ein Löwe gekämpft habe, nicht nur auf dem Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz in Stettin, dort habe ich es tatsächlich dahin gebracht, daß die gesamte Industrie auch diese Beschlüsse angenommen hat. Wenn wir nun, nachdem dieselben gestern auch in Bonn angenommen worden sind, sie unsererseits in der Öffentlichkeit unterstützen, dann glaube ich, werden wir einen ausgezeichneten Eindruck machen. Denn für mich ist die Hauptsache das Unternehmen. Wir dürfen nie vergessen, daß der Angestellte am meisten geschädigt wird, wenn es dem Unternehmen schlecht geht; da leidet er am meisten; deshalb müssen wir alles, was wir tun, immer mit Rücksicht auf das Unternehmen tun. Wenn Sie bedenken, daß, wie Herr Dr. Osterrieth Ihnen gezeigt hat, die Frage der Angestelltenerfindung in der Tätigkeit der Rechtsankunftstelle zurückgetreten ist gegen früher; wenn Sie ferner bedenken, daß der Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Stettin überhaupt nicht einen Fall vorbringen konnte, wo ein Erfinder unzufrieden gewesen ist, und wir haben dies ausdrücklich festgenagelt, so glaube ich, ist es von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir das auch in unserem Verein konstatieren. Um zu verhüten, daß einmal einer verschwindenden Minorität, die vielleicht 10/100 darstellt, ein Schaden zugefügt wird, dürfen wir nicht die anderen 999/100 den Schädigungen einer gesetzlichen Regelung aussetzen, unter denen das Unternehmen selbst Schaden leiden wird. Das ist der Gesichtspunkt, unter

dem alle diese Dinge betrachtet werden müssen. Wenn einmal ein Einzelner not leidet, so ist es nicht richtig und auch nicht nötig, daß die Gesamtheit dann sich schädigen läßt und Opfer bringt, um den einen zu retten. Wir sind im Verein deutscher Chemiker eine Gesellschaft, die aus lauter akademisch Gebildeten zusammengesetzt ist, wo jeder weiß und wissen muß, was er tut, wenn er Verträge abschließt, und wo die Freiheit eine große Rolle spielt, und deshalb müssen wir darauf sehen, daß die Vertragsfreiheit hochgehalten wird.“

Dr. Woy: „Ich möchte zur Abstimmung bemerken, daß ich es für unrichtig halte, daß die Vertreter der Fachgruppen daran teilnehmen.

Vors.: „Der Herr Vorredner tut den Fachgruppen unrecht; ihre Vertreter sind nicht als Vertreter der Spezialinteressen der Fachgruppen hier, sondern es sind alles Herren, meist Lehrer von Hochschulen, die von diesen Dingen gerade so viel kennen wie wir. Ich begrüße erneut diese Herren von den Fachgruppen, es ist außerordentlich wichtig, daß wir sie hier haben, denn sie stehen nicht im Kampfe, sie sind so neutral, wie die Juristen und Anwälte in den Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes. Es ist eine sehr gute Bestimmung, daß die Herren an den Beratungen des Vorstandsrats und besonders denen der sozialen Streitfragen teilnehmen können. Ich kann aber über diese Frage keine Debatte zulassen.“

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Vorstandes und des Sozialen Ausschusses mit 49 gegen 7 Stimmen in dieser Form angenommen:

„Der Verein deutscher Chemiker schließt sich den Beschlüssen des Stettiner Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz mit der Maßgabe an, daß der Ziffer II die Worte beigefügt werden: „unbeschadet der Bestimmungen des § 133 des B. G. B. über die Unwirksamkeit sittenwidriger Vertragsbestimmungen.“

Der Verein deutscher Chemiker spricht außerdem die Ansicht aus, daß als gegen die guten Sitten verstoßend solche Vertragsbestimmungen anzusehen sind, durch die den Angestellten eine Vergütung versagt wird für Leistungen, die das Durchschnittsmaß der geschuldeten Leistungen erheblich übersteigen.“

#### 9b. Antrag des Bezirksvereins Frankfurt zur Frage der Konkurrenzklause.

„Der Verein deutscher Chemiker hält im Interesse der chemischen Industrie seinen auf der Hauptversammlung in Danzig in der Frage der Konkurrenzklause eingenommenen Standpunkt aufrecht.

Gegenüber den neuerlich von dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie gemachten Vorschlägen betont der Verein, konform seinem Danziger Beschlusse, daß eine nachträgliche einseitige Aufhebung der Karenz ohne Entschädigung unzulässig ist.“

Prof. Becker (als Berichterstatter namens des Frankfurter Vereins): „M. H.! Es ist Ihnen bekannt, daß auf der Danziger Versammlung der Frankfurter Bezirksverein einen Antrag gestellt hatte. Dieser Antrag ist einstimmig gegen die

Stimmen des Frankfurter Bezirksvereins abgelehnt worden. Ich will nicht davon reden, daß es betrübend wirken muß, wenn man sich monatelang in einer Kommission mit einer Frage befaßt hat, in der beide Parteien in gleicher Zahl vertreten waren, in der man auch zu einem Beschluß kam, der den verschiedensten Richtungen zu entsprechen schien und der nachher so glattweg abgetan wurde, als ob die ganze Arbeit keinerlei realen Hintergrund gehabt hätte. Es wurde ja vorhin auch darauf hingewiesen, daß die Fragen des Vorstandes vielfach nicht genügend von den Bezirksvereinen bearbeitet oder beantwortet werden. Ein ähnlicher Fall schien uns hier vorzuliegen. Der auf der Hauptversammlung in Danzig gefaßte Beschluß wurde von uns als maßgebend angesehen. Wir wollen ihn, wie Sie aus dem ersten Teil unseres Antrages erkennen aufrecht erhalten wissen. Der Frankfurter Bezirksverein hegt indessen die Befürchtung, es könnte jetzt der in Danzig gefaßte Beschluß wieder umgestoßen werden. Diese Gefahr ist dadurch nahe gelegt worden, daß im Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie ein unserem Danziger Beschluß entsprechender früher angenommener Antrag auch wieder umgeändert wurde.

Wir befürchten, daß durch die nachträgliche Verzichtleistung die Situation so gestaltet wird, daß derjenige, der vorher im Hinblick auf die Karenz seine ganze Zeit und Aufmerksamkeit, all sein Können und Wissen einer Fabrik widmet, im Falle des nachträglichen Verzichts auf die Karenz günstige Gelegenheiten verpaßt hat und von anderen Werken gerade, weil die erste Firma auf Einhaltung der Karenz nachträglich Verzicht geleistet hat, vielleicht als minderwertig angesehen wird. Das ist der Grund, weshalb man vermeiden sollte, daß nachträglich auf die Karenzzeit verzichtet werden kann.“

Dr. Kloeppel: „Als wir in Danzig in die Beratung dieser Frage eintraten, war die Sachlage die, daß auf Antrag unseres Vors. der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie nach langer Beratung zu dem Ergebnis gelangt war: wir wollen uns grundsätzlich dahin aussprechen, daß, wenn eine Karenz verlangt wird, auch dafür bezahlt werden muß. In Ergänzung dieses Beschlusses haben wir in Danzig noch gesagt: Wenn nachträglich der Unternehmer das Interesse an der Karenz verliert, dann soll man zwar dem Unternehmer die Möglichkeit bieten, in gewissem Sinne auf eine überflüssig gewordene Karenz zu verzichten, man soll aber dem Angestellten die Entschädigung geben, daß er noch ein Jahr Vergütung erhält. Er kann dann also sofort eine neue Stellung in der Konkurrenz annehmen und bekommt doch noch für ein Jahr die Vergütung. Wir haben dabei lediglich den Fall einer nachträglichen Aufhebung der Karenzverpflichtung im Auge gehabt, wenn also der Fall schon so liegt, daß der Angestellte nicht mehr im Dienst ist. Von irgend etwas anderem ist nicht die Rede gewesen; das war der Sinn der Sache.

Nun wurde aber, als die Sache später im Plenum des Vereins zur Wahrung der Interessen beraten wurde, von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dieser Beschluß könne zu einer irrtümlichen Aus-

legung führen, der Auslegung nämlich, die auch in dem Referat des Herrn Prof. Becker zutage trat, als ob diese Bestimmung auch dann gelte, wenn die Verzichtserklärung innerhalb der Vertragsdauer, während des Dienstverhältnisses erfolgt. Es handelt sich dabei um solche Fälle, wo beispielsweise bei einem Angestellten, der für einen bestimmten Zweck engagiert worden ist mit Karenzverpflichtung, im Laufe der Vertragsdauer sich bereits herausstellt, daß der Gewerbeunternehmer gar kein Interesse hat, die Karenzverpflichtung aufrecht zu erhalten. Dieser Fall ist bei der Danziger Beschlußfassung nicht berücksichtigt worden, und deshalb hat der Verein mit dem langen Namen, um Klarheit zu schaffen, erklärt, in diesem Falle genügt es, wenn zwei Monate vor Ablauf des Vertrages auf die Einhaltung der Karenz verzichtet wird, einer Gewährung einer Entschädigung für ein ganzes Jahr bedarf es da nicht. Diese zweimonatliche Frist kann vom Standpunkte des Gesetzes als durchaus billig bezeichnet werden. Nach der Gewerbeordnung genügt doch z. B. einem technischen Angestellten gegenüber die Kündigung mit sechswöchiger Frist zum Schluß eines Kalendervierteljahres.

Nun geht der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins dahin, daß unter allen Umständen für ein Jahr bezahlt werden soll. Daß das zu ganz unmöglichen Konsequenzen für die Industrie führt, brauche ich nicht darzulegen, es ist das bereits von den verschiedensten Seiten erklärt worden. Es müssen doch bei diesen Dingen die Interessen der kleinen Industriellen berücksichtigt werden, die Großindustrie ist schließlich in der Lage, auch in diesen Fall noch das Jahresgehalt zu bezahlen, die Kleinindustrie ist nicht in der Lage, eine derartige Belastung zu übernehmen. Etwas anderes ist es, ob wir nicht sagen: über die zwei Monate, die bei den Lübecker Verhandlungen vorgeschlagen worden sind, wollen wir etwas hinausgehen, wir wollen ein Vierteljahr sagen oder ein Halbjahr. Das ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wir müssen allerdings berücksichtigen, daß, wenn auch in dem Falle, wo ein Verzicht auf die Karenzverpflichtung schon während des Dienstverhältnisses ausgesprochen wird, noch sechs Monate bezahlt werden sollen, das praktisch darauf hinausläuft, daß die sechswöchige Kündigungsfrist auf eine halbjährige verlängert wird. Die chemische Industrie wird sich schließlich vielleicht mit einer solchen Bestimmung abfinden; jedenfalls ist ein derartiger Antrag auf Anregung von Prof. Duisberg gestern in Bonn gestellt worden. Ihr Vorstand ist deshalb heute morgen dazu gekommen, Ihnen den Vorschlag einer halbjährigen Frist zu unterbreiten. Dieser Gedanke ist von dem Sozialen Ausschuß bearbeitet worden, und der Soziale Ausschuß hat eine Formulierung für diesen Vorschlag gefunden, die ich verlesen will.

Ich will noch erwähnen, in welchem Zusammenhang dieser Beschluß gefaßt werden soll. Nach dem Danziger Beschluß sollen die §§ 133 f u. g der Gewerbeordnung folgende Fassung erhalten:

„§ 133 f, Absatz. 1 Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem im § 133 a bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angestellten nur

dann verbindlich, wenn ihm für die Dauer der Beschränkung das zuletzt von ihm bezogene feste Gehalt, mindestens aber eine Entschädigung zugesichert wird, die ihm eine seiner Stellung entsprechende Lebensführung ermöglicht.

[Absatz 2. Der Gewerbeunternehmer ist berechtigt, auf die Einhaltung der vereinbarten Beschränkung jederzeit zu verzichten. Der Angestellte behält in diesem Falle den Anspruch auf die im Absatz 1 vorgesehene Vergütung noch für die Dauer eines Jahres vom Empfang der Verzichtserklärung ab.]

Absatz 3. Der Angestellte ist verpflichtet, auf die gemäß Absatz 1 zu leistenden Zahlungen den Betrag sich anrechnen zu lassen, den er durch seine gewerbliche Tätigkeit während der Dauer der Beschränkung anderweit erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

Absatz 4. Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Angestellte zurzeit des Abschlusses minderjährig ist.

§ 133 g. Gibt der Gewerbeunternehmer durch vertragswidriges Verhalten dem Angestellten Grund, das Dienstverhältnis gemäß den Vorschriften der §§ 133 b, 133 d aufzulösen, so kann er aus einer Vereinbarung der im § 133 f bezeichneten Art Ansprüche nicht geltend machen.

Eine Vereinbarung, die dieser Vorschrift zuwiderläuft, ist nichtig.“

Der Soziale Ausschuß und Ihr Vorstand schlägt Ihnen nun vor, den im obigen Wortlaut bereits eingeklammerten Absatz 2 durch folgende Fassung zu ersetzen:

„Der Gewerbeunternehmer ist berechtigt, auf die Einhaltung der Beschränkung zu verzichten. Während der Dauer des Dienstverhältnisses muß die Verzichtserklärung spätestens sechs Monate vor Ablauf des Vertrages oder, falls der Vertrag durch den Angestellten gekündigt wird, spätestens 14 Tage nach Entgegennahme der Kündigung ausgesprochen werden. Nach Ablauf des Vertrages behält der Angestellte im Falle der Verzichtserklärung den Anspruch auf die vorgesehene Vergütung noch für die Dauer eines Jahres von der Abgabe der Verzichtserklärung ab.“

Die vierzehntägige Frist nach der durch den Angestellten ausgesprochenen Kündigung muß man aus praktischen Gründen wohl zugestehen. Denken Sie sich in die Lage eines Fabrikanten. Die Kündigung erfolgt in der Regel ab irato. Der Angestellte sagt: ich künde zum so und so vielen. Nun soll der Fabrikant sofort erklären: ich hebe die Karenz auf, oder nicht. Das geht doch meistens nicht. Vielleicht ist ein Sozium in der Firma vorhanden, der mitzusprechen hat und der zufällig nicht anwesend ist usw. usw. Der Fabrikant muß doch die Möglichkeit haben zu überlegen.

Ich meine, die Form, die der Soziale Ausschuß da gefunden hat, deckt auch das, was der Frankfurter Bezirksverein erstrebt hat. Vielleicht ist Herr Prof. Becker so freundlich, nunmehr den Frankfurter Antrag fallen zu lassen.“

Prof. Dr. Osterrieth: „M. H.! Dem Sozialen Ausschuß lag, wie ich schon vorhin sagte, der Bericht des Herrn Dr. Raschig und der Bericht des Herrn Dr. Haagn vor. Herr Dr. Haagn stellte sich auf den Standpunkt der Danziger Be-

schlüsse und zog auch die Vorschläge des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie heran. Herr Dr. Raschig ging mehr davon aus, daß die Reichstagskommission eingehende Vorschläge über Regelung der Konkurrenzklausel ausgearbeitet hat, und daß voraussichtlich, wenn die Novelle zur Gewerbeordnung wieder in den Reichstag gelangt, diese die Unterlage weiterer Verhandlungen bilden wird.

Angesichts dieses verschiedenen Standpunktes ist der Soziale Ausschuß zunächst zu dem Ergebnis gekommen, daß es in erster Linie wünschenswert ist, festzuhalten an dem Beschluß der Danziger Hauptversammlung, daß wir diesen unter allen Umständen als eigentlich richtige Basis einer Regelung der Frage ansehen. Er hat sich mit seinen Vorschlägen den Danziger Beschlüssen angeschlossen mit der Abänderung, von der Herr Dr. Klöppe schon Kenntnis gegeben hat, in der Frage der Verzichtleistung. Den Beschluß des Sozialen Ausschusses in dieser Beziehung haben Sie soeben gehört.

Nun haben wir uns die Frage vorgelegt, ob damit die Aufgabe des Sozialen Ausschusses erledigt sei, wenn wir einfach erklären: wir bleiben auf dem Standpunkte der Danziger Beschlüsse stehen. Es muß doch immer mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Reichstag zunächst auf diese Beschlüsse der Reichstagskommission zurückgreift, und es würde sich dann fragen: welche Stellung nahmen wir fürsorglich gegenüber diesen Beschlüssen ein? Wir haben infolgedessen noch einmal die Beschlüsse der Reichstagskommission geprüft und sind zu einigen Eventualvorschlägen gelangt für den Fall, daß Reichsregierung und Reichstag nicht grundsätzlich auf unsere Beschlüsse zurückgreifen. Wir sind in zweiter Linie zu folgendem Beschluß gekommen:

Für den Fall, daß die vorstehenden Vorschläge von Reichsregierung und Reichstag nicht angenommen werden, beschließt der Ausschuß schon jetzt Vorschläge zu dem Beschluß der Reichstagskommission zu machen.

Zu § 133 f, Abs. 1: „Die Beschränkung ist für den Angestellten nur verbindlich, wenn die Vereinbarung bezweckt, den Gewerbeunternehmer vor solchen Schäden zu bewahren, welche durch Bekanntgabe von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen hervorgerufen werden.“

„Insbesondere ist die Beschränkung nur auf Gegenstände und Verfahren zulässig, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen lernt.“

Zu § 133 f, Abs. 2: „Tantieme- usw. Anrechnung. Der Ausschuß beantragt, diesen Absatz durch die Fassung des Vereins (Ermöglichung einer seiner Stellung entsprechenden Lebensführung) zu ersetzen. Gehaltsstufen. Die Mindesteinnahme von 3000 M ist zu streichen; die Grenze von 1500 M ist für den Ausschluß gegenstandslos.“

Es ist von einem der Berichterstatter im Sozialen Ausschuß geltend gemacht worden, daß der Fall gar nicht vorgesehen sei, daß der Angestellte nur für eine ganz bestimmte Betriebsabteilung angestellt sei, daß aber seine Karrenz sich erstrecke auf das ganze Fabrikationsgebiet der Fabrik, und es sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Karenz-



klausel nur zulässig ist für solche Verfahren, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beziehungen kennen zu lernen Gelegenheit hatte.

§ 133 g, Abs. II, III und IV sollen im Sinne des Hauptvorschlages abgeändert werden. § 133 h. Beschränkung auf 8000 M ist nicht im Interesse der Angestellten; die Beseitigung wird empfohlen.

Es soll nach den Beschlüssen der Reichstagskommission dem Angestellten, der die Karenz einhält, ein Mindestgehalt von 3000 M zugesichert werden. Das würde in vielen Fällen eine ungerechtfertigte Besserung der Stellung des Angestellten bedeuten. Der Ausschuß schlägt vor, das zu streichen.“

Vors.: „Wir treten in die Debatte ein. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß das, was Herr Dr. Osterrieth eben als Erläuterung angeführt hat, nicht zur Diskussion stehen kann. Das sind alles Dinge, die nicht als Antrag vorliegen, die nicht geschäftsordnungsmäßig eingebracht sind, folglich können wir nicht darüber verhandeln. Wohl aber müssen wir reden über den Antrag Frankfurt und die Anträge des Sozialen Ausschusses.“

Prof. Becker: „M. H.! Es ist eine große Anzahl Fälle bekannt gegeben worden, in denen chemische Fabriken, die sich so nennen, die aber vielleicht nichts weiter sind als Fabriken für destilliertes Wasser oder Selterswasser, Chemiker angestellt haben mit der Bedingung, daß sie innerhalb eines Umkreises von 80 km nicht in die Konkurrenz eintreten dürfen. Sie werden zugeben, daß es ein Unding ist; wenn man die Freiheit gibt, jeden, den man als Beamten anstellt, in eine solche Fessel zu schlagen. Dagegen sollte Stellung genommen werden; wenn man nicht notwendig hat, ein Geheimnis zu hüten, sollte man einem anderen nicht das Leben sauer machen.“

Wenn nun von seiten des Frankfurter Bezirksvereins gesagt wird, eine gewisse Berechtigung liege vor, daß man den Angestellten der chemischen Industrie eine Karenz auferlegt, so wird der Industrie damit ein großes Zugeständnis von seiten der Angestellten gemacht, dann soll sie auch ein Opfer für dieses Vorrecht bringen. Es soll verhütet werden, daß jeder, der es gar nicht nötig hat, eine derartige Karenzklausel in den Vertrag setzt.

Auf der anderen Seite will man nicht haben, daß man auf Aushaltung der Karenz nachträglich verzichten könne. Es ist auch aus Angestelltenkreisen anerkannt worden, wie bedauerlich es für eine Fabrik sein kann, daß sie einen Chemiker für längere Zeit noch bezahlen soll, obgleich er ihr nichts nützen konnte. Das ist eine schwere Belastung, das wird anerkannt; man soll aber eben nicht jemand binden, ehe man sich überzeugt hat, daß er des Bindens wert ist.

Ich glaube nun, wir können über diese Schwierigkeit hinauskommen mit dem Antrag, der hier gestellt wird, nur daß wir nicht 14 Tage sagen, sondern 8 Tage. Wenn innerhalb 8 Tagen diese Erklärung gegeben werden darf, so ist das, glaube ich, genügend. Ich bin eigentlich auch Unternehmer, aber ich befürworte diesen Vorschlag nicht von diesem Gesichtspunkt aus, sondern habe die Anschauung der Mehrheit des Bezirksvereins Frankfurt hier zu vertreten.“

Dr. Hesse: Ich möchte den Vertreter des Frankfurter Bezirksvereins bitten, seinen Vorschlag zugunsten des besseren Vorschlags des Sozialen Ausschusses zurückzuziehen.“

Prof. Becker: „Ich ziehe den Antrag zurück unter der Voraussetzung, daß statt 14 Tage 8 Tage gesagt werden.“

Dr. Hesse: „Ich glaube, daß eine Frist von 14 Tagen richtig ist. Es wird nicht gut möglich sein, innerhalb 8 Tagen eine Entscheidung zu fassen. Ich muß sagen, daß die ganze Formulierung des Antrags des Sozialen Ausschusses harmoniert mit dem, was praktisch und vernünftig ist.“

Was Herr Prof. Dr. Osterrieth sonst zu den Beschlüssen der Reichstagskommission vorgebracht hat, steht eigentlich nicht zur Debatte. Ich will nur sagen, ich habe noch selten eine Nummer unserer Zeitschrift mit solchem Vergnügen gelesen, wie damals, als ich die Anträge von Dr. Raschig und Dr. Hagulas und sah, wie die Vertreter von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu demselben Resultat gekommen waren.“

Der Antrag Frankfurt wird zurückgezogen und der des Sozialen Ausschusses einstimmig angenommen, worauf der Vors. noch einige persönliche Bemerkungen macht.

#### 10. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Dir. Fritz Lütty: „Am 2./1. 1908 ging der Vorsitz im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes vom Verein deutscher Chemiker auf den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands über.“

Am 29. November fand zu Berlin eine Sitzung des Ausschusses statt. Gegenstand der Beratung war die neue preußische Besoldungsordnung (Klasse 37a) und die Gebührenordnung der Chemiker. Die Beratung des Antrages von Dr. Treumann auf Abänderung des § 5 der Geschäftsordnung wurde verschoben. Auftragsgemäß hatte der Vorsitzende die Beschlüsse jener Sitzung schon am 30. November den Mitgliedern der Budgetkommission und der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten, zugestellt und mit den Abgeordneten Kammerherr von Pappenheim, Justizrat Gyßling, Landrat Dr. von Woyna (Vors. der Gebührenkommission) und Herrn von Rosenow darüber verhandelt. Es wurde versprochen, die geäußerten Wünsche in der Kommission zur Sprache zu bringen. Infolge der ablehnenden Haltung der Regierung wurde auf Veranlassung des Vorsitzenden nochmals von Dr. Treumann versucht, bei den beteiligten Stellen eine Änderung der Beschlüsse herbeizuführen.

Da gesagt war, das Abgeordnetenhaus habe nur Eingaben preußischer Vereine zu behandeln, wurde schließlich der preußische Bezirksverein des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker dahin vorstellig, man solle im Gesetz deutlich zum Ausdruck bringen, daß sich die Gebühren nur auf Verrichtungen medizinal-polizeilicher Art beziehen. Leider waren alle Bemühungen vergeblich.

Vertreter im Ausschuß für 1909 sind für:  
 die Deutsche Chemische Gesellschaft  
 Geh.-Rat Prof. Dr. Witt-Westend-Berlin, u.  
 Geh.-Rat Prof. Dr. Will-Grunewald-Berlin;  
 die Freie Vereinigung deutscher  
 Nahrungsmittelchemiker Dir. Dr.  
 Beythien-Dresden u. Prof. Dr. Bömer-  
 Münster i. W.;  
 den Verband selbständiger öffent-  
 licher Chemiker Deutschlands  
 Dr. Treumann-Hannover und Hofrat Dr.  
 Forster-Plauen;  
 den Verein deutscher Chemiker Prof.  
 Dr. C. Duisberg-Elberfeld und Dir. F.  
 Lütty-Mannheim-Wohlgelegen, und als deren  
 Stellvertreter Dir. Dr. Krey-Granschütz bei  
 Weißenfels.

Mit dem 2. Januar 1909 hat die Deutsche Chemische Gesellschaft die Leitung im Ausschuß übernommen.

Dr. Behrend: „Auf der Versammlung in Danzig war der Antrag gestellt worden:

„Der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker möge bei den zuständigen Stellen dahin wirken, daß amtliche Untersuchungsanstalten, z. B. städtische oder Kreisuntersuchungsämter und deren Angestellte, angewiesen werden sollen, Handels-, medizinische sowie technische Analysen, die von privater Seite eingehen, gegen Bezahlung tunlichst nicht anzunehmen, falls sich am Platze Laboratorien von öffentlich angestellten Handelschemikern oder analytische Privatlaboratorien befinden.

Ausgenommen davon sollen solche Untersuchungen sein, die durch ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse bedingt werden oder in das Gebiet von Spezialfachverständigen gehören.“

Dieser Antrag ist damals angenommen worden und an den Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes verwiesen worden. Ich möchte bitten, daß der Vors. dieses Ausschusses sich darüber äußern wolle, wie weit die Sache gediehen ist. Es liegt uns im Aachener Bezirksverein viel daran, daß die Sache gefördert wird.“

Vors.: „Ich bitte die Verhandlungen über die Jenaer Versammlung nachzulesen. Der Antrag ist damals zurückgestellt worden mit Rücksicht darauf, daß der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes dringend gebeten hat, gegenwärtig einen solchen Antrag nicht zu stellen, sondern die Sache zunächst auf sich beruhen zu lassen. Damit hat sich der Vorstandsrat und später auch die Hauptversammlung einverstanden erklärt.“

Dr. Behrend: „Ich hätte es dann nur für opportun gehalten, daß man dem Bezirksverein Mitteilung gemacht hätte. Der Beschluß der Jenaer Versammlung ist mir nicht bekannt. Ein Vorwurf für den Vorstand sollte übrigens diese Anfrage nicht sein.“

Vors.: „Das liegt ja alles gedruckt vor. Wenn die Herren freilich den Bericht über die Hauptversammlung nicht lesen — ich meine, das ist doch eine so offizielle Mitteilung, wie Sie sie nur wünschen können.“

Dr. Behrend: „Ich bitte um Verzeihung, ich werde in diesem Sinne berichten.“

# 11. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Prof. Dr. B. Rasso: „Am 3./1. 1908 hat sich der Ausschuß zu Köln konstituiert. Es waren in ihm vertreten:

1. Die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte (Vertreter: Chun, Gutzmer, Schotten),
2. die Deutsche Mathematiker-Vereinigung (Klein und Treutlein),
3. die Deutsche Physikalische Gesellschaft (Hallwachs und Poske),
4. die Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik (von Böttinger),
5. Verein deutscher Ingenieure (Meyer und Stäckel),
6. der Verband deutscher Elektrotechniker (Kohlrausch),
7. der Verein deutscher Chemiker (Duisberg und Rasso),
8. die Deutsche Geologische Gesellschaft (Fricke und Rauff),
9. die Deutsche Botanische Gesellschaft (Höck),
10. die Deutsche Zoologische Gesellschaft (Kräpelin und Hertwig),
11. der Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts (Pietzker und Schmidt),
12. die Anatomische Gesellschaft (von Bardeleben),
13. der Kongreß für innere Medizin (von Krehl),
14. die Deutsche Physiologische Gesellschaft (von Frey und Verworn),
15. der deutsche Medizinalbeamtenverein (Cramer).

Inzwischen ist im Januar 1909 noch die Chemische Gesellschaft hinzugegetreten (Buchner). Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine ist zum Beitritt eingeladen.

Die zu Köln beschlossene Eingabe an den preußischen Kultusminister wurde einstweilen aufgeschoben. Eingaben an das preußische Abgeordneten- und Herrenhaus sind Ende Januar 1909 abgesandt worden.

Zur eingehenden Bearbeitung der die Lehrerbildung betreffenden Fragen war ein Unterausschuß für Lehrerbildung eingesetzt (Vors. Klein). Der ebenfalls eingesetzte Unterausschuß für die Oberlehrerinnenbildung wurde nach Erscheinen der neuen Bestimmungen über das höhere Mädchenschulwesen in Preußen wieder aufgelöst. Die ihr gegebenen Aufträge wurden dem Unterausschuß für Lehrerbildung zugewiesen.

Dieser hielt zu Pfingsten in Göttingen eine Sitzung ab, an der auch der Vorsitzende des Gesamtausschusses, und u. a. auch der Referent des Fachschulwesens im Landesgewerbeamt als Gast teilnahm. Das Ergebnis der Verhandlungen bildeten folgende Leitsätze:

## A. Betreffs der Ausbildung der Lehrer an den Baugewerbeschulen und Maschinenbauschulen.

a) Auch vom Standpunkt dieser Fachschulen ist eine rationelle Unterweisung der Lehramtskandidaten der Mathematik, Physik und Chemie nach der praktischen Seite zu begrüßen, dagegen ist eine eigene Organisation in dieser Hinsicht für die Zwecke der Fachschulen schon wegen der geringen Zahl dieser Anstalten nicht durchführbar.

b) Anzustreben ist an den Fachschulen ein geeignetes Zusammenwirken derartig ausgebildeter Lehramtskandidaten mit den Ingenieuren, welche der Natur der Sache nach dort die Mehrzahl der Lehrer bilden müssen.

c) Soweit diese Ingenieure mathematischen oder naturwissenschaftlichen Unterricht erteilen, sollte ihnen Gelegenheit zur Ergänzung und Weiterbildung ihres mathematischen und naturwissenschaftlichen Wissens, wie auch dessen pädagogischer Behandlung durch geeignete Einrichtungen geboten werden.

d) Es scheint erwünscht, daß bei den Beratungen über die Ausgestaltung des Fachschulwesens Hochschulmänner und Schulmänner der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer zugezogen werden.

## B. Betreffs der Ausbildung der Oberlehrer an den technischen Hochschulen.

Indem der deutsche Ausschuß auf die in Nr. 12 des Dresdener Berichts über die wissenschaftliche Ausbildung der Lehramtskandidaten der Mathematik und der Naturwissenschaften enthaltene Darstellung verweist, an der er festhält, beschließt er, erst dann in dieser Angelegenheit gegebenenfalls weitere Schritte zu tun, wenn greifbare Vorschläge seitens der nächstbeteiligten Faktoren vorliegen.

Der gesamte deutsche Ausschuß machte sich diese Leitsätze zu eigen, als er am 19./9. 1908 zu Köln, gelegentlich der Naturforscherversammlung, seine zweite Sitzung hielt. Hier wurde über bereits erreichte Erfolge berichtet, und eine volle Verständigung der Mitglieder erzielt.

Dagegen haben sich die Hochschulprofessoren für Physik nicht ganz einverstanden mit den in dem Gesamtbericht aufgestellten Grundsätzen über die Lehrerbildung und Gestaltung des physikalischen Hochschulunterrichts erklärt.

Die Erfolge der Kommissionsarbeiten sind mannigfaltige. Durch sie ist eine außerordentlich lebhaft und umfangreiche Literatur hervorgerufen. Die Schulbehörden der deutschen Staaten haben sich mit jenen Fragen befaßt. In Preußen sind der Einführung des naturwissenschaftlichen Unterrichts im Sinne der Vorschläge der Kommission die Wege geebnet; auch die neuen Bestimmungen über das höhere Mädchenschulwesen nehmen bis zu einem gewissen Grade auf sie Rücksicht.

Im Königreich Sachsen und noch mehr in Bayern sind die Lehrpläne der Oberrealschulen, in Sachsen auch die neue Ordnung für die Prüfung zum höheren Lehramt, den Vorschlägen der Kommission angepaßt worden. Die großen Vereine, z. B. die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte,

der Verein deutscher Ingenieure, der Verein deutscher Chemiker, haben wiederholt ihr großes Interesse kundgetan; ebenso das preußische Abgeordneten- und Herrenhaus. Einen außerordentlichen Widerhall fand die Reformbewegung im Auslande, zumal in Österreich.

Im laufenden Jahre hat sich zunächst der Unterausschuß für Lehrerbildung im März in Berlin versammelt und sich mit der Frage der Ausbildung der Oberlehrerinnen beschäftigt.

## 12. Die Tätigkeit des Vereins chemische Reichsanstalt.

Herr Delbrück berichtet über die chemische Reichsanstalt. Der Verein hat sich inzwischen konstituiert. In den Vorstand sind die Herren E. Fischer, Nernst, Beckmann und Oppenheim gewählt worden. Vorsitzende sind die Herren von Brunck und Delbrück.

Eine Million Mark Grundkapital sind vorhanden. Für den Bau einer Anstalt ist ein Plan ausgearbeitet, der im großen und ganzen die Billigung der Mitglieder des Vereins Chemische Reichsanstalt gefunden hat. Die vorläufige Bausumme ist auf 1 Mill. M berechnet, unter der Voraussetzung, daß Preußen das dazu nötige Grundstück in Dahlem unsonst hergibt. An den Bau kann aber erst gegangen werden, wenn das Reich einen jährlichen festen Zuschuß von etwa 100 000 bewilligt; bis diese Bewilligung erfolgt, dürften noch einige Jahre vergehen.

## 13. Hilfskasse.

Dr. F. Raschig: „Die Entwicklung der Hilfskasse war i. J. 1908 eine stetige und befriedigende.

Das Stammkapital erhöhte sich im Laufe d. J. durch freiwillige Zuwendungen von Mitgliedern um 899,60 M, durch Überweisung der Überschüsse der Stellenvermittlung für 1907 und 1908 um 376,87 M und durch geschäftsordnungsmäßige Überweisung der Hälfte des rechnungsmäßigen Überschusses um 1825 M — zusammen am 31.01.1909 von 39 112,71 M auf 42 214,18 M. Dieser Betrag ist zum größten Teile in Wertpapieren angelegt und bringt i. J. 1909 eine feste Einnahme von 1552,10 M.

Im Jahre 1908 wurden 8 Darlehen in einer Gesamthöhe von 1865 M bewilligt; 5 Gesuche mußten abgelehnt werden; von früher bewilligten Darlehen wurden 850,40 M zurückgezahlt. Seit Bestehen der Kasse wurden 31 Darlehen mit 7115 M gegeben; von denen nur 1515 M zurückgezahlt wurden; 8 Darlehen mit 1050 M mußten wegen Uneinbringlichkeit niedergeschlagen werden.

Im Jahre 1909 sind der Hilfskasse bisher 10 Gesuche zugegangen, von denen 5 mit einer Gesamtdarlehenssumme von 1550 M erledigt wurden, während 5 aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden mußten.

Durch letztwillige Verfügung des verstorbenen Herrn Dir. Plath in Charlottenburg wurden am 5./2. 1909 der Hilfskasse 1000 M überwiesen.

Vors.: „Der Vorstandsrat muß zu einer Wiederwahl des Kuratoriums schreiten. Sie sind schon informiert, daß von den jetzigen Mitgliedern die Herren Dr. Raschig und Lütty bereit sind, eine etwa auf sie fallende Wiederwahl anzunehmen,

daß aber Herr Dr. Lange dringend bittet, von einer Wiederwahl abzusehen. Das müssen wir respektieren. Der Vorstand schlägt also vor, die Herren Raschig und Lütj wieder und an Stelle des Herrn Dr. Lange Herrn Dir. Scheithauer zu wählen. Sie kennen Herrn Direktor Scheithauer. Ich glaube, wir treffen da eine ausgezeichnete Wahl.“

Der Vorstandsrat stimmt dem zu.

**14. Antrag der Herren: Ernst Erdmann, F. Fischer, B. Rassow, E. Vongerichten, H. Wichelhaus.**

Der Verein Deutscher Chemiker wolle auf seiner Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. folgenden Beschluß fassen:

„Der Verein deutscher Chemiker macht die in dem Berichte der Antragsteller über „Technologie für Chemiker und Juristen an den deutschen Universitäten“ (vgl. Z. 24, S. 1959 [1908]) niedergelegten Grundsätze zu den seinen und beauftragt seinen Vorstand, die auf S. 1973 erhobenen Forderungen für die Verbesserung des technologischen Unterrichts an den Universitäten bei den deutschen Unterrichtsverwaltungen zu vertreten.“

Diese Forderungen lauten:

„Wir bitten die Unterrichtsverwaltungen, dafür Sorge zu tragen, daß die technische Chemie an allen deutschen Universitäten durch einen etatsmäßigen Professor gelehrt wird.

Wir bitten ferner, daß an den Universitäten schrittweise besondere Abteilungen für technische Chemie mit eigenem Etat eingerichtet werden, in denen geeignete Räume für Sammlung, Bibliothek, Vorlesung, sowie für Übungen in chemischer Technologie eingerichtet werden.

Weiter bitten wir für die wissenschaftlichen Exkursionen jährlich eine bestimmte Summe auszuwerfen, mit deren Hilfe wenigstens ein Teil der Reise- und Aufenthaltskosten des leitenden Dozenten und der Studierenden getragen wird.

Schließlich bitten wir darum, daß die technische Chemie beim Doktorexamen und Schulamtsexamen die unbedingt nötige Berücksichtigung findet.“

Prof. Dr. Rassow: „M. H., der Antrag liegt Ihnen gedruckt vor und ist in der Zeitschrift veröffentlicht worden. Die Begründung ist in dem Aufsatz enthalten, den wir Antragsteller vor einem Jahre in der Zeitschrift veröffentlicht haben. Es ist heute im Vorstand schon über diesen Antrag beraten worden, und es ist uns der Rat erteilt worden, wir möchten einige Punkte, die wenigstens unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu weitgehend erscheinen, streichen. Der Vorstand schlägt vor, den Antrag in der oben angegebenen etwas veränderten Form der Hauptversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Wenn auch dabei manche von unseren Wünschen zurückgeschraubt werden, so dürfte es doch vorläufig empfehlenswert sein, den Verein zu bitten, diese Resolution anzunehmen. Die technologische Fachgruppe wird sich mit diesen Fragen natürlich noch weiter beschäftigen und, wenn die finanzielle Lage der Bundesstaaten sich günstiger gestaltet, mit den weitergehenden, sachlich nicht unberechtigten Forderungen später wiederkommen.“

Vors.: „Der Vorstand schlägt Ihnen vor, den geänderten Antrag, wie er jetzt vorgelesen wurde, zu genehmigen. Da es sich um eine Sache handelt, die wir schon seit vielen Jahren mit Interesse vertreten haben, so glaube ich, liegt kein Bedenken vor, etwas dagegen zu sagen.“

Dr. Wirth: „Ich möchte nur noch bitten, den Passus bezüglich des Schulamtskandidaten-examens zu streichen. Ich betrachte das als eine Überlastung für die Leute, die von jedem Fach etwas lernen sollen und daher nicht recht begreifen, daß sie auch noch mit Technologie geplagt werden.“

Prof. Dr. Rassow: „Das widerspricht aber dem Beschluß, den der Verein in der Frage des chemischen Unterrichts in Danzig gefaßt hat, wo gerade darauf hingewiesen wurde, daß die Schulamtskandidaten durch den technologischen Unterricht mit der Praxis eine gewisse Fühlung bekommen müßten, daß sie vor allen Dingen Exkursionen mitmachen und dabei sehen lernen sollten. Ich möchte bitten, die Schulamtskandidaten stehen zu lassen.“

Ferd. M. Meyer: „Ich bin grundsätzlich gegen die Auffassung, wie sie da vertreten wird. Man soll nicht auf der Universität zu sehr in Einzelheiten eingehen. Die Anträge sind ja jetzt sehr abgeschwächt, und ich will nicht weiter darauf eingehen, nur bitte ich, den letzten Punkt abzulehnen. Es ist nicht möglich, daß die Herren, die ihr Examen machen, auch noch mit Technologie gequält werden. Ich bezweifle, ob sie wirklich Nutzen davon haben, und das Schlimmste ist ein Lehrer, der etwas vorträgt, was er nur halb begriffen hat. Denn wer Technologie gehört hat, der meint natürlich, er verstehe etwas davon, und da haben wir in der Praxis zuweilen die größte Last, gegen solches Halbwissen anzukämpfen: Ich möchte Sie deshalb bitten, den dritten Absatz abzulehnen, im Interesse der Lehrer, im Interesse unserer Schüler, im Interesse der Studenten.“

Vors.: „Ich bitte, lassen Sie alles stehen; ich bitte nur statt Technologie zu sagen technische Chemie. Wir meinen damit nicht, daß ein besonderes Examen abgelegt wird, sondern daß der Lehrer auch über chemische Vorgänge in der Technik, z. B. über den Chlorprozeß, über den Schwefelsäureprozeß etwas orientiert sein soll. Sie können das ruhig stehen lassen; Sie schaden der Sache nicht, sondern nützen ihr. Ich bitte die Herren, die gegen den Antrag sind, die Hand zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.“

Es folgen nun die Wahlen für den Vorstand und Sozialen Ausschuß.

Der Vorstandsrat beschließt der Hauptversammlung die Wahl von Herrn Dr. Flemming an Stelle von Dr. Carstens in den Vorstand und von Dr. Jäger für Dr. Flemming als Mitglied des Sozialen Ausschusses vorzuschlagen.

Vors.: „Damit sind unsere Verhandlungen zu Ende gekommen. Ich danke Ihnen für die Ausdauer, die Sie bewiesen, und das Vertrauen, das Sie heute dem Vorstand geschenkt haben, Sie haben seine Anträge mit überwältigender Majorität angenommen.“

Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Meyer: „M. H., ehe wir auseinandergehen, nur ein kurzes Wort, ich darf hoffen in Ihrem Sinne und mit Zustimmung der Ver-

treter im Vorstandsrat und der übrigen Vertreter. Wir sind dem Vorstande aufrichtigen Dank schuldig für die ausgezeichnete Art der Vorbereitung und der Leitung der heutigen Verhandlung, wie auch für so manche Arbeit, die gewiß heute vormittag schon geleistet worden ist. Wir sind jedem einzelnen Vorstandsmitglied Dank schuldig, ganz besonders

dem verehrten Herrn Vors., nicht zu vergessen den verehrten Herrn Prof. R a s s o w, der die Sache in so geschickter Weise vorbereitet hat. Ich bitte Sie, zum Zeichen Ihrer Zustimmung sich von den Plätzen zu erheben.“

(Geschicht, lebhaftes Bravo.)

## II. Mittwoch, den 15. September 1909.

### Erste allgemeine Sitzung.

#### Die erste allgemeine Sitzung

wurde am Mittwoch, den 15./9. 1909 im großen Hörsaal des Physikalischen Vereins abgehalten.

Vors. Prof. Dr. D u i s b e r g: „Hochansehnliche Festversammlung! Werte Gäste, liebe Freunde und Kollegen! Obgleich wir Chemiker, darunter Hunderte aus Deutschlands Gauen, in diesem Jahre schon einmal zur schönen Frühlingszeit auf englischem Boden, an den Ufern der Themse, in der geräuschvollen Millionenstadt London zum internationalen Kongreß für angewandte Chemie zusammen waren, hat der im vorigen Jahre zu Pfingsten auf der Hauptversammlung in Jena gefaßte Beschluß, unsere diesjährige Hauptversammlung nicht ausfallen zu lassen, sondern, der liebenswürdigen Einladung unseres hiesigen Bezirksvereins folgend, sie trotzdem in Frankfurt abzuhalten, die Mitglieder in ungeschwächter Zahl in die alte freie Reichsstadt einziehen lassen. Selbst die Verlegung aus der seit Jahren gewohnten schönen Frühlingsmaienzeit, der Pfingstwoche, in die Ferienstille der Septembertage hat dem Zuzug zu unserer Hauptversammlung keinen Abbruch getan, und so sind die Chemiker denn aus allen Teilen des deutschen Reichs und darüber hinaus, aus den angrenzenden deutschsprechenden Ländern und aus unseren im Ausland errichteten Bezirksvereinen nach der großen Handels- und Industriemetropole am Main geeilt, um die mehr oberflächliche und nicht genügend vertiefte Art der Behandlung wissenschaftlicher Fragen und des Sichkennnlernens, wie dies auf internationalen Kongressen, wo Tausende von Fachgenossen aus aller Herren Länder und in allen Zungen redend zusammenfluten, nicht anders möglich ist, zu vertauschen mit der mehr innigen und intimeren Art, wie dies bisher auf unseren Versammlungen der Fall war und sicherlich auch diesmal in Frankfurt der Fall sein wird.

Willkommen, herzlich willkommen daher auf dem historischen Boden der alten deutschen Kaiserstadt am Main, der Stätte, in der die so lang erhoffte und ersehnte, für die Entwicklung unserer Industrie so bedeutungsvolle Einigung der deutschen Stämme und der Errichtung des Deutschen Reichs durch das Frankfurter Parlament vorbereitet und durch die Unterzeichnung des deutsch-französischen Friedens besiegelt worden ist. Willkommen aber auch in der modernsten aller deutschen Städte, an den großen Wasser- und Eisenbahnstraßen, welche, sich hier kreuzend, Nord und Süd und Ost und West nicht mehr wie früher von-

einander trennen, sondern innig miteinander verbinden und die dadurch den fruchtbaren Boden für die Entwicklung der jüngsten, aber nicht minder bedeutungsvollen Industrie, der deutschen chemischen Industrie, abgegeben hat.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir in den Mauern dieser herrlichen Stadt weilen und uns hier über den Zweck unseres Vereins — die Förderung unserer Wissenschaft, der Chemie, und ihrer Vertreter — unterhalten. Erinnern wir älteren Mitglieder unseres Vereins, der damals noch den mehr einseitigen Namen „Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie“ trug, uns doch noch mit großem Vergnügen der Zeit, als wir vor 14 Jahren, im Juni 1895, 3 köstliche Tage hier verbrachten und aufs herzlichste nicht nur von unseren hiesigen Kollegen, nicht nur von der in- und außerhalb befindlichen Industrie, sondern auch von der städtischen Bevölkerung selbst, unter Führung ihres bewährten und allverehrten Oberbürgermeisters, des Herrn Dr. A d i c k e s, aufs herzlichste begrüßt und empfangen worden sind. Aber wie hat sich in dieser doch nur kurzen Spanne Zeit vieles geändert und manches anders gestaltet.

Damals war die Zahl unserer Mitglieder noch klein, nur 1120 akademisch gebildete Chemiker gehörten unserem Verein an. Heute, nach Ablauf von noch nicht dreimal 5 Jahren, sind wir fast viermal so groß geworden, mehr als 4000 Chemiker und Vertreter chemischer Firmen sind jetzt im Verein deutscher Chemiker zusammengeschlossen.

Unsere Hauptversammlungen waren damals nicht nur schwach besucht, sondern meist waren auch nur die Vertreter der angewandten Chemie anwesend. Bei der Behandlung der wissenschaftlichen Aufgaben überwogen die analytischen Thematika. Wie ist auch das anders geworden. Heute sind unsere Versammlungen der glanzvolle Sammelplatz geworden, wo sich jährlich einmal alle Vertreter der Chemie — Wissenschaftler und Techniker, Gewerbeunternehmer und Angestellte — zusammenfinden, um als Kollegen desselben Standes und Berufes ihre gemeinsamen Interessen zu beraten und diese zu wahren und zu fördern, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich dadurch gegenseitig anzuregen und zu belehren und last not least daneben im geselligen Verkehr mit einander Bekanntschaften zu erneuern und persönliche und geschäftliche Freundschaft zu schließen. Ein Blick auf das große und interessante, dabei auch allgemein wissenschaftliche Programm genügt, um zu zeigen, wie wir unsere Vereinsbestrebungen durch die Einfüh-